

# Reale Bildung in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



## „SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!“

VRB-Lehrkräfteumfrage bestätigt Belastungsgrenze

Save the Date:  
6. November 2024  
VRB-Hauptversammlung  
in Ingelheim

**Erosion der Bildung?** PISA schockt aufs Neue  
**Fachoberschulen:** Weiterentwicklung forcieren  
**Besoldungsverbesserungen:** Impulse gegen Lehrkräftemangel  
**Hinweisgeberschutzgesetz:** Zentrale Meldestelle  
**Unterrichtsthema:** Europawahl 2024  
**KlarText:** Rheinland-Pfalz muss handeln

# Inhalt

Ausgabe April 2024

Editorial .....	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort .....	5
► <b>VRB-Online-Befragung</b> „So kann es nicht weitergehen!“ VRB-Lehrkräfteumfrage bestätigt Belastungsgrenze .....	6
Forderungen des VRB an die Politik .....	11
<b>Bildungspolitik</b>	
► <b>PISA</b> schockt die Nation aufs Neue .....	12
<b>KI in der Schule:</b> Empfehlungen zum Einsatz von großen KI-Sprachmodellen .....	15
<b>VRB-Verbandsarbeit</b>	
<b>Gespräch mit Staatssekretärin Bettina Brück:</b> Weiterentwicklung der Fachoberschulen forcieren! .....	17
<b>Pressemitteilung des VRB:</b> Verband Reale Bildung sieht Demokratiebildung als Kernaufgabe .....	18
<b>Gespräch mit ADD-Präsident Thomas Linnertz:</b> Realschulen plus: „Die Schulen in der Region für die Region“ .....	19
<b>Gespräch mit dem neuen Bundesvorsitzenden Ralf Neugschwender:</b> „Die Förderung der realen Bildung hat einen zentralen Stellenwert“ .....	20
<b>Pressemitteilung des VRB:</b> Vorfahrt für Bildung – VRB fordert Priorisierung der Bildung .....	21
► <b>Aus dem dbb:</b> Große dbb-Demo in Mainz .....	22
Einigung im Tarifkonflikt .....	24
Herbsttagung der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz .....	25
<b>Philologenverband Vertreterversammlung:</b> Irrwege ersparen! .....	26
<b>Pressemitteilung des VRB:</b> Lehrkräfte ergreifen Partei für demokratische Werteorientierung .....	26
<b>dbb Jahrestagung:</b> Starker Staat – Wehrhafte Demokratie .....	27
<b>Schule in Rheinland-Pfalz</b>	
► <b>Neue Serie: „Wir machen die Fachoberschulen noch stärker.“</b> .....	28
„Die Fachoberschule wirkt wie ein Katalysator – die enge Verknüpfung von Schule und Berufswelt beschleunigt das Erwachsenwerden“ .....	28
Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie: „Alles ist möglich – inklusive praktischer Erfahrungen“ .....	30
Interview mit der ehemaligen Schülerin Lea Eiswirth: „... schon mit meinem Opa habe ich Nüsse in der Werkstatt am Schraubstock geknackt!“ .....	32
<b>Schulsport:</b> VRB im Gespräch mit Stefan Kölsch .....	34
<b>Bundesjugendspiele:</b> Neuausrichtung statt Abschaffung .....	37
<b>Schulbaurichtlinien:</b> Neuregelung in Kraft getreten .....	40
<b>Kommunalwahlen 2024:</b> Parteien wissen um den Stellenwert der Bildungspolitik im Wahlkampf .....	41
<b>Aus dem Landtag:</b> Verpflichtender Besuch von Gedenkstätten gefordert .....	42
<b>Pinnwand:</b> Aus der Rechtssprechung .....	43





## 44\_HINWEISGEBERSCHUTZGESETZ



## 54\_EUROPAWAHL 2024



## 61\_SO WAR DIE didacta 2024



## 74\_RHEINLAND-PFALZ MUSS HANDELN

### Schule und Recht

**Wilfried Rausch im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu**  
Das Hinweisgeberschutzgesetz ..... 44 ◀

**Korrektur beim Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt:**  
Absenkung der Mindeststrafhöhe bei § 184b StGB ..... 47

**Eine Einordnung:** Schulen als Schutzorte gegen Gewalt und Missbrauch ..... 48

### Seniorinnen und Senioren

Bundesregierung legt Strategiepapier gegen Einsamkeit vor ..... 50

### Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer

**Pinnwand** ..... 52

### Medien

**KI:** Europäisches Parlament und Europäischer Rat setzen wegweisende Standards ..... 53

### Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik

**Europawahl 2024:** Die Stimme der Jugend wird lauter werden ..... 54 ◀

EU-Quiz inklusive Lösungen und didaktischen Anmerkungen ..... 55

**18. Demokratietag Rheinland-Pfalz:** Satellitenveranstaltung an der Albert-Schweitzer-Realschule plus Mayen ..... 57

### VRB-Bezirk Koblenz

**ÖPR-Fortbildung:** Referenten der Polizei und der ADD zu aktuellen Themen ..... 59

**Bilanz „didacta 2024“:** Lebendiger Austausch und innovative Ideen ... 61

### VRB-Bezirk Neustadt

**Modellprojekt BEWARE:** Schülerinnen und Schüler beim Umgang mit Stress und psychischen Belastungen stärken ..... 62

**Fortbildung für Schulpersonalräte:** Arbeitsplatz Schule: Arbeitsschutz – Lehrkräftegesundheit – Schulbau – Unterrichtsorganisation ..... 63

### Wilhelm-Hack-Museum Ludwigshafen:

„Re-Inventing Piet. Mondrian und die Folgen ..... 66

**Save the Date:** Besichtigung der Festung Germersheim ..... 66

### VRB-Bezirk Trier

**Gewusst wie in 60 Minuten:** Neue Themen im digitalen Veranstaltungsangebot des VRB ..... 67

**Seminar:** Angewandte Stimmhygiene für Studierende und Lehrkräfte ... 68

**Lehrkräfteausbildung:** Tag der Realschule plus der Universität Trier ..... 68

**Schülerzeitungswettbewerb:** Sonderpreis für die Schülerzeitung „Igel“ der Kaiser-Lother-Realschule plus Prüm ..... 69

### Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche ..... 70

Unterstützungsangebote für die Delegiertenarbeit ..... 72

VRB-Mitgliedsbeitrag wird zum 1. Oktober 2024 angepasst ..... 72

Mitgliederverwaltung: Änderungen bitte melden! ..... 73

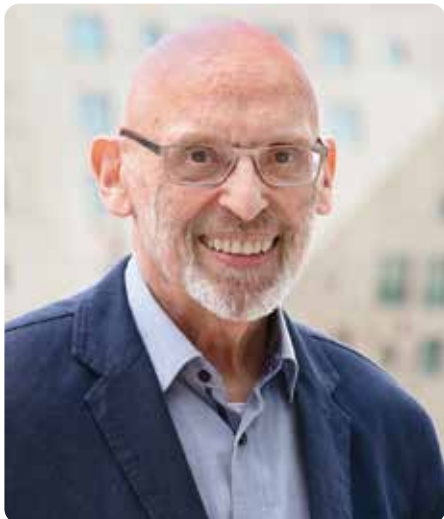
Vorschau auf das nächste Heft und Impressum ..... 73

**KlarText!** Lehrkräftemangel und Berufsunzufriedenheit – Rheinland-Pfalz muss handeln ..... 74 ◀

**Beitrittserklärung** ..... 75

**Letzte Meldungen** ..... 76

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



## Forderungen und Kompromisse

wir Fachoberschulen vor, um damit auch Impulse zur Weiterentwicklung zu setzen. Monika Antoni und Regina Sersch beginnen mit der Vorstellung der FOS an der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau.

**Europawahl 2024.** Wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, darf dieses Mal in Deutschland wählen. Die Stimme der Jugend wird damit lauter werden. Bernd Karst fragt nach der Zukunft der Europäischen Union und stellt ein Quiz zur Europawahl mit Lösungen und didaktischen Anregungen bereit.

### Gespräche und Interviews

**Schulsport.** Die Diskussion um die Zukunft der Bundesjugendspiele steht im Mittelpunkt eines Gesprächs mit Stefan Kölsch, dem Referatsleiter Schulsport bei der ADD Koblenz.

**Lehrkräfte gewinnen.** Den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen geht der pädagogische Nachwuchs aus. Im Austausch mit dem ADD-Präsidenten Thomas Linnertz ging es unter anderem um die Frage, wie man dieser Entwicklung entgegensteuern könne.

**Weiterentwicklung forcieren.** Die Fachoberschule trägt zur Attraktivität der Realschule plus bei. Im Gespräch mit Staatssekretärin Bettina Brück hat der VRB seine Forderungen erneuert, eine Informationskampagne in die Bildungslandschaft, die Elternhäuser und die Ausbildungsbetriebe zu tragen.

**Hinweisgeberschutz.** Im Juli 2023 ist das sog. Hinweisgeberschutzgesetz in Kraft getreten. Das Ministerium für Bildung hat für seinen gesamten Geschäftsbereich eine zentrale interne Meldestelle eingerichtet. Diese Meldestelle ist auch für die Beschäftigten an öffentlichen Schulen eine mögliche Anlaufstelle. Wilfried Rausch hat Rechtsanwältin Antonia Dufeu zu diesem Themenkomplex befragt, der bisher nicht auf der schulischen Agenda stand und daher Neuland ist.

### Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

**PISA.** Wolfgang Häring ordnet die jüngsten Ergebnisse und bewertet „Patentrezepte“ zur Lösung der Bildungskrise.

**dbb frauenvertretung rheinland-pfalz.** Nicole Weiß-Urbach informiert über die Herbsttagung und deren Praxisthema „Rehabilitation“.

**Besuch von Gedenkstätten:** Die Landesregierung wird in einer Entschließung des Landtages aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass zukünftig alle Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz in ihrer Schulzeit einmal ein ehemaliges Konzentrationslager beziehungsweise Vernichtungslager der NS-Diktatur besuchen. Jana Brachtendorf stellt die konkreten Inhalte vor.

**BEWARE:** Lisa Deck berichtet über eine Bezirksversammlung in Bingen, in deren Fokus das Projekt BEWARE des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung stand. Der Begriff steht für „BEWusstsein. Aufklärung. RESilienz.“ Es geht um die Stärkung der gesundheitlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im Umgang mit Stress und psychischen Belastungen.

**Einsamkeit.** Die Bundesregierung hat ein Projektpapier gegen Einsamkeit vorgelegt.

**Didacta Köln.** Nicolas Cordes war vor Ort. Die didacta 2025 wird wieder in Stuttgart stattfinden.

**Glückwunschliste:** Wolfgang Seebach hat die aktuelle Geburtstags- und Glückwunschliste zusammengestellt. Sie reicht bis Juli.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

**Tarifkompromiss.** Der Weg zum Tarifkompromiss war nicht einfach. Eine Einigung ließ sich erst nach Protest-Warnstreik-Aktionen erreichen, an denen sich auch unser Verband beteiligte. In Rheinland-Pfalz hat der Ministerrat eine „1:1“-Übertragung des Tarifergebnisses auf alle Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf den Weg gebracht. Katharina Becker berichtet über die konkreten Regelungen.

**Online-Umfrage.** Der VRB wollte angesichts zunehmender Aufgaben und wachsender Anforderungen von den Lehrkräften wissen: „Wie hat sich Ihr Schulalltag verändert?“ Die Ergebnisse liegen vor, und die Professoren Dr. Konrad Fees und Dr. Rainer Dollase ordnen sie ein. Der VRB leitet daraus zehn Forderungen an die Landesregierung ab.

**„Künstliche Intelligenz“.** In einer bahnbrechenden Entwicklung hat das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Europäischen Rat eine Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI) auf den Weg gebracht. Anna Becker berichtet über dieses wegweisende Gesetz. Es ist darauf ausgerichtet, einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit KI in der gesamten Europäischen Union zu schaffen.

**Fachoberschule – Rahmenbedingungen verbessern.** Die Fachoberschule ist in Rheinland-Pfalz mittlerweile eine feste Größe in der Schullandschaft, ihre Rahmenbedingungen sind allerdings noch verbesserungswürdig. In einer neuen Serie stellen

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sie halten unsere erste Ausgabe des Jahres 2024 in der Hand und werden beim Lesen auf viele interessante Berichte stoßen, die einen guten Einblick in die vielfältige Arbeit unseres Verbandes ermöglichen.

### Ergebnisse der Lehrkräfteumfrage fördern Handlungsfelder der Politik zutage

In dieser Ausgabe stellen wir Ihnen die Auswertung einer von unserem Verband landesweit durchgeführten Lehrkräfteumfrage vor, auf deren Grundlage wir – durch den Blick zweier Wissenschaftler untermauert – Forderungen an die Landesregierung stellen. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des Vorstandes bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die an der Befragung teilgenommen haben. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die politisch Verantwortlichen keine hinreichenden Strategien entwickelt haben, die stetig wachsenden Belastungen im Schuldienst zu minimieren. Wir werden die Handlungsfelder in den kommenden Gesprächen thematisieren und spürbare Verbesserungen einfordern.

### Schock nach PISA-Ergebnissen

Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie sind alarmierend. Wer die Ergebnisse auf Landesebene vergleicht, muss feststellen, dass Rheinland-Pfalz nicht vom Fleck kommt. Da muss sich die Landesregierung ernsthaft fragen, warum wir keine Fortschritte erzielen.

Die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen war und ist vorhanden, auch neue Wege zu gehen, um die Schulqualität zu steigern. Die täglichen Herausforderungen sind enorm und stehen oft in einem hemmenden Widerspruch. Heterogenität, fehlende multiprofessionelle Teams und eine teilweise unzureichende digitale Ausstattung lähmen Entwicklungsprozesse. Ob das Konzept „Schule der Zukunft“ eine geeignete Maßnahme sein wird, wird sich zeigen müssen.

### Lehrerschelte unangebracht

Die Spielregeln, nach denen Ursachenforschungen betrieben werden, ändern sich scheinbar nicht. Das „Schwarze Peter Spiel“ ist eine beliebte Strategie bei

der Fehlersuche, um von den eigentlichen Problemen abzulenken. Der OECD-Bildungsdirektor und PISA-Koordinator Andreas Schleicher zielt in seiner Aufbereitung besonders auf die Lehrerinnen und Lehrer. Er kritisiert, dass sich zu viele Lehrkräfte in erster Linie als Befehlsempfänger sähen, die im Klassenzimmer einen Lehrplan abarbeiten müssen. Seine Kritik leitet er in eine massive Lehrerschelte über, indem er den Lehrerinnen und Lehrern unterstellt, nur darauf zu pochen, dass sie überlastet seien, und sich deshalb zurückziehen würden, wenn die Entwicklung besserer Unterrichtskonzepte gefordert wäre. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Stefan Düll, kommentiert die Kritik von Schleicher als „Lehrerbashing“, die nicht zu einer konstruktiven Problemlösung beitragen könne.

### Tarifeinigung

Auch der VRB war bei den zentralen Protestaktionen in der Landeshauptstadt vertreten. Die Präsenz der dbb-Verbände insgesamt war beachtlich. Wir wurden durch unseren Dachverband gut vertreten. Nicht selbstverständlich ist die zeit- und inhalts-gleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Beamten und Pensionäre. Hier hat die dbb-Landesleitung klare Botschaften an die Landesregierung gesandt. Erfreulich ist, dass die Übernahme ohne Abstriche für die Beamten erfolgt. Auch die Pensionäre müssen keine Sonderopfer leisten trotz der Kritik des Bundes der Steuerzahler, dass das Land bei den Pensionen keine Abstriche vornahm. Die Landesregierung ist gefordert, durch gesetzeskonforme Vorsorge Entlastungen im Landeshaushalt zu schaffen.

### Hauptversammlung im November

Am 6. November 2024 wird der Verband in Ingelheim nicht nur einen neuen Landesvorstand wählen, sondern auch richtungsweisende Anträge verabschieden. Unter dem Motto „Herausforderungen 2024 – Schule, Politik und Gesellschaft“ wird der VRB seinen bildungspolitischen Kurs der kommenden Jahre klar benennen. Ministerin Dr. Hubig hat ihre Teilnahme bereits zugesagt.



Als Verband sind wir gefordert, konstruktiv-kritisch die Bildungspolitik der Landesregierung zu beobachten und uns dabei einzubringen.

Sie können darauf vertrauen, dass wir uns engagiert einbringen werden.

Ihr Timo Lichtenthäler

### „Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

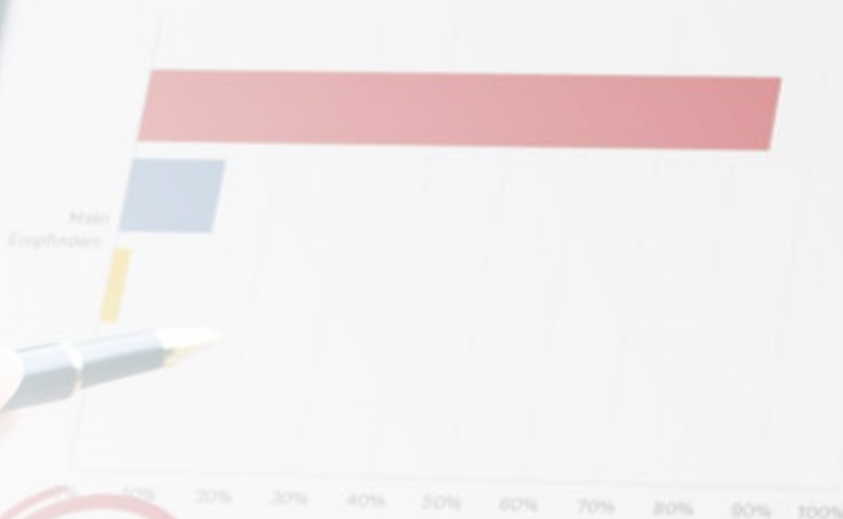


### Europawahl 2024

Das Gegenmodell zur weltweiten Tyrannei in stürmischer Zeit



3 „Die außerunterrichtlichen Belastungen haben in den letzten Jahren zugenommen.“



# „SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!“

## VRB-Lehrkräfteumfrage bestätigt Belastungsgrenze



Im Oktober 2023 hat der VRB die Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zur Teilnahme an einer Online-Umfrage eingeladen mit dem Ziel, Belastbarkeitsgrenzen und Veränderungen des Arbeitsalltags zu ermitteln. Mit „Survey Monkey“, eines der weltweit bekanntesten Umfrage-Tools, wurden die Rückläufe ausgewertet und grafisch aufbereitet. Über 800 Kolleginnen und Kollegen haben sich an der Umfrage beteiligt. VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler dankt allen Kolleginnen und Kollegen für das abgegebene Online-Feedback.

### Ursachen sind auch die Veränderungen des Arbeitsalltags

Die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen die hohe Unzufriedenheit der Lehrkräfte an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen mit den gegebenen Arbeitsbedingungen. Der Grundtenor ist: „So kann es nicht weitergehen!“ Die Umfrageergebnisse unterstützen den VRB im

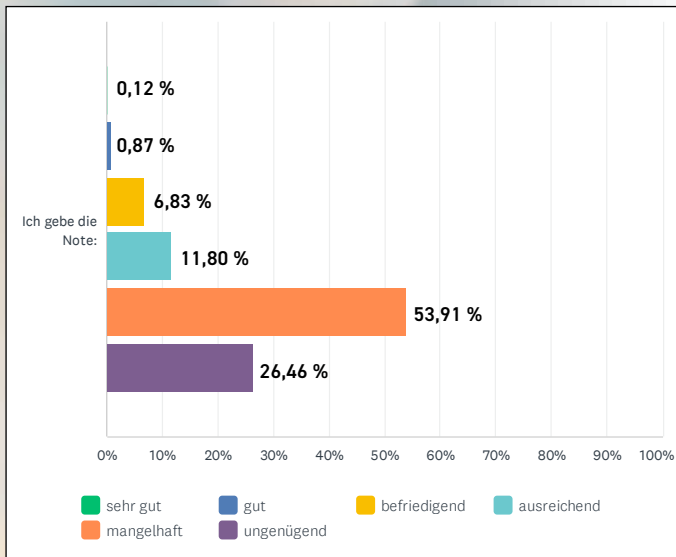
Diskurs mit politischen Entscheidungsträgern, konkrete und unmittelbare Veränderungen einzufordern.

Die Ergebnisse der acht Items wurden von den Professoren Dr. Dollase und Dr. Fees bewertet und kommentiert. Die Forderungen des VRB sind in Form eines Forderungskataloges formuliert, der sich an die politisch Verantwortlichen richtet.

**Prof. Dr. Konrad Fees** (oben) lehrt historische und systematische Pädagogik am KIT (Karlsruher Institut für Technologie, Verbund aus Forschungszentrum und Technischer Universität). **Prof. Dr. Rainer Dollase**, em., lehrte und forschte in Psychologie an der Universität Bielefeld von 1980 bis 2008. Er ist jetzt u. a. als Lehrbeauftragter bei AKAD-University, TUCed an der Uni Chemnitz thematisch und in empirischen Forschungen mit weitreichenden Aspekten des Lehrberufs befasst.

# ERGEBNISSE DER VRB-ONLINE-UMFRAGE UND DEREN BEWERTUNG DURCH EXTERNE EXPERTISE

## 1 „Politik und Gesellschaft unterstützen uns Lehrerinnen und Lehrer bei der Wahrnehmung unseres Bildungs- und Erziehungsauftrags.“



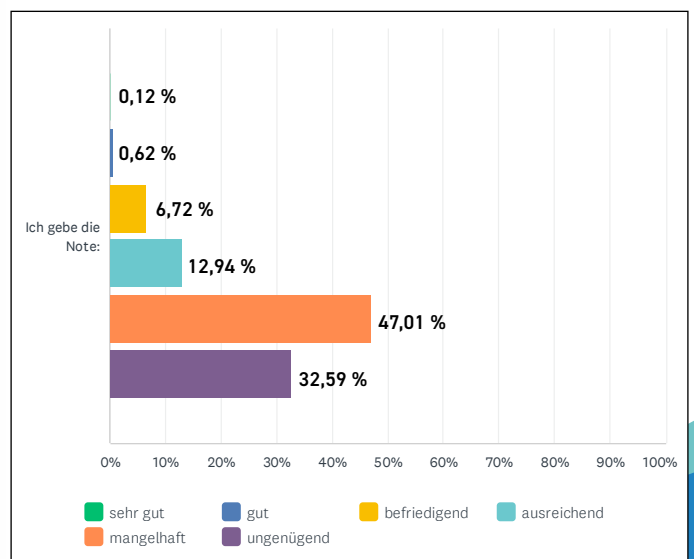
**Prof. Dr. Konrad Fees:** „Politik und Gesellschaft“ stehen hier für die in einer Demokratie unverzichtbare aufmerksam teilnehmende informierte Öffentlichkeit, also für jenen Teil der erwachsenen Bevölkerung, der nicht wie etwa die Elternschaft direkt von Schule betroffen ist, für den gleichwohl aber das Funktionieren der Schule von höchstem Belang sein dürfte bzw. müsste. Bekanntlich ist Bildung unser einziger Rohstoff; und vor diesem Hintergrund sind diese Ergebnisse niederschmetternd. Nach Meinung der befragten Lehrkräfte hat die Öffentlichkeit den Bezug zur Schule verloren.

**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Gesellschaftliche Unterstützung wäre wünschenswert und notwendig. Die vorrangigen Noten sind aber mangelhaft und ungenügend, d.h. die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort nehmen hier kaum Unterstützung wahr. Ebenso – wenngleich ein anderes Thema, das hier aber mitschwingt – fehlt es oft an Respekt.

## 2 „Die Landesregierung kommt ihrer Fürsorgepflicht uns Lehrkräften gegenüber im Hinblick auf die Lehrergesundheit nach.“

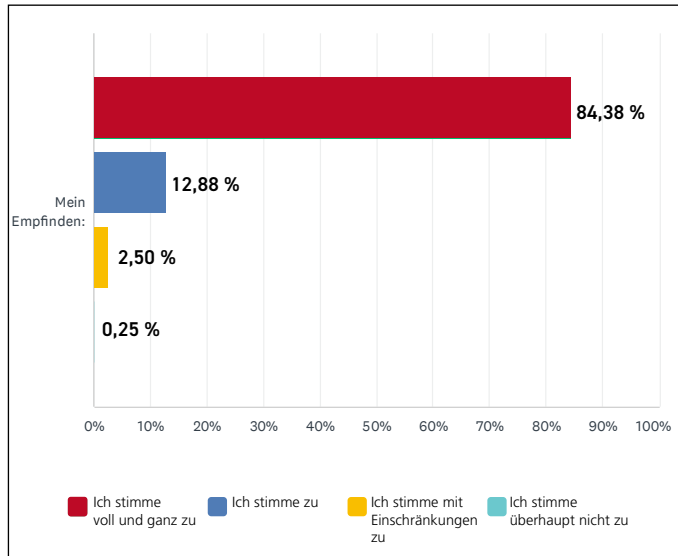
**Prof. Dr. Konrad Fees:** Selbstredend ist die Landesregierung als Dienstherr im Interesse aller dazu verpflichtet, Fürsorge für die Erhaltung der Arbeitskraft seiner pädagogischen Bediensteten zu leisten. Belastungen im Lehrerberuf sind vor allem seelische Belastungen mit möglichen psychosomatischen Folgebeschwerden. Der Befund ist deutlich, die Beschäftigten fühlen sich allein gelassen, eine tiefe Entfremdung wird offenbar. Hier ist die Beziehungsebene gestört. Der Dienstherr muss sich infolge dieses Befunds schon die Frage stellen, wie er angesichts dieses doch wohl zerrütteten Verhältnisses noch eine produktive Arbeit erwarten kann.

**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung gehören zu den unverzichtbaren Fürsorgepflichten des Dienstherrn. Aus Sicht der Lehrkräfte werden diese Pflichten in bedenklicher Weise vernachlässigt. Dies spiegelt sich hier in den überwiegend mit „mangelhaft“ und „ungenügend“ ausgewiesenen Bewertungen wider. Die Lehrkräfte fühlen sich weitgehend alleingelassen. Es ist daher kaum verwunderlich, wenn aufgrund von psychischen und physischen Belastungen krankheitsbedingte Ausfälle zunehmen. Schließlich spielen auch permanente Belastungsfaktoren eine bedeutende Rolle.



# 3

## „Die außerunterrichtlichen Belastungen haben in den letzten Jahren zugenommen.“



**Prof. Dr. Konrad Fees:** Das Erteilen von Unterricht ist die maßgebliche Aufgabe von Lehrkräften. Dass die außerunterrichtliche Beanspruchung durch Tätigkeiten wie sozialpädagogische und therapeutische Arbeiten, EDV-Wartung, Organisation von Schulfahrten, Teilnahme an Besprechungen etc. ständig zunimmt, ist unbestritten, wodurch unvermeidlich dem Kerngeschäft Ressourcen entzogen werden. Damit geht allerdings auch dem Gemeinwesen exakt jene professionelle Expertise verloren, welche in der arbeitsteiligen Gesellschaft exklusiv nur von den Lehrkräften vorgehalten wird. Denn Therapieren, Sozialarbeit leisten oder Verwalten, das können andere besser, das Unterrichten aber eben ausschließlich die Lehrkräfte.

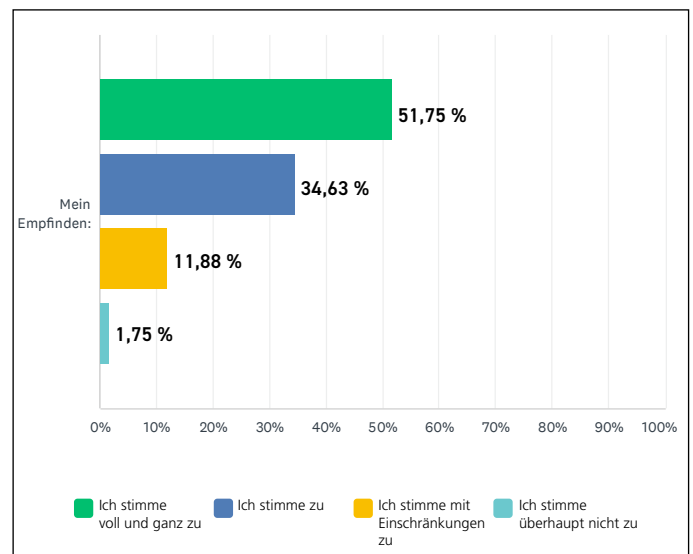
**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Diesem Item stimmen etwa 97 Prozent der Befragten zu. Zur Lösung der vielen auch aus der Gesellschaft erwachsenen Probleme sind der Politik und der Administration bislang nichts weiter eingefallen, als den Lehrkräften immer mehr außerunterrichtliche Verpflichtungen aufzubürden. Immer mehr Sitzungen, immer mehr Besprechungen, immer mehr Statistiken, immer mehr Konzepte, immer mehr Beratung etc. Die Zunahme dieser außerunterrichtlichen Belastungen nimmt kein Ende, weil den Schulen auch Verantwortlichkeiten übertragen werden, die per se nicht zu deren Aufgaben gehören.

# 4

## „Zunehmende Belastungen erschweren für mich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

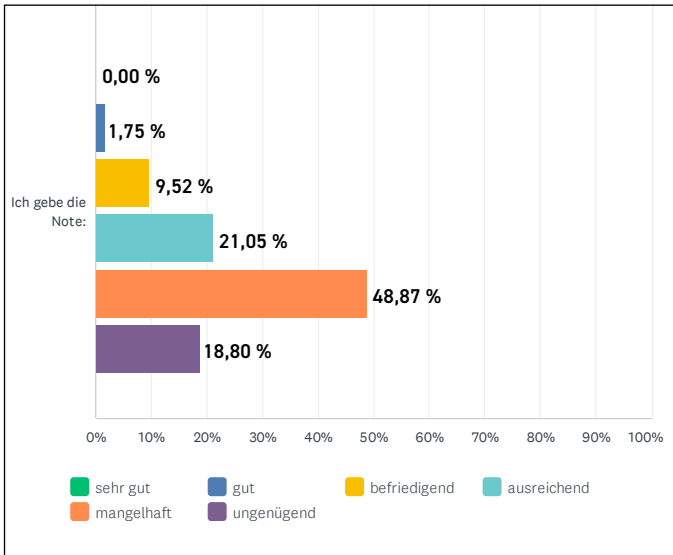
**Prof. Dr. Konrad Fees:** Die immer höhere Beanspruchung durch außerunterrichtliche Verpflichtungen, wie insbesondere die aufgewachsene Betreuungsarbeit im Ganztagsbetrieb, die zunehmende Beratungstätigkeit sowie die Vernetzung und Zusammenarbeit mit externen Institutionen, haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich eingeschränkt.

**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Auch hier stimmen 86 Prozent der Befragten zu. Der Ganztagsbetrieb an Schulen sowie die Zunahme der außerunterrichtlichen Belastungen verlagern die Unterrichtsvorbereitungen und Korrekturarbeiten ins Wochenende. Aus diesem Grund ist der Anteil der Lehrkräfte, die sich notgedrungen in eine Teilzeitbeschäftigung flüchten, besonders hoch.





## 5 „Ausreichende unterrichtliche Differenzierung bei zunehmender Heterogenität in der Schülerschaft ist für mich leistbar.“



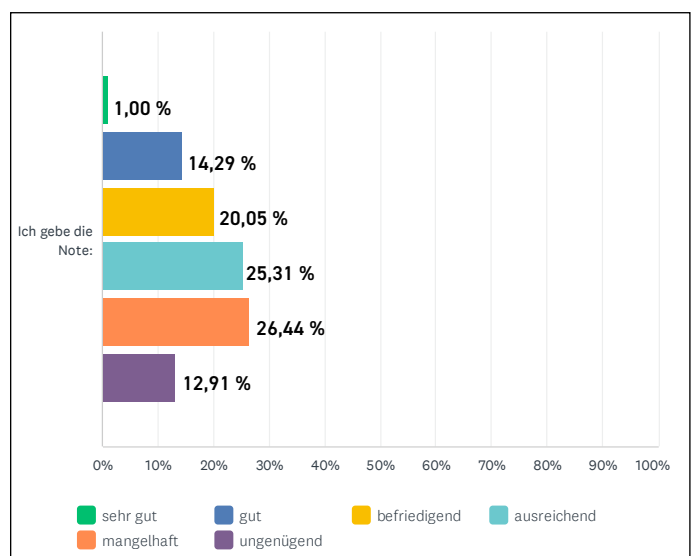
**Prof. Dr. Konrad Fees:** Heterogenität – Verschiedenartigkeit – bezieht sich in schulischem Kontext vor allem auf das unterschiedliche Leistungsvermögen sowie die sozio-kulturellen Herkünfte der Schülerinnen und Schüler. Hier gilt auch zu berücksichtigen, dass sich die Schülerströme – oft bei gleichzeitiger Reduzierung der Schularten auf eine Zweigliedrigkeit – stark in Richtung Gymnasium entwickelt haben. Dazu kommen auch noch die immer größer werdenden sozio-kulturellen Herkünfte. Die Herausforderungen im Rahmen der Inklusion sind ebenso bedeutsam. Wie soll die Lehrerschaft das Zusammenwirken all dieser Faktoren erfolgreich bewältigen?

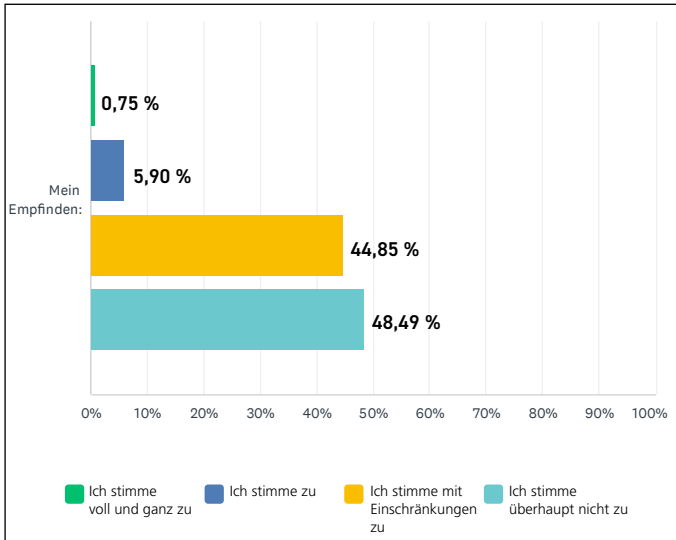
**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Erfreulich ist, dass sich etwa 32 Prozent der Lehrkräfte zutrauen, diese Aufgabe gut, befriedigend oder zumindest ausreichend bewältigen zu können. Zwei Drittel der Lehrkräfte vertreten allerdings die Auffassung, unterrichtliche Differenzierung bei zunehmender Heterogenität nur „mangelhaft“ und „ungenügend“ leisten zu können. Bei Hospitationen in heterogenen Schulklassen konnte ich immer wieder feststellen, dass eine erfolgreiche Differenzierung den Einsatz von wesentlich mehr Personal voraussetzt. Der zunehmende Lehrkräftemangel lässt allerdings befürchten, dass sich die unbefriedigende Situation eher noch weiter zuspitzen wird.

## 6 „Die digitale Infrastruktur und der technische Support ermöglichen mir einen reibungslosen digitalen Unterricht.“

**Prof. Dr. Konrad Fees:** Im Vergleich zu den vorausgegangenen Lehrkräfte-Bewertungen wird die Lage der digitalen Ausstattung zwar nicht als gut, aber immerhin nicht als desaströs eingeschätzt. Im Unterschied zu den fünf vorausgegangenen abgefragten Themenfeldern hat die digitale Ausstattung nichts mit der Atmosphäre, der Wertschätzung, also der Beziehungsebene zu tun, sondern es handelt sich hier eher um eine technisch-logistische Thematik, die offenbar auch leichter zu lösen ist.

**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Das Item, das sich auf die digitale Infrastruktur und die technischen Supports im Zusammenhang mit einem reibungslosen digitalen Unterricht bezieht, wird hier etwas positiver beantwortet. Alle Noten finden sich in einer fast normalen Verteilung wieder. Ob Digitalisierung gelingt, ist allerdings nicht nur eine Frage der digitalen Infrastruktur und des technischen Supports, sondern auch eine Frage, die hier nicht gestellt wurde, nach dem sinnvollen inhaltlichen Einsatz.





## 7 „Meine Schule erfährt Unterstützung durch multiprofessionelle Teams.“

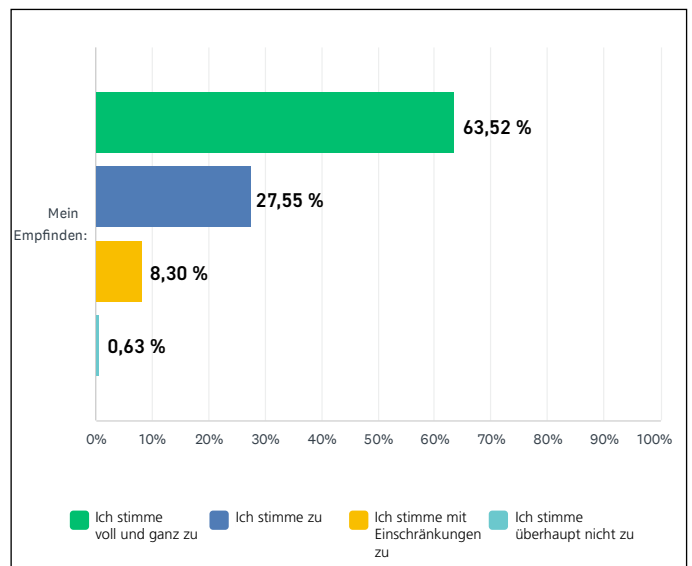
**Prof. Dr. Konrad Fees:** Dieser Befund ist im Ergebnis wiederum erschütternd. Bei den „multiprofessionellen“ Teams handelt es sich um die weitgehend fehlenden institutionellen bzw. personellen Entsprechungen auf die Gegebenheiten der zunehmenden Heterogenität (Frage 5), der zunehmenden Beanspruchung durch außerunterrichtliche (Frage 3) und bürokratische Aufgaben (Frage 8). Hier müsste den Schulen von der Sache wegen ein Kollegium inklusive zusätzlicher professioneller Kräfte zu Verfügung stehen – Fachkräfte der Sozialarbeit, Therapeuten, Logopäden, Verwaltungskräfte, Systemadministratoren, ggf. zumindest temporär auch Security-Personal.

**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Dieses Item wird mit einer erheblichen Mehrheit von über neunzig Prozent „mit Einschränkungen“ oder „überhaupt nicht“ beantwortet. In frühen IGLU-Studien z.B. haben Erziehungswissenschaftler systematisch unterschlagen, dass führenden Ländern im Unterricht eine enorme multiprofessionelle Assistenz zur Verfügung steht. Selbst zahlreiche ärmere Länder investieren viel mehr in multiprofessionelle Teams.

## 8 „Bürokratische Verpflichtungen nehmen mir Zeit für Unterricht und Beziehungsarbeit.“

**Prof. Dr. Konrad Fees:** Verwaltungsarbeit – Führung der Klassenbücher, Verwaltung der Noten und Unterrichtsmaterialien, Schreiben der Zeugnisse, Formulierung der Verbalbeurteilungen, schulbezogene Verwaltungsarbeit etc. – umfassen einen Teil der außerunterrichtlichen Verpflichtungen. Bürokratie dagegen hat nichts mit pädagogischer Arbeit zu tun und raubt der letzteren wiederum Ressourcen: jede Minute, die in die Bürokratie gesteckt wird, fehlt wiederum dem Unterricht und der Beziehungsarbeit.

**Prof. Dr. Rainer Dollase:** Über neunzig Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu: Viele bürokratische Aufgaben machen keinen oder wenig Sinn. Sie stehen nicht im Zusammenhang mit den Kernaufgaben eines Lehrers bzw. einer Lehrerin. Auch in diesem Bereich bedeuten Delegation und Aufgabenzuweisung an Verwaltungskräfte eine Entlastung für Lehrkräfte zugunsten einer qualitativen Unterrichts- und Beziehungsarbeit.



Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rip.de



Timo Lichtenthäler  
timo.lichtenthaeler@vrb-rip.de





# FORDERUNGEN DES VRB AN DIE POLITIK

## Folgerungen aus der VRB-Lehrkräfte-Umfrage

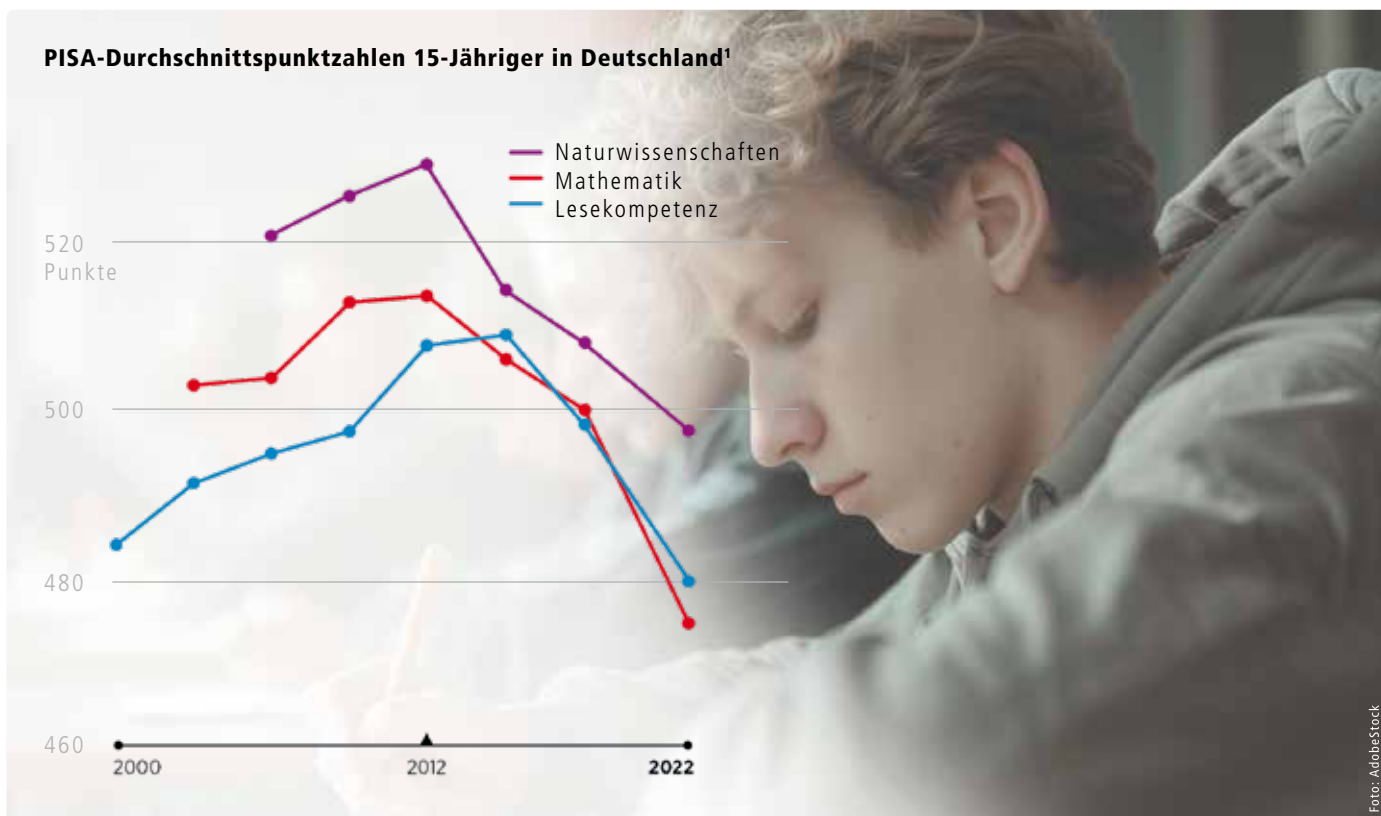
Die Lehrkräfte an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen haben in der VRB-Lehrkräfte-Umfrage deutlich gemacht: „So kann es nicht weitergehen!“

Der VRB fordert die Landesregierung auf, den Fokus stärker auf die Belastbarkeitsgrenzen der Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen zu richten. Der VRB sieht einen dringenden Handlungsbedarf auf zahlreichen Feldern der Schulpolitik.

### Aus den Ergebnissen der VRB-Lehrkräfte-Umfrage leiten sich diese zehn Forderungen ab:

1. Unterstützung und Wertschätzung der Lehrkräfte durch Politik und Gesellschaft
2. Förderung der Lehrgesundheit
3. Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Schuldienst
4. Abbau der ständig steigenden Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen
5. Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch Bürokratieabbau sowie Einsatz von multiprofessionellen Teams und Unterstützungskräften
6. Steigerung der Attraktivität von Studium und Ausbildung
7. Verbesserung der Unterrichtsversorgung durch Erhöhung der Einstellungszahlen von Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal
8. Ausweitung der äußeren Differenzierungsangebote und individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler
9. Anpassung der schulischen Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse einer zeitgemäßen Schule
10. Verbesserung der digitalen Infrastruktur und des technischen Supports

# Erosion der Bildung? PISA schockiert die Nation aufs Neue



Vor sechzig Jahren hat der Philosoph Georg Picht vor einer „Bildungskatastrophe“ mit negativen Auswirkungen auf individuelle Lebenschancen, Wohlstand und Demokratie gewarnt. Seitdem haben Politik und Wissenschaft mit zahllosen Modellen, Programmen und Experimenten am System Schule herumgebastelt. Und doch sind wir von einer „Bildungsrepublik Deutschland“ weiter entfernt denn je. Die Ende letzten Jahres vorgestellten Ergebnisse der PISA-Studie haben uns vor Augen geführt, dass der deutsche Bildungsnotstand zum Dauerzustand wird und sich zusehends verschlimmert.

## Gemessene Kompetenzen

Seit der Jahrtausendwende führt die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) die PISA-Studien (**P**rogramme for **I**nternational **S**tudent **A**ssessment) im dreijährigen Rhythmus jeweils mit dem Schwerpunkt Lesekompetenz – Mathematik – Naturwissenschaft durch. Im letzten Jahr stand die Mathematik im Vordergrund.

In Deutschland sorgten die Ergebnisse der ersten Erhebung 2001 für den großen „Pisa-Schock“. Offenbar waren die deutschen Schülerinnen und Schüler auf die aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum stammenden Multiple-Choice-Fragen nur unzureichend vorbereitet. In der Folgezeit wurden im Unterricht statt der Anwendung formelhafter Lösungsschemata stärker die

Suche nach kreativen Lösungswegen praktiziert; wohl mit ein Grund dafür, dass sich die Testergebnisse zunächst leicht verbessert haben. Nach 2012 jedoch verschlechterten sich die gemessenen Kompetenzen stetig bis zu dem viel beklagten Tiefststand 2022.

Die mathematische Kompetenz der Fünfzehnjährigen in Deutschland liegt im Mittel bei 475 Punkten und unterscheidet sich nicht mehr signifikant vom OECD-Durchschnitt (472 Punkte). Dies ist beispielsweise in Staaten wie Frankreich, Norwegen und in den Vereinigten Staaten ebenso der Fall. Im internationalen Vergleich schneiden die lateinamerikanischen Staaten besonders schlecht ab. An der Leistungsspitze stehen dagegen ostasiatische Staaten wie die OECD-Staaten Japan und Korea. Im

europäischen Vergleich erreichen die mathematischen Fähigkeiten der Jugendlichen aus Estland und der Schweiz den höchsten Wert.<sup>2</sup>

Deutlich unterscheidet sich die mathematische Kompetenz in Abhängigkeit vom Geschlecht. Die mittlere Kompetenz der Jungen ist in Mathematik um elf Punkte signifikant höher als die der Mädchen.

Besonders deutlich zeigen sich Unterschiede in Deutschland in Bezug auf die besuchte Schulart. Schülerinnen und Schüler am Gymnasium erreichen im Durchschnitt 546 Punkte und jene an nicht gymnasialen Schularten 438 Punkte. Das entspricht einem beachtlichen Unterschied von knapp zwei Kompetenzstufen.<sup>3</sup>

### Klagen und Kritik

Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass PISA über Ländergrenzen hinweg völlig unterschiedliche Schulsysteme (und auch Gesellschaften!) miteinander vergleicht und zudem nur auf ausgewählte Kompetenzen fokussiert. Weite Bereiche wie Bildende Kunst, Musik oder auch Sozialwissenschaften blieben völlig ausgegliedert. Darüber hinaus räumt die OECD ein, dass in einigen Ländern ein oder mehrere PISA-Stichprobenstandards nicht eingehalten werden. Ernstzunehmende Pädagogen aus Wissenschaft und Praxis beurteilen die Bedeutung, die den regelmäßigen Studien beigemessen wird, skeptisch.<sup>4</sup> Sie zitieren den alten Spruch, nach dem die Sau durch das ständige Wiegen auch nicht fett werde. Man könne die Mittel, die in die Testung gesteckt werden, besser für die Förderung Leistungsschwacher verwenden.

Nicht zuletzt nach der heftigen Kritik des Koordinators der PISA-Studien Andreas Schleicher an deutschen Lehrkräften (s. Kasten), fordert der Deutsche Philologenverband sogar die KMK auf, weitere Teilnahmen Deutschlands an PISA auszusetzen, solange Andreas Schleicher der internationale PISA-Koordinator ist.<sup>5</sup> Die rheinland-pfälzische Philologen-Chefin Cornelia Schwartz ergänzt: „Es ist an der Zeit, dass Deutschland endlich auf den gesunden Menschenverstand seiner Bildungsexperten an den Schulen vor Ort hört, statt Steuerelder in PISA-Studien zu versenken.“<sup>6</sup>

Nach Bekanntwerden der aktuellen PISA-Ergebnisse beklagen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erneut den negativen Trend

und weisen auf die zu erwartenden Folgen hin. „Die Erosion der Bildung umfasst mittlerweile alle schulischen Phasen und Bereiche: Beginnend mit den mangelhaften Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen der Grundschüler untergräbt sie die Fähigkeit zum artikulierten Denken in Mutter- und Fremdsprachen, erschwert den Zugang zu kulturellen Traditionen und höhlt das naturwissenschaftlich-technische Weltverständnis aus. Damit wird bevölkerungsweit die Auseinandersetzung mit wesentlichen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft verflachen, von der kreativen Beteiligung an der Lösungssuche ganz zu schweigen. ... Aktuell diskutiert die Öffentlichkeit über Chancen und Risiken der Schlüsseltechnologie Künstliche Intelligenz. Doch bald droht ein großer Teil der Schüler auf deren Algorithmen schlechterdings angewiesen zu sein, um die eigenen mangelhaften kognitiven Kompetenzen zu kompensieren.“<sup>7</sup>

### Suche nach den Ursachen

Wieder einmal ist die Nation in Aufruhr und es folgen die üblichen Reflexe. Die Suche nach den Gründen beginnt aufs Neue, obwohl die Probleme seit Langem bekannt sind. Im Wesentlichen kristallisieren sich folgende Ursachen heraus:

- Lehrkräftemangel und damit verbundene Beschäftigung von Seiten- und Quereinsteigern ohne (vollständige) pädagogische Ausbildung
- Lehrkräfte, die durch ständig neue Zusatzaufgaben überlastet und ausgebrannt sind
- Wachsender Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund und geringen Deutschkenntnissen
- Hoher Anteil von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern bzw. prekären Verhältnissen
- Zunehmend heterogene Zusammensetzung der Klassen
- Abwertung des Leistungsprinzips bei Schüler- und Elternschaft (im Ggs. zu dem Erfolgsstreben in den ostasiatischen Ländern)
- Unzureichende Unterstützung durch multiprofessionelle Teams
- Probleme bei der Inklusion durch unzureichende individuelle Förderung
- Überfrachtung der Schule mit gesellschaftspolitischen Themen

*„Deutschland ist beim Lehrerberuf noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Zu viele Lehrer sehen sich in erster Linie als Befehlsempfänger ... Ich habe, ganz ehrlich, wenig Verständnis für Lehrer, die nur darauf pochen, dass sie überlastet seien. ... Die deutschen Lehrer sind im internationalen Vergleich sehr gut bezahlt.“*

*Andreas Schleicher, PISA-Koordinator, in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 19.01.24*

*„Für mehr Chancengleichheit in Deutschland ist eine strukturelle Veränderung von Schule notwendig. Die Kinder müssen länger gemeinsam lernen, am besten im gut ausgebauten Ganztag. Das ist der entscheidende Beitrag.“*

*Maïke Finner, GEW-Bundesvorsitzende, Süddeutsche Zeitung 27.12.23*

*„Längere gemeinsame Schulzeit löst die Probleme nicht! Wir brauchen jetzt keine neue Strukturdebatte, sondern wir brauchen eine Kultur des Förderns und Forderns. Die weiterführende Schule muss die richtige Schule für das jeweilige Kind sein. Eine Einheitsschule für alle hilft nicht weiter. Wäre dies so, müssten die Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen als ‚Leuchttürme‘ aus den Ergebnissen der PISA-Studie herausragen. Das tun sie aber nicht!“*

*Heike Schimke, Thüringer PhV, PM vom 09.12.2023*

*„Insgesamt muss in der Schule eine Stärkung der Kernfächer und der basalen Kompetenzen erfolgen, weil davon insbesondere die schwächeren Schülerinnen und Schüler und Kinder und Jugendliche aus einem wenig unterstützenden sozialen Umfeld am stärksten profitieren.“*

*Deutsches Schulportal, 05.12.23*

*Der Glaube, dass nicht alle Schüler gut sein können ist im Bildungssystem in Deutschland so tief verankert. Das gegliederte Schulsystem ist bildhafter Ausdruck davon. Wir sollten das abschaffen.*

Andreas Schleicher, OECD-Bildungsexperte, Tagesspiegel, 27.12.23

*Es gibt viele Stärken im bayerischen Schulsystem, das muss man klar sagen. Aber heute muss ein Land wie Bayern sich nicht nur an den restlichen Bundesländern messen, sondern an der Weltspitze.*

Andreas Schleicher, OECD-Bildungsexperte, Augsburg Allgemeine, 12.12.23

*„Ich würde mir wünschen, dass das Grundgesetz uns eine Zusammenarbeit zwischen dem Bund und einem Teil der Bundesländer erlaubt, ich nenne das eine Koalition der Willigen. So könnte man schneller Projekte anstoßen.“*

Bettina Stark-Watzinger, Bundesbildungsministerin, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 10.12.23

*„Dem Ruf nach Fokussierung auf die Basiskompetenzen erteile ich schon im Voraus eine scharfe Absage. Werden Kinder nicht ganzheitlich gebildet, lernen sie nicht so gut. Sprachen, Kunst und Musik müssten genauso einen festen Platz im Lehrplan haben wie Deutsch und Mathematik. Wir müssen bilden und erziehen mit Kopf, Herz und Hand.“*

Gerhard Brand, VEB-Bundesvorsitzender, Deutsches Schulportal, 05.12.23

### Suche nach Lösungen

Wie immer nach der Veröffentlichung der inzwischen unzähligen Vergleichsstudien setzt die Diskussion um die Bewältigung der Bildungskrise ein. Viele glauben, ideale Patentrezepte verbreiten zu müssen und bestehen darauf, dass sich Vieles grundlegend ändern solle. Während die Einen integrierte Systeme als Heilmittel preisen, sehen andere in einer stärkeren äußeren Differenzierung mit homogeneren Lerngruppen die beste Lösung. Einige Stellungnahmen aus verschiedenen Bereichen sind im Kasten in der Randleiste aufgeführt.

### Suche nach Konsens

Über die politischen Lager hinweg ist es eine seit Langem geteilte Überzeugung, dass Deutschlands bei Weitem wichtigste Zukunftsressource die kognitiven Fähigkeiten ihrer jungen Generation sind. Unsere Jugend bedarf einer hervorragenden schulischen und beruflichen Bildung und Weiterbildung, um ihr Potential möglichst umfassend zu entfalten.

Auf dieser Basis müsste es möglich sein, auch einen breiten Konsens über die unverzichtbaren Grundaufgaben des Bildungssystems zu erzielen. Dazu gehören die Basiskompetenzen wie ausreichende Lesefähigkeit, Sprachverständnis und grundlegende Rechenfertigkeiten. Die Überfrachtung der Schulen mit allen möglichen gesellschaftlich wünschenswerten Themen lässt insbesondere leistungsschwächere Kinder und Jugendliche scheitern. Vorrangiges Ziel muss die bestmögliche Erfüllung fundamentaler Bildungsbedürfnisse einer hoch industrialisierten Gesellschaft sein.

### Warnung vor Folgen

Einig sind sich die Experten auch über die Notwendigkeit, die Finanzmittel für die Bildung zu erhöhen. Damit sollte vor al-

lem der Lehrkräftemangel beseitigt werden. Außerdem sind dem Lehrpersonal Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, Schulgesundheitsfachkräfte u.a. zur Seite zu stellen. Bürokratieabbau und die Entlastung von Verwaltungsaufgaben wären hilfreich. Die teils völlig veralteten Schulgebäude und die nicht mehr zeitgemäße technische Ausstattung erweisen sich ebenfalls als Bremsklotz des Fortschritts.<sup>8</sup>

Analog zur Förderung von wissenschaftlicher Exzellenz und technologischer Innovation dürfen daher auch in budgetär schwierigen Zeiten Investitionen in die Basis von Bildung nicht gekürzt werden. Ganz im Gegenteil: Die Wiederherstellung der Bildungsfähigkeit Deutschlands ist die Bedingung dafür, dass Investitionen in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie der Wissenschaft auch langfristig wirksam sein können.

Es ist nicht sinnvoll, Steuergelder mit der Gießkanne auszuschütten, sondern dort zu helfen, wo es am wichtigsten ist. „Es wird darauf ankommen, die Schulen mit den Schülerinnen und Schülern zu identifizieren, die besonders hohen Förderbedarf haben und da Mittel hinzugeben und woanders möglicherweise auch keine Mittel hinzugeben, also wirklich zu priorisieren.“<sup>9</sup>

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, den bestehenden Bildungsnotstand in Deutschland hinzunehmen, weil der zunehmende geopolitische und wirtschaftliche Wettbewerb eine solche Fahrlässigkeit schnell und schwer bestrafen wird.

Wolfgang Häring  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



<sup>1</sup> OECD, PISA-2022-Datenbank, Tabellen I.B 1.5.4-6

<sup>2</sup> Vgl. Technische Universität München, PISA 2022 – Bildungsbericht Deutschland, Zusammenfassung, S. 8, München, 05.12.23

<sup>3</sup> Obwohl an der Studie Jugendliche aus 18 Schularten teilgenommen haben, unterscheidet PISA nur zwischen Gymnasien und nichtgymnasialen Schularten (PISA 2022, Bildungsberichte S. 71; München 05.12.2023)

<sup>4</sup> Rainer Bölling, Zur Fragwürdigkeit des PISA- Rankings, Düsseldorf 2017

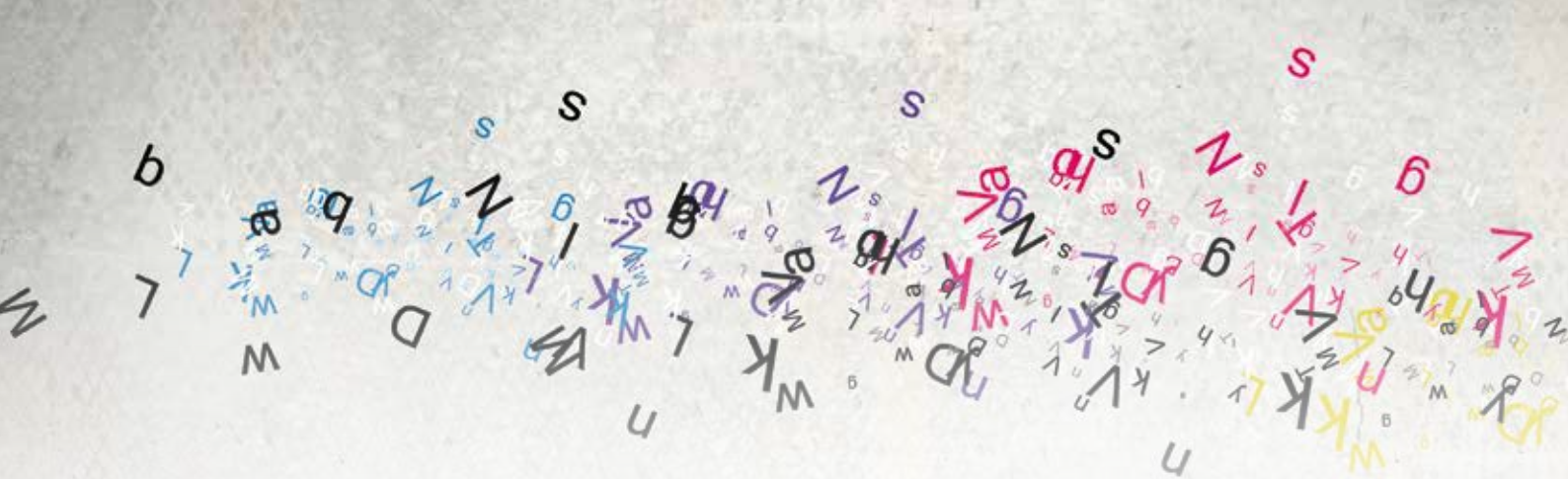
<sup>5</sup> Pressemitteilung des DPhV vom 26.01.24

<sup>6</sup> Pressemitteilung des PhV Rheinland-Pfalz vom 30.01.24

<sup>7</sup> Gerald Haug, Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, nach zdf.de, 05.12.23

<sup>8</sup> Vgl. Forderungskatalog des VRB vom 08.01.24 (siehe Seite 11 in dieser Ausgabe)

<sup>9</sup> Olaf Köller, Leibniz-Institut für Pädagogik Kiel, 04.12.23



KI in der Schule:

# Empfehlungen zum Einsatz von großen KI-Sprachmodellen

## Rasanter Anstieg der Nutzung von großen KI-Sprachmodellen LLMs

Der Rückgriff auf KI hat mittlerweile einen enormen Zuspruch erfahren. Zunehmender Nachfrage erfreuen sich große KI-Sprachmodelle (engl. Large Language Models – LLMs), die teilweise jedem Nutzer zur freien Verfügung stehen. Bei der Anwendung ist kein Lebensbereich davon ausgeschlossen. So werden beispielsweise in den Nachrichtenportalen im Internet von LLMs erzeugte Texte auch als Sprachnachrichten vorgelesen. Behörden und Unternehmen sind stark an einem Einsatz interessiert, da sie sich mit der Anwendung von großen KI-Sprachmodellen einen weitreichenden Nutzen in unterschiedlicher Form versprechen. Die Anwendungsgebiete sind hauptsächlich Textgenerierung, Textbearbeitung und Textverarbeitung. Beeindruckend ist die hohe Qualität der von den KI-Sprachmodellen generierten Texte<sup>1)</sup>.

## Bildungsbereich ist von der Nutzung nicht ausgenommen

In ihrem Impulspapier<sup>2)</sup> weist die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz unter Bezug auf vorliegende Schätzungen hin, dass mindestens 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland ChatGPT für die Textproduktion und -übersetzung nutzen. In welchem Umfang Lehrkräfte diese KI-Tools nutzten, dazu lägen nach Darstellung der Kommission noch keine

verlässlichen Zahlen vor. Aus ersten Umfragen könne aber geschlossen werden, dass Lehrkräfte LLMs in allen Unterrichtsfächern Einsatzpotenzial zuschreiben würden.

## Bundesländer und Kultusministerkonferenz begleiten den schulischen Einsatz

Erfreulich ist, dass die Bundesländer die Bedeutung der LLMs erkannt haben und entsprechend reagieren. So werden Handreichungen und Fortbildungen im Unterrichtszusammenhang angeboten. Einige Länder wie Rheinland-Pfalz ermöglichen Lehrkräften einen datenschutzkonformen Zugang zu ChatGPT. Die Kultusministerkonferenz hat im Januar 2023 eine Arbeitsgruppe zur Künstlichen Intelligenz eingerichtet. Diese soll relevante Themen für schulische und hochschulische Kontexte identifizieren und Vorhaben untereinander abstimmen.

## Impulspapier zum schulischen Einsatz von LLMs

Zu Recht werden die Potentiale und Risiken diskutiert. Wissenschaftliche Forschung wie auch Begleitung sind notwendig, um missbräuchliche wie auch das Lernen behindernde Anwendungen in der Schule zu verringern. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) hat der KMK im Januar 2024 ein Impulspapier „Large Language Models und ihre Potenziale im Bildungssystem“<sup>2)</sup> vorgelegt. Dieses soll einen Diskussionsbeitrag liefern

und gleichzeitig Vorschläge zum Umgang mit KI in der Schule sowie für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben geben, um den lernförderlichen Einsatz von LLMs sicherzustellen. Die Kommission hat eine Reihe von Impulsfragen ausformuliert, die die Diskussion um den Einsatz und die Weiterentwicklung bereichern können. Wesentliche Diskussionspunkte betreffen den Zeitpunkt des schulischen Einsatzes, die Nutzung bei prozessorientierten Prüfungsformaten und die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen zum schulischen Einsatz. Im Folgenden stellen wir die von der Kommission zusammengestellten Impulse kurz dar.

## LLMs erst am Ende der Sekundarstufe I systematisch einsetzen

Die Wissenschaftler machen deutlich, dass durch die Nutzung von LLMs der systematische Aufbau von basalen Lese- und Schreibkompetenzen nicht vernachlässigt werden darf. Sie plädieren dafür, LLMs frühestens ab der

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz. Ihr gehören 16 Bildungsforscherinnen und -forscher aus unterschiedlichen Disziplinen an. Die SWK berät die Länder bei der Weiterentwicklung des Bildungswesens. Sie identifiziert bestehende Probleme und gibt evidenzbasierte Empfehlungen für deren Lösung.



Sekundarstufe einzusetzen. „Der Einsatz von LLM sollte angepasst an die jeweiligen Bildungsetappen erfolgen. In der Grundschule und zu Beginn der Sekundarstufe I scheint ein weitgehender Verzicht auf LLM und stattdessen ein Fokus auf den systematischen Aufbau von basalen Lese- und Schreibkompetenzen angemessen. Bis zum Ende der Sekundarstufe I sollte eine zunehmende Nutzung von LLM-Tools zur Erstellung und Überarbeitung von Texten erfolgen, während weiterhin Texte auch ohne LLM (hilfsmittelfrei) erstellt werden.“

### Leistungsbewertung in der Verantwortung der Lehrkräfte belassen

Die Wissenschaftler sehen voraus, dass sich mit dem Einsatz von LLM-Tools die Prüfungskultur verändern wird. Sie stellen aber klar heraus, dass die Bewertung und die Verantwortung bei den Lehrkräften verbleiben müssen. „Bei der Bewertung können KI-basierte Tools Lehrkräfte unterstützen, die Verantwortung für die Bewertung

Hinweis: In der Ausgabe 5 und 6/2023 haben wir im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu den Rechtsrahmen beim Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ ausführlich dargelegt.

muss in menschlicher Hand bleiben. Ergänzend sind hilfsmittelfreie Prüfungsformate beizubehalten sowie Prüfungsformate zu entwickeln, bei denen das Prompting im Vordergrund steht.“

### Rahmenbedingungen für die Nutzung schaffen

Die Kommission unterstreicht, wie wichtig es ist, dass alle im Bildungsbereich einen Zugriff auf KI-Systeme bekommen. Dieser darf nicht an den Kosten scheitern. Die Kommission nimmt den Staat in die Pflicht, dies sicherzustellen. „Staatliche Organisationen sollten sicherstellen, dass alle Lernenden und Lehrenden in Bildungseinrichtungen einen (kostengünstigen oder kostenfreien) Zugriff auf KI-Systeme haben. Neben aktuellen LLM-Ansätzen sollte auch die Weiterentwicklung und Nutzung KI-basierter Ansätze zur individuellen Förderung systematisch gefördert werden, deren Lernwirksamkeit bereits belegt werden konnte.“

### Regulierungen für unterrichtlichen Einsatz bestimmen

Dass Risiken oder die unrechtmäßige Nutzung in der Schule damit verbunden sein können, das benennen die Wissenschaftler. Sie belassen es aber nicht nur bei der Beschreibung möglicher Missbräuche. Sie weisen Lösungswege auf, wie dies vermieden werden kann, indem LLM in Lernplattformen integriert und Commons-Lösungen (Lizenzierungen) entwickelt werden und nehmen die Bildungspolitik in die Pflicht. „Technologische, ethische und rechtliche Probleme können die Rechtmäßigkeit eines unterrichtlichen Einsatzes von LLM in Frage stellen. Aufgabe der Bildungspolitik muss es daher sein, LLM in geeignete Lernplattformen zu integrieren oder Commons-Alternativen zu entwickeln, deren Funktionsumfang und Verzerrungen

bekannt sind und frei beforscht werden können. Für rechtliche und ethische Grauzonen sind klare Regulierungen zu treffen.“

### Übergangsphase zur systematischen Erprobung anlegen

Um die Potenziale der großen KI-Sprachmodelle im Bildungsbereich nutzen zu können, bedarf es nach den Ausführungen der Wissenschaftler einer Übergangsphase, die zur systematischen Erprobung dienen muss, die den Ausbau von Fortbildungsangeboten wie auch die Entwicklung von domänenspezifischen Tools ermöglicht. „Kurzfristig ist eine Übergangsphase notwendig, in der eine systematische Erprobung von LLM bei offener Fehlerkultur stattfindet, in enger Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft, insbesondere der Fachdidaktiken, Medienpsychologie, Medienpädagogik und Landesinstitute. Zudem bedarf es eines raschen, systematischen und wissenschaftsunterstützten Ausbaus der Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Lehrende an Hochschulen. ... LLM müssen mit qualitativ hochwertigen, fachspezifischen Daten trainiert werden, um für den Bildungskontext zuverlässig und valide zu funktionieren. Befunde aus der Lehr-Lernforschung, z. B. zu Intelligenten Tutoriellen Systemen (ITS), zu Feedback, Schreib- und Kollaborationsprozessen, müssen auf die Entwicklung spezifischer LLM für den Bildungskontext adaptiert werden.“

Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



#### Quellen:

- 1) Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Große KI-Sprachmodelle, Chancen und Risiken für Industrie und Behörden  
[https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/KI/Grosse\\_KI\\_Sprachmodelle.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/KI/Grosse_KI_Sprachmodelle.pdf?__blob=publicationFile&v=2)
- 2) Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK): „Large Language Models und ihre Potenziale im Bildungssystem“, Impulspapier der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz  
[https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2024/SWK-2024-Impulspapier\\_LargeLanguageModels.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2024/SWK-2024-Impulspapier_LargeLanguageModels.pdf)



Der VRB im Gespräch mit Staatssekretärin Bettina Brück

# Weiterentwicklung der Fachoberschulen forcieren!



Der VRB-Landesvorstand, vertreten durch Timo Lichtenthäler, Michael Eich (2.v.re.), Christoph Krier (3.v.li.), Erwin Schneider (re.), Gerhard Hein (FOS-Referent im VRB – li.) und Jutta Okfen (IGS-Referentin im VRB – 3.v.re.) trafen sich mit der Staatssekretärin Bettina Brück und Elke Schott (Abteilungsleiterin 4B – 2.v.li.) zu einem gemeinsamen Gespräch.

Der Landesverband hatte kürzlich zu einer landesweiten, verbandsinternen FOS-Tagung nach Koblenz eingeladen, bei der sowohl die FOS-Koordinatorinnen und -Koordinatoren als auch die Schulleitungen von mehr als der Hälfte aller Fachoberschulen des Landes teilnahmen. Wir berichteten darüber in der letzten Ausgabe.

Die Teilnehmer der Tagung stellten ausführlich die bisherigen Entwicklungen der Fachoberschulen dar. Neben den zahlreichen positiven Erfahrungen mit den Fachoberschulen wurde deutlich herausgearbeitet, dass in einigen Bereichen dringender Handlungsbedarf bestehe. Der Landesvorstand sagte zu, Gespräche mit Bildungsministerium und der ADD zu suchen. Ein erster Austausch erfolgte mit der Staatssekretärin Bettina Brück und der Leiterin der Abteilung 4B Elke Schott.

## **Fachoberschulen sind ein absoluter Gewinn für die Schullandschaft**

Anhand der zahlreichen Rückmeldungen während der Veranstaltung, so die Verbandsvertreterin und -vertreter, sei deutlich geworden, dass die Fachoberschulen mit ihrer einzigartigen Struktur ein

absoluter Gewinn für die Schullandschaft in Rheinland-Pfalz seien. Die Anbindung als Berufsbildende Schule an der Realschule plus sei in der Bundesrepublik einmalig und trage zur Attraktivität der Schulart Realschule plus bei. Die Fachoberschulen fänden nach einer VRB-Umfrage hohe Zustimmungswerte vor allem bei den Betrieben. Dies sei, so der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler, ein wichtiges Indiz dafür, dass die Fachoberschulen sich nach 10 Jahren einen guten Stand in der Ausbildungs- und Studienlandschaft erarbeitet hätten.

## **Weitere Entwicklungsarbeit seitens des Bildungsministeriums notwendig**

Im Gespräch wurden die Entwicklungsbedarfe, wie sie auf der Fachtagung vorgetragen wurden, vorgestellt und erläutert. Als die wichtigsten thematischen Handlungsfelder wurden die Personalisierung, die Personalgewinnung, die weitere Akzeptanzsteigerung bei den Schulen innerhalb einer FOS-Region und die dafür erforderliche Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt. Es sei offensichtlich, dass der Bekanntheitsgrad der FOS in einigen Teilen des Landes noch zu niedrig ist. „Die FOS muss einen Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler, die Ausbildungs- und Studienlandschaft bringen.“, so Michael Eich. Werbung für die FOS müsse daher breiter gedacht

werden. „Eine Informationskampagne muss in die Bildungslandschaft, die Elternhäuser und die Ausbildungsbetriebe getragen werden“, so Gerhard Hein, Fachreferent des Verbandes für die Fachoberschulen. Trotz höchster Bemühungen hätten manche Schulen mit unbeständigen Schülerzahlen zu kämpfen. Der VRB fordert, dass die Präsenz der FOS in den Medien stärker durch das Bildungsministerium unterstützt werden müsse.

### Klare Regelungen bei Personalisierung und Personalgewinnung schaffen

Die Personalisierung der FOS, so trug Timo Lichtenthäler den gewonnenen Eindruck bei der Fachtagung vor, werde mancherorts dadurch erschwert, weil innerhalb der ADD gleich zwei Fachreferate beteiligt seien. In der Praxis habe sich das jedoch als hinderlich erwiesen. „Hier muss ein Format gefunden werden, damit die FOS einen hohen Personalisierungsgrad erreicht“, forderte Gerhard Hein.

Aber nicht nur in der Personalisierung, sondern auch in der Personalgewinnung werde ein Entwicklungsbedarf deutlich. Es fehlten Lehrkräfte mit der passenden Lehrbefähigung, insbesondere in den Hauptfächern Deutsch, Englisch, Mathematik und im Schwerpunktfach mit der jeweiligen Prüfungserlaubnis. Viele solcher personellen Engpässe würden durch Abordnungen kompensiert. Dies

sei für die weitere Entwicklung der Fachoberschulen nicht förderlich. Notwendig sei, so die klare Botschaft der Verbandsvertreter an die Adresse des Bildungsministeriums, eine Flexibilisierung im Unterrichtseinsatz, der zusätzliche Anreize für den Einsatz an den Fachoberschulen bieten könnte.

### Zusage einer Prüfung der Optimierungsvorschläge

Staatssekretärin Bettina Brück und Elke Schott bekundeten, dass die Fachoberschulen innerhalb des Ministeriums einen hohen Stellenwert hätten. „Ich war schon oft an Fachoberschulen und war bei meinen Besuchen immer beeindruckt“, gab die Staatssekretärin ihre persönliche Wertschätzung kund. „Ich nehme die Ergebnisse der VRB-Tagung sehr ernst und werde mit den entsprechenden Fachabteilungen reden, um die Optimierungsvorschläge prüfen zu lassen“. Timo Lichtenthäler bedankte sich bei Bettina Brück und Elke Schott für den konstruktiv-kritischen Gedankenaustausch. Die Zusage einer Prüfung wertete er als Signal, die Weiterentwicklung der Fachoberschulen ernsthaft anzugehen.

Gerhard Hein  
gerhard.hein@vrb-rlp.de



Timo Lichtenthäler  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de



► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 16. NOVEMBER 2023

## Verband Reale Bildung sieht Demokratiebildung als Kernaufgabe

### Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler und der neu gewählte Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender in einer gemeinsamen Erklärung

„Demokratiebildung ist für Schülerinnen und Schüler vor dem Hintergrund von Verschwörungsmethoden und Fake-News wichtiger denn je geworden“, betonen der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende des Verbandes Reale Bildung (VRB), Timo Lichtenthäler, und der Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender (VDR) in einer gemeinsamen Erklärung.

### Unsere Lehrkräfte müssen die volle Rückendeckung bei Gewalt und Hass im Klassenzimmer besitzen

Schule komme im Angesicht von Krisen und Konflikten eine besondere Verantwortung zu. „Es geht dabei um weit mehr als um Wissensvermittlung. Lehrerinnen und Lehrer müssen Emotionen

auffangen, Wut und Angst zulassen, Raum schaffen, um Fragen zu beantworten und klare Grenzen aufweisen, wenn menschenverachtende Äußerungen fallen“, erklären Lichtenthäler und Neugschwender. Daher sei antisemitischen und israeldämonisierenden Äußerungen entschieden entgegenzutreten. Die Gespräche und Diskussionen am Lern- und Lebensort Schule müssten besonders in diesen Situationen von Respekt und Toleranz geprägt sein. Für Lehrerinnen und Lehrer bedeuteten die aktuellen Herausforderungen eine nicht zu unterschätzende emotionale Belastung. „Unsere Lehrkräfte sind hierbei in besonderer Weise in der Verantwortung und müssen bei den politischen Entscheidungsträgern die volle Rückendeckung bei Gewalt und Hass im Klassenzimmer besitzen. Die Rahmenbedingungen und Programme zur Antisemitismusprävention sind daher auszubauen und weiter zu stärken“, so Lichtenthäler und Neugschwender in der gemeinsamen Erklärung.

Gespräch mit dem ADD-Präsidenten Thomas Linnertz

# Realschulen plus: „Die Schulen in der Region für die Region.“

Vorstandsmitglieder des VRB trafen sich Ende November zu einem Gespräch mit Thomas Linnertz, dem Präsidenten der ADD, um sich mit ihm über Fragen der Lehrkräftegewinnung, der personellen Versorgung der Realschulen plus und der Attraktivität des Lehrberufes auszutauschen. Timo Lichtenthäler, Benjamin Bajraktari, Erwin Schneider und Nicole Weiß-Urbach diskutierten mit ihm darüber hinaus über die Fachoberschulen, die Schwerpunktschulen und die „Schule der Zukunft“.

## Berufsorientierung auch zur Lehrkräftegewinnung nutzen

Die Berufsorientierung, so Präsident Linnertz, sei eine Stärke der Realschulen plus. Es liege daher auf der Hand, diese auch zur Lehrkräftegewinnung zu nutzen. Lehrkräfte könnten beispielsweise auf BO-Messen an Gymnasien, Berufsbildenden Schulen und Realschulen plus einen Einblick in das vielfältige Berufsfeld einer Lehrkraft vermitteln. Dabei könnten sie mit Flyern über Studienvoraussetzungen, Studienorte und Studiendauer informieren. Frisch ausgebildete Lehrkräfte könnten das Lehramt als attraktive Ausbildungsmöglichkeit bewerben und die Tätigkeit einer Lehrkraft lebendig werden lassen. Die Berufsorientierung biete einen direkten Zugriff auf die Schülerinnen und Schüler. Es gebe einige Schulstandorte, die sich ihren Lehrkräftenachwuchs über Praktika-Angebote oder einem Freiwilligen Sozialen Jahr generieren.

Präsident Linnertz sieht bei jungen Menschen u.a. eine regionale Verbundenheit und den Wunsch, einen lebenserfüllenden Beruf zu erlernen. Beides könne man im direkten Zugang zu einem gesellschaftlich relevanten Beruf nutzen.

## Fachoberschulen als Türöffner

Timo Lichtenthäler bezeichnete die Fachoberschule als „Türöffner im eigenen Haus“, da sich Schülerinnen und Schüler der Realschulen plus mit angegliederter Fachoberschule bewusst für die Fortsetzung ihrer Ausbildung an der eigenen Schule entscheiden könnten. Einen weiteren Pluspunkt sieht Lichtenthäler in den vergleichsweise günstigen Klassengrößen. Ausbaufähig sei der Bekanntheitsgrad der Fachoberschulen in der Region, in umliegenden oder benachbarten Schulen.

Benjamin Bajraktari beschrieb Schwierigkeiten der Personalisierung in den Fachoberschulen, weil die Referate der Realschulen plus keinen direkten Zugriff auf die Lehrkräfte mit der Fakultas für Berufsbildende Schulen hätten. Präsident Linnertz nahm die Problemanzeigen zur Kenntnis und bekräftigte, dass eine gleichberechtigte Personalisierung notwendig sei.

## Schwerpunktschulen

Thomas Linnertz sieht in der ausreichenden personellen Versorgung der Schwerpunktschulen im Förderbereich ein dringliches

Gebot. Die neue Schulordnung für den inklusiven Unterricht an öffentlichen Schulen werde wohl dazu anregen, Konzepte für den Einsatz und die Aufgabenbeschreibung von Förderschullehrkräften an Schwerpunktschulen zu erstellen. Ihre Aufgaben als Berater und Unterstützer sollte konzeptionell ausgearbeitet werden. Das gelte auch für die Aufgaben der Förder- und Beratungszentren.

## Schule der Zukunft – ein Motivator für Schulentwicklung

ADD-Präsident Linnertz lobte die Initiative „Schule der Zukunft“. Sie gäbe auch den Realschulen plus Raum für Schulentwicklungsprozesse. Für den zweiten Durchgang, dessen Bewerbungsfrist gerade geendet sei, hätten sich gut fünfzig Schulen beworben. Die Bewerbungen zeigten eine hohe Gestaltungsmotivation der Kollegien. In der Woche der Realschulen plus habe er sich daher auch bewusst für den Besuch einer Schule entschieden, die sich für die Aufnahme in dieses landesweite Schulentwicklungsprogramm beworben habe.

Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Foto: Benjamin Bajraktari

Timo Lichtenthäler (2.v.li.), Benjamin Bajraktari (li.), Erwin Schneider (re.) und Nicole Weiß-Urbach sprachen mit dem ADD-Präsidenten Thomas Linnertz über Fragen der Lehrkräftegewinnung und der personellen Versorgung der Realschulen plus. Man diskutierte auch über die Attraktivität des Lehrberufes, die Fachoberschulen, die Schwerpunktschulen und die „Schule der Zukunft“.

# „Die Förderung der realen Bildung hat einen zentralen Stellenwert!“

Im Gespräch mit dem neuen VDR-Bundesvorsitzenden Ralf Neugschwender

**RBiRP:** Herr Neugschwender, Sie sind am 13. November 2023 in Hannover zum VDR-Bundesvorsitzenden gewählt worden. In einer programmatischen Rede haben Sie dem Bundesvorstand dargelegt, welche Ziele sie als vorrangig sehen. Nennen Sie uns bitte ein Beispiel aus dem Zielekatalog.

„Wir müssen auf eine Anhebung des Bildungsniveaus hinwirken.“

**Ralf Neugschwender:** Wir müssen in Zukunft den Fokus noch stärker auf den Leistungsgedanken lenken. Ein Grund ist der negative Bildungstrend. Dafür gibt es zahlreiche Ursachen, darunter die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen. Die Kompetenzverluste der Schülerinnen und Schüler, wie auch in vielen Untersuchungen bestätigt, verringern zugleich deren Berufs- und Lebenschancen. Wir müssen auf eine Leistungssteigerung und Anhebung des Bildungsniveaus hinwirken. Wir müssen auch stärker die Nähe zur beruflichen Bildung suchen. Unsere bewährte duale Berufsausbildung eröffnet jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten in Handwerk, Industrie und Verwaltung. Daher gilt es, auf Bundesebene und konkret in den einzelnen Bundesländern die Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Bildung zu fördern und zu stärken.

Bundesweit besteht hoher Lehrkräftemangel bei gleichzeitig steigendem Bedarf.

„Viele nehmen Abstand vom ursprünglichen Berufswunsch Lehrkraft.“

Die Landesregierungen müssen offensiv den rückläufigen Zahlen der Studierenden mit Lehramtsziel entgegenwirken. Dazu bedarf es überzeugender Anreize. Schon eine Verbesserung der personellen und sächlichen Rahmenbedingungen an den Schulen wäre eine gute Werbung für den Schuldienst. Wenn die Studierenden während der Zeit ihrer Praktika sehen, welche ungünstigen Arbeitsplatzbedingungen sie später einmal erwarten, dann nehmen viele von ihnen Abstand vom ursprünglichen Berufswunsch.

Gestatten Sie den Blick auf einen gesellschaftspolitisch Konflikt, der sich aktuell immer weiter zuspitzt. Zahlreiche Formen des Extremismus, die wir momentan erleben, befinden sich im Widerspruch zu unserer Demokratie. Wie kann Schule vor diesem Hintergrund im Sinne unseres Grundgesetzes Orientierung geben?

„Wir dürfen nicht wegschauen, wenn es darum geht, Haltung zu zeigen.“

Demokratiebildung ist für Schülerinnen und Schüler infolge der ernststen innen- und außenpolitischen Bedrohungslage wichtiger denn je geworden. Wir brauchen daher verstärkte Programme z.B. gegen den Antisemitismus. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn es darum geht, Haltung zu zeigen. Wir alle müssen Stellung beziehen.



## Zur Person

**Ralf Neugschwender** ist ausgebildeter Realschullehrer in den Unterrichtsfächern Deutsch, Geschichte und Sozialkunde. Er besitzt einen Abschluss als Magister Artium in Germanistik und Volkswirtschaftslehre der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Er hat in Padua ein Auslandssemester absolviert und konnte über das Robert-Schuman-Stipendium des Europäischen Parlaments im Außenbüro des Parlaments in Wien Erfahrungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sammeln. Nach seinem Referendariat in Bayern hat er an bayerischen Realschulen unterrichtet und war anschließend mehrere Jahre als wissenschaftlicher Referent zu den Themenfeldern Bildung, Schule und Sport im Bayerischen Landtag tätig. Dort hat er im Auftrag von Fraktionen parlamentarische Initiativen erarbeitet und begleitet sowie Abgeordnete fachlich beraten. Ralf Neugschwender war vor seiner Wahl zum VDR-Bundesvorsitzenden langjähriger Geschäftsführer im Bundesverband des Verbandes Deutscher Realschullehrer. Geboren wurde der neue Bundesvorsitzende 1978 in Rothenburg ob der Tauber, wo er am Reichsstadt-Gymnasium sein Abitur ablegte.

Schule hat den Auftrag, junge Menschen in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und ihr entschiedenes Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen zu stärken. Die aktuellen Demonstrationen, bei denen zehntausende Menschen überall in Deutschland ein sichtbares Zeichen für die Demokratie und gegen rechts setzen, machen mir Mut, dass die große Mehrheit bereit ist, für die Demokratie einzustehen.

### Das Grundgesetz bietet die Grundlage weitreichender politischer Beteiligung der Staatsbürger.

Am 23. Mai 2024 wird unser Grundgesetz, das die Grundlage für unseren demokratischen Rechtsstaat bildet, 75 Jahre alt. Das historische Datum ist ein Grund zum Feiern, aber auch Anlass zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Denn: Unser Grundgesetz ist zwingend darauf angewiesen, dass es von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, verteidigt und gelebt wird. Die unschätzbare Bedeutung von Freiheit und Demokratie muss deshalb auch jeder nachfolgenden Generation neu vermittelt werden

### Was zeichnet den VDR als Interessenverband aus?

Gesellschaftliche Veränderungen gehen nicht spurlos an der Schule vorbei. Schulen müssen flexibel, dynamisch und zukunftsfähig reagieren. Das erwartet die Gesellschaft, die Wirtschaft und das fordert schließlich die Politik. Die Politik muss sich allerdings daran messen lassen, was sie für die Zukunft der Schule und somit für die Zukunft der Kinder tut. Gute Schulen, wenn man sie will, brauchen auch eine gute Schulpolitik. Eine gute Schulpolitik ist auch das Ergebnis engagierter Verbandsarbeit. Der VDR greift die Vielfalt der schulpolitischen Fragen im Interesse der Schule und im Interesse seiner Mitglieder unter spezifischen Aspekten auf. Die Förderung der realen Bildung hat hierbei einen zentralen Stellenwert.

Das Gespräch führte Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de



## ► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 13. FEBRUAR 2024

# Vorfahrt für Bildung – VRB fordert Priorisierung der Bildung

**„Unsere Schülerinnen und Schüler brauchen beste Bildung und damit beste Chancen zur Verwirklichung eines glücklichen und erfolgreichen Lebenswegs in Familie, Gesellschaft und Arbeitswelt. Den politisch Verantwortlichen ist diese Grundwahrheit wohlbekannt. Wenn es jedoch um die notwendige Ausweitung des Bildungsetats geht, treten viele stärker auf die Bremse als auf das Gaspedal“, erklärt Timo Lichtenthäler, Landesvorsitzender des Verbandes Reale Bildung (VRB), und fordert „Vorfahrt für Bildung!“**

„Der Bildungsetat darf nicht nur die Wege zur Akademisierung finanzieren. Gleichermaßen ist es aus gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen wichtig, Schulen mit erheblich höheren Haushaltsmitteln auszustatten, deren Absolventinnen und Absolventen sich nach erfolgreichem Abschluss mehrheitlich für nichtakademische Ausbildungsgänge entscheiden“, fordert Lichtenthäler, und begründet: „Die Realschule plus lässt alle weiterführenden Wege offen: die Hinführung zur Berufsausbildung, zur Fachoberschule oder zum Abitur. Eine solche Perspektivenvielfalt erfordert einen nach Leistung und Neigung differenzierten Unterricht. Damit verbunden sind Ausgaben, die eine Landesregierung keinesfalls scheuen darf. Denn: Es sind Investitio-

nen für die Zukunft, die auch dem massiv zunehmenden Fachkräftemangel erfolgreich entgegenwirken.“

Große Unzufriedenheit, so der VRB, verursa- che die unzureichende Lehrkräfteversorgung an den Realschulen plus. Bereits aktuell gebe es einen deutlich erkennbaren Mangel an Lehrkräften, der in wenigen Jahren noch dramatisch zunehme. Schon in naher Zukunft sei die Unterrichtsversorgung erheblich eingeschränkt, wenn sich die Einstellungs- zahlen nicht nach oben entwickelten.

Die politische Verantwortung auch für eine mittel- und langfristig ausreichende Personalversorgung liege im Heute. Denn ausreichende Unterrichtsversorgung in Gegenwart und Zukunft setze auch voraus, dass

der Realschule plus eine bedarfsgerechte Anzahl an ausgebildeten Lehrkräften zur Verfügung stehe. Der Blick auf die rückläufige Zahl der Studierenden für das Lehramt an Realschulen plus verdeutliche, dass die derzeitigen Informations- und Motivationsmaßnahmen für diesen Studiengang nicht ausreichen. Die bedenkliche Entwicklung setze sich an den Studienseminaren fort. So besuchten insgesamt nur zehn Prozent der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter aller Schularten ein Ausbildungsseminar für das künftige Lehramt an Realschulen plus. Diese Zahl stehe in einem krassen Missverhältnis zum hohen Anteil der Schülerschaft an den Realschulen plus und den Integrierten Gesamtschulen.

„Nur durch eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung sind die Möglichkeiten und Chancen einer schulischen Weiterentwicklung, wie die Senkung der Klassenmessen- zahlen, die Ausweitung der äußeren Differenzierungsmaßnahmen oder der individuellen Förderung erfolgversprechend. Das Thema Bildung muss in der Prioritätenliste massiv nach oben geschoben werden! Daher: „Vorfahrt für Bildung!“, fordert Landesvorsitzender Lichtenthäler.



Der VRB beteiligte sich an der Protestveranstaltung.

► AUS DEM dbb

Auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Tarifabschluss

# Große dbb-Demo in Mainz

Für den Landesvorsitzenden war es wieder ein positives Erlebnis, dass der VRB als Mitglied einer starken dbb-Familie in der Öffentlichkeit die Interessenvertretung für seine Mitglieder wahrnehmen kann.





Die Kundgebung auf dem Ernst-Ludwig-Platz in unmittelbarer Nähe zum Landtag, Abgeordnetenhaus und Landesministerien nutzten die dbb-Mitgliedergewerkschaften und -verbände trotz winterlicher Kapriolen zu einer deutlichen Willensbekundung, was sie an Wertschätzung im öffentlichen Dienst von der Landesregierung erwarten.

Am 4. Dezember hatte der dbb Landesbund Rheinland-Pfalz die Mitglieder der dbb-Mitgliedsgewerkschaften und -verbände zu einem landesweiten Warnstreik- und Protesttag aufgerufen. Das extreme Wettergeschehen machte vielen Mitgliedern die Entscheidung nicht einfach, die An- und Abreise bei Glatteis und Schneechaos in Rheinland-Pfalz auf sich zu nehmen. Dass gut dreitausend Demonstrantinnen und Demonstranten der dbb-Mitgliedsgewerkschaften und -verbände sich in Mainz versammelten, dokumentierte die Entschlossenheit der Mitglieder, vernehmbar für ihre Interessen einzutreten und der dbb-Bundes- und dbb-Landesleitung den Rücken zu stärken.

#### Lautstarker Zug durch die Mainzer Innenstadt

Am gleichen Tag hatte auch der DGB zu einem Protestzug aufgerufen. Beide Protestzüge trafen sich auf der Kaiserstraße in entgegengesetzter Richtung und sorgten für viel Lärm. Schülerinnen und Schüler eines Mainzer Gymnasiums in der Nähe der Kaiserstraße verfolgten interessiert die Demonstrationen. Sie erhielten hautnah Anschauungsunterricht, welche Möglichkeiten eine Demokratie den Bürgerinnen und Bürgern eröffnet, ihren Protest auf den Straßen Ausdruck zu verleihen. Aber auch die Mainzer Bürgerinnen und Bürger mussten an diesem Wintervormittag Geduld aufbringen. Es kam wegen der Größe der Demonstrationen zu Verkehrsbehinderungen in der Mainzer Innenstadt. Auch der ÖPNV war davon betroffen.

#### Kritik an der Verhandlungsführung der Tarifgemeinschaft

Bei der Schluss-Kundgebung auf dem gefüllten Ernst-Ludwig-Platz drückte dbb Tarifchef Volker Geyer Unverständnis über die Verschleppungstaktik der Tarifgemeinschaft der Länder aus: „Mit

großer Deutlichkeit haben die Arbeitgeber der Länder den Gewerkschaften und den Beschäftigten bislang vermittelt, dass sie eine Konkurrenzfähigkeit des Tarifvertrages der Länder nicht nur für schwer erreichbar halten, sondern Konkurrenzfähigkeit erst gar nicht anstreben.“ Wer im Zweifel der billigen Lösung den Vorrang gebe, verspiele das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen und setze die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge aufs Spiel. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigen hier in Mainz deutlich, dass sie dafür kein Verständnis haben und in der bevorstehenden dritten Verhandlungsrunde einen Durchbruch erwarten, der vernünftige Perspektiven bietet.“

#### Gutes Geld für gute Arbeit

Lilli Lenz, die Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, ermahnte die Arbeitgeberseite, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben: „Der Ländertarifvertrag ist in vielen Teilen nicht mehr wettbewerbsfähig. Der verlorene Boden im Konkurrenzkampf ums Personal muss schnell gutgemacht werden durch ein attraktives Verhandlungsergebnis in Potsdam. Wir brauchen gutes Geld für gute Arbeit. Ein tragfähiges Ländertarifergebnis muss außerdem sehr zügig zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtenbesoldung und -versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst übertragen werden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des betroffenen öffentlichen Dienstes müssen die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. So geht Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung. Dann klappt's auch mit dem öffentlichen Dienst. Das ist nötig und gut – für alle.“

Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



# EINIGUNG IM TARIFKONFLIKT

Übertragung auf Beamtenbesoldung  
und -versorgung erreicht



Foto: AdobeStock

Beim Start der ersten Tarifrunde für den TV-L im Oktober 2023 waren Stimmen laut geworden, dass eine Einigung diesmal schwierig werden könnte. Einerseits setzte die Situation der öffentlichen Kassen Grenzen, andererseits brauchte es Anreize, dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu begegnen. Und die Beschäftigten forderten Wertschätzung und Anerkennung für ihre Arbeit.

Der Weg zum Tarifkompromiss gestaltete sich für beide Seiten nicht einfach. „Diesmal war ein Kompromiss nur nach massiven Warnstreik-Aktionen zu erreichen. Der Druck hat gewirkt“, betonte die rheinland-pfälzische dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 9. Dezember zum Start der letzten Verhandlungsrunde in Potsdam. Trotz konträrer Positionen konnten an diesem Tag die Tarifgemeinschaft der Länder sowie dbb beamtenbund und tarifunion (Dachverband des VRB) und Verdi eine Einigung für die Beschäftigten der Länder erzielen. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 25 Monaten.

## Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtenbezüge

In Rheinland-Pfalz hat der Ministerrat am 23. Januar 2024 eine „1:1“-Übertragung des Tarifiergebnisses auf alle Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auf den Weg gebracht.

Der Gesetzentwurf geht zunächst in die Verbändeberatung und wird im Anschluss dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet. Das sind die vorgesehenen Regelungen im Einzelnen:

### Inflationsausgleichszahlungen

Die im Tarifiergebnis festgeschriebenen Inflationsausgleichszahlungen in Höhe von insgesamt dreitausend Euro werden steuer- und abgabenfrei auf die Beamtenbesoldung übertragen. Die Auszahlung erfolgt gestaffelt in eine Einmalzahlung von 1.800 Euro sowie zehn Monatszahlungen über 120 Euro ab Januar 2024. Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten ebenfalls – entsprechend ihrem individuellen Ruhegehaltssatz – die Sonderzahlungen. Mit der Auszahlung kann ab Ende Februar gerechnet werden. Als kleinen Wermutstropfen kann man die Auswirkungen auf Kolleginnen und Kollegen in Elternzeit empfinden. Wer in der Zeit vom 1. August 2023 bis zum 8. Dezember 2023 nicht mindestens einen Tag Anspruch auf Bezüge hatte, erhält die 1.800 Euro nicht. Das gilt auch für die Monatszahlungen über 120 Euro.

wirkungen auf Kolleginnen und Kollegen in Elternzeit empfinden. Wer in der Zeit vom 1. August 2023 bis zum 8. Dezember 2023 nicht mindestens einen Tag Anspruch auf Bezüge hatte, erhält die 1.800 Euro nicht. Das gilt auch für die Monatszahlungen über 120 Euro.

### Erhöhung der Grundgehälter in zwei Schritten

Die Beamtenbesoldung wird in zwei Schritten erhöht. Die Grundgehälter steigen zum 1. November 2024 um zweihundert Euro (Sockelbetrag). Ab dem 1. Februar 2025 erfolgt dann eine Linearsteigerung um 5,5 Prozent.

### Impulse gegen den Fachkräftemangel

Finanzministerin Doris Ahnen betonte, dass die Landesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch die Anfangsgrundgehälter der Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger in den Besoldungsgruppen ab A 12, also beispielsweise von Lehrerinnen und Lehrern, über das Tarifiergebnis hinaus nachhaltig erhöhen werde. So könne Rheinland-Pfalz auch hier im Vergleich zu den anderen Ländern bei der Eingangsbesoldung einen Platz im vorderen Mittelfeld einnehmen.

### Wettbewerbsfähigkeit steigern

Zur Steigerung der Attraktivität rheinland-pfälzischer Beamtenverhältnisse im Wettbewerb öffentlicher und privater Arbeitgeber sollen „flankierende Maßnahmen“ umgesetzt werden. Zu nennen sind beispielsweise die überproportionale Anhebung von Anwärterbezügen sowie die weitere finanzielle Stärkung kinderreicher Beamtenfamilien.

### Erhöhung von Zulagen

Auch Zulagen werden von bislang 132 Euro auf 180 Euro erhöht. Das soll z. B. für Polizistinnen und Polizisten und für Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr gelten. Man wolle damit „den enormen Belastungen und der wichtigen Rolle unserer rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten für die Sicherheit in unserem Land“ Rechnung tragen.

Katharina Becker  
katharina.becker@vrb-rlp.de





# Herbsttagung der dbb frauenvertretung rheinland-pfalz:

## Einkommensrunde 2023 und „Rehabilitation“ im öffentlichen Dienst



Herbsttagung der dbb-frauenvertretung in Speyer – vorne (v.l.n.r): die Vorstandsmitglieder Johanna Mieder (DSTG), Nicole Weiß-Urbach (VRB), Claudia Rüdell (DSTG) und Karola Stinner (DVG) – Mitte: Melanie Schreyer (DSTG), Rosa Berardi (komba), Daniela Starck (BDZ) und Mira Emig (BTB) – hinten: Elisabeth Gromotka (dbb jugend), Dagmar Tillmanns (DPoIG) Birgit Koch (VRFF), Rebekka Lehr (DJG), Kathrin Unkel (DAAV) und Nathalie Pfitzmaier (BDR)

Claudia Rüdell, Vorsitzende der dbb-landesfrauen rlp, begrüßte die Teilnehmerinnen aus den verschiedenen dbb-Fachgewerkschaften zur Herbsttagung in Speyer. Nicole Weiß-Urbach nahm als Gleichstellungsbeauftragte des VRB teil.

Rüdell ging in ihrem Tätigkeitsberichtes auf die laufenden Tarifverhandlungen der Länder ein. Sie wertete die Streikbereitschaft und Teilnahme der Frauenvertretungen aus den einzelnen Fachgewerkschaften an den Streikaktionen als wichtiges Signal für die weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

### Praxisthema: Beantragung und Organisation einer Kur

In einem Vortrag von Jennifer Silz und Barbara Becker (Debeka KV) erhielten die Teilnehmerinnen anhand

praktischer Beispiele Informationen über die Voraussetzungen für die Kostenübernahme für Sanatorium, Kur und Heilbehandlungen. Zunächst definierten sie den Begriff der Rehabilitation als Wiederherstellung mit den Zielen der Vermeidung, Verschlimmerung oder Chronifizierung einer Krankheit. In Abhängigkeit von diesen Zielen seien unterschiedliche Kostenträger zuständig. Die Referentinnen gaben einen Überblick über die verschiedenen Arten der Rehabilitation, wie z.B. die Anschlussheilbehandlung, Mutter-Kind-Kur, Vorsorgekuren oder eine medizinische Rehabilitation. Die Kostenträger prüften eine medizinische Notwendigkeit. Es gelte der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Auch über die zuständigen Leistungserbringer wie Krankenhäuser, Tageskliniken oder ambulante Rehazentren wurden die Anwesenden informiert.

### Was ist zu beachten?

Barbara Becker betonte, dass Reha-Maßnahmen rechtzeitig beantragt werden müssten. Eine Behandlung sollte nur mit einer Kostenzusage angetreten werden. Unklarheiten sollten sofort mit der Klinik und den Kostenträger besprochen werden. Becker beschrieb den optimalen zeitlichen Ablauf einer planbaren Reha in sieben Schritten vom Gespräch mit dem Hausarzt über die Kliniksuche bis hin zur Aufnahme beim Leistungserbringer. Abschließend gab sie Tipps, wie man die richtige Klinik findet. Unterstützung bekomme

man beispielsweise durch die „Weiße Liste“, ein Wegweiser im Internet oder bei seiner Krankenversicherung

### Blick in die Berufs- und Arbeitswelt

Der zweite Tag der Herbsttagung war der Austausch der Frauenvertreterinnen untereinander vorbehalten. Diskussionsbedarf gab es unter anderem bezüglich der unterschiedlichen Umsetzung von Telearbeit und mobilem Arbeiten an den Arbeitsplätzen sowie bei den inhaltlichen Umsetzungen diesbezüglicher Dienstvereinbarungen.

Weitere Diskussionsschwerpunkte waren die Nachwuchsgewinnung und der Fachkräftemangel. Nicole Weiß-Urbach berichtete in diesem Zusammenhang von Quer- und Seiteneinsteigermodellen als eine Möglichkeit, Lehrkräfte für das Lehramt an Realschulen plus zu gewinnen.

### dbb landesgewerkschaftstag 2024 mit Neuwahlen

Elke Schwabl, stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeisterin der dbb Landesleitung, gab in ihrem Bericht einen Überblick über die Arbeit des dbb in Rheinland-Pfalz. So informierte sie über politische Forderungen der dbb Landesleitung, wie den abschlagsfreien Ruhestand nach dem 63. Lebensjahr und 45 Dienstjahren. Sie benannte auch die Änderungen im Reisekostengesetz, wie die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung um drei Cent pro Kilometer.

Zum Ende ihrer Darlegungen gab Schwabl einen Ausblick auf den dbb landesgewerkschaftstag 2024 in Mainz, bei dem die Neuwahl der dbb Landesleitung auf der Tagesordnung stehen wird.

Claudia Rüdell ergänzte diesen abschließenden Blick auf das Jahr 2024 mit der Ankündigung der Frühjahrssitzung. Diese, so präzisierte sie, werde auch zur Formulierung von Anträgen und Forderungen der dbb landesfrauen für den Gewerkschaftstag dienen.

Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



## Philologenverband: Vertreterversammlung 2023

# Irrwege ersparen!



Für den VRB nahmen Bernd Karst und Wolfgang Wünschel (li.) an der Festveranstaltung teil. In der Mitte Cornelia Schwartz, die im Amt bestätigte Landesvorsitzende des Philologenverbandes.



Cornelia Schwartz (Mitte) wurde bei der Delegiertenversammlung des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz mit ihrem Vorstand wiedergewählt.

„Die Lehrkraft bleibt im Mittelpunkt“, betonte Ministerin Dr. Stefanie Hubig in ihrem Grußwort. Gleichzeitig bekannte sie sich zu Digitalisierung und Medienkompetenz.

Cornelia Schwartz riet zu Augenmaß und Besonnenheit bei der Gestaltung von „Schule der Zukunft“. Sie beschwor das gemeinsame Lernen und wandte sich gegen die sogenannten Lernlandschaften und gegen eine Digitalisierungseuphorie. Die Landesvorsitzende forderte die Bildungsministerin auf, Irrwege zu ersparen, die aus anderen europäischen Ländern bekannt seien. „Seien Sie mutig! Verlieren Sie Bewährtes nicht aus den Augen!“ Für ihre Ausführungen galt gleichermaßen: „Die Lehrkraft steht im Mittelpunkt.“

Den Festvortrag hielt Dr. Alexander Jatzko zum Thema „Digitale Welt – analoges Gehirn: Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Neurobiologie von Kindern und Erwachsenen?“ Dr. Jatzko, seit September Chefarzt der Klinik Stillachhaus in Oberstdorf, war als Chefarzt der Klinik für Psychosomatik am Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern bekannt geworden durch die Betreuung von Opfern und Hinterbliebenen der Ramstein-Katastrophe 1988.

Wolfgang Wünschel

### ► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 28. FEBRUAR 2024

## VRB: Lehrkräfte ergreifen Partei für demokratische Wertorientierung

**„Wenn Lehrkräfte für die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands eintreten, dann setzen sie ein Zeichen für die Demokratie,“ erklärt Timo Lichtenthäler, Vorsitzender des Verbandes Reale Bildung.**

Der VRB begrüßt gesellschaftliches und bürgerrechtliches Engagement, das derzeit besonders gefordert ist. „Das Eintreten für eine lebendige Demokratie entspricht dem Schulgesetz, wonach Lehrkräfte verpflichtet sind, sich für Menschenrechte, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die dahinterstehenden Werte einzusetzen“, so der Verbandschef. Folglich haben Lehrkräfte nicht nur das Recht, sondern eben die Pflicht, für die Grundprinzipien

der Grund- und Menschenrechte einzutreten und im Unterricht Positionierungen zu thematisieren, die diesen Grundprinzipien widersprechen. Lichtenthäler ermutigt die Lehrkräfte, Partei zu ergreifen für die Einhaltung demokratischer Wertorientierung – innerhalb und außerhalb des Unterrichts.

Eine bis heute geltende Leitlinie für den Unterricht gibt der sogenannte Beutelsbacher Konsens aus dem Jahr 1976. Gemäß dem Überwältigungsverbot bzw. Indoktrinationsverbot dürfen Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Sie sollen sie jedoch in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Unterrichts eine eigene Meinung bilden zu können.

# Starker Staat – Wehrhafte Demokratie

dbb Jahrestagung

Wenn laut aktueller Umfragen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland davon ausgehen, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, müsse das Vertrauen in den Staat wieder hergestellt werden. Dies war die Botschaft des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach zum Auftakt der traditionellen dbb Jahrestagung Anfang Januar. Der dbb Chef machte deutlich: „Wenn das Vertrauen in die Politik nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein Verwalten, sondern Gestalten.“

## Die zentralen Tagungsthemen fanden ein interessiertes Publikum

Vertrauen in die Demokratie und in die Funktionsfähigkeit des Staates, geopolitische Herausforderungen und Spannungen, Wahlen in Europa und einigen Bundesländern. Namhafte Gäste aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft diskutierten im Kölner Messezentrum mit Vertretern der dbb Bundesleitung und zahlreichen dbb Fachgewerkschaften. Der VDR war vertreten durch den neuen Vorsitzenden Ralf Neugschwender sowie die Vorsitzenden der Querschnittsorganisationen VDR Frauen (Nicole Weiß-Urbach), VDR Jugend (Saskia Tittgen) und VDR Senioren (Christa Nicklas).

## Für mehr demokratische Bildung in den Schulen

Für die VDR-Vertreter/innen war das Bildungsthema „Demokratie beginnt in der Schule“ von besonderer Bedeutung. Auf dem Fachpodium gab es ein Wiedersehen mit Jürgen Böhm, dem früheren VDR-Bundesvorsitzenden, seit Juni 2023 Staatssekretär im Bildungsministerium Sachsen-Anhalt. Jürgen Böhm pflichtete im Gespräch mit weiteren Vertretern der Bildungspolitik der Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes Susanne Lin-Klitzing bei, die demokratische Grundbildung zu verstärken. „Dazu braucht es aber keine neuen Fächer, sondern eine konsequente fächerüber-

greifende Vermittlung von Demokratiebildung“, so Böhm. Bereits in der frühkindlichen Erziehung müssten erste Impulse gesetzt werden. Er warnte davor, Schule immer schlecht zu reden. „Natürlich hat die Gesellschaft Probleme zu lösen. Aber wir leben in einer sehr klaren demokratischen Gesellschaft, für die es sich einzusetzen lohnt.“

## Für eine Stärkung des Rechtsstaats

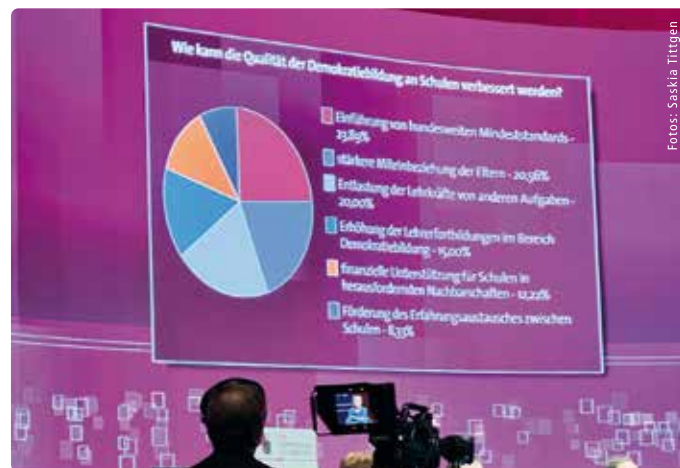
Wie gefestigt ist unsere Demokratie und wie schützen wir den Rechtsstaat vor Angriffen? Mit dieser Thematik beschäftigte sich der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Peter Müller.

„Nur zwanzig Prozent der Weltbevölkerung lebten in demokratisch verfassten Staaten“, erinnerte Peter Müller das Publikum, populistische Bewegungen seien auf dem Vormarsch, die es „mit dem Rechtsstaat nicht so genau nehmen.“ Dem Rechtsstaat müsse wieder mehr Geltung verschafft werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Demokratie zu stärken. „Wir brauchen keine neuen Regelungen – im Gegenteil, teilweise haben wir eher zu viele“. Wichtig sei aber, dass die Regelungen auch für alle gelten würden. „Das Gewaltmonopol des Staates ist nur glaubwürdig, wenn Recht auch durchgesetzt wird“. Gegen das derzeitige Vollzugsdefizit helfe nur eine angemessene Personalausstattung sowie eine ordentliche Bezahlung im öffentlichen Dienst. Um die Identifikation gerade junger Menschen mit dem Staat zu stärken, kann sich der ehemalige Bundesverfassungsrichter eine allgemeine Dienstpflicht vorstellen. „Ich halte das für durchaus attraktiv, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken.“ So könne Heranwachsenden auch vermittelt werden, dass das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft auch ein Bemühen um ihren Erhalt erfordert“.

Christa Nicklas,  
VDR Senioren



Der VDR war vertreten durch den neuen Vorsitzenden Ralf Neugschwender sowie die Vorsitzenden der Querschnittsorganisationen VDR Frauen (Nicole Weiß-Urbach – re.), VDR Jugend (Saskia Tittgen – li.) und VDR Senioren (Christa Nicklas).



Fotos: Saskia Tittgen

Um die demokratische Grundbildung in den Schulen zu verstärken, braucht es keine neuen Fächer, sondern eine konsequente fächerübergreifende Vermittlung von Demokratie-Bildung.

## „Wir machen die Fachoberschulen noch stärker.“

Die FOS an der Realschule plus in Einzelporträts

Die Fachoberschule hat durch den wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften noch einmal an Bedeutung gewonnen. In den letzten zehn Jahren haben rund 8.500 junge Menschen an einer FOS im Verbund mit einer Realschule plus die Fachhochschulreife erworben. Das berichtete Wolfgang Häring in seinem Beitrag „Der Weg zur Fachoberschule an der Realschule plus“ (Ausgabe 5–6/2023, S. 8–10). Für die weitere Entwicklung der Fachoberschule erinnerte er Ministerin Stefanie Hubig an ein früheres Versprechen: „Die Fachoberschulen sind stark darin, Qualifikationen zu schaffen und Chancen zu eröffnen. Wir machen die Fachoberschule noch stärker.“

Der Verband Reale Bildung begleitet diese Intention offensiv. In einer landesweiten FOS-Tagung des Verban-

des wurde von positiven Erfahrungen berichtet, es wurden aber auch Bereiche angesprochen, in denen Handlungsbedarf besteht. Diese haben wir in Gesprächen mit Staatssekretärin Bettina Brück und dem ADD-Präsidenten Thomas Linnertz aufgegriffen und berichten darüber in dieser Ausgabe.

Parallel dazu werden wir in mehreren Ausgaben Fachoberschulen aus dem ganzen Land porträtieren. Wir wollen mit Verantwortlichen, mit Schülerinnen und Schülern sprechen und auch „Ehemalige“ nach ihren Erfahrungen fragen. Sie alle sollen hier ein Podium erhalten. Wir beginnen mit der Fachoberschule an der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau.

Konrad-Adenauer-Realschule plus mit Fachoberschule Technik/Umwelt

## „Die Fachoberschule wirkt wie ein Katalysator – die enge Verknüpfung von Schule und Berufswelt beschleunigt das Erwachsenwerden.“

Mit diesen Worten beschreibt Manfred Schabowski die Fachoberschule an Realschulen plus, kurz FOS genannt. Er ist Schulleiter der Konrad-Adenauer-Realschule plus und Fachoberschule Technik/Umwelt in Landau (KARS) sowie Sprecher der Landesvereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen plus/FOS in Rheinland-Pfalz. Im gemeinsamen Gespräch zusammen mit dem FOS-Koordinator Holger Deckler konnte man erleben, mit welcher Begeisterung beide für die Fachoberschule eintreten und welche Visionen sie für die Zukunft haben.

Manfred Schabowski stützt seine Aussage auf den hohen Praxisanteil im Schulalltag der Klassenstufe 11 und die damit verbundenen Einblicke in die jeweiligen Berufsfelder. Die Schule kooperiert eng mit Betrieben und Forschungseinrichtungen, in denen die Jugendlichen ihr Praktikum absolvieren und der direkte Bezug von Unterrichtsinhalten zu Beruf und Studium wird deutlich ge-

macht. „Für mich ist die FOS eine Basis für eine fundierte Berufsentscheidung und damit für einen gelungenen Lebensweg“, so der Schulleiter, „denn die Absolventinnen und Absolventen der FOS wissen, auf was sie sich einlassen. Im einjährigen Praktikum haben sie die Möglichkeit, ihren potenziellen zukünftigen Arbeitgeber umfassend kennenzulernen. Dadurch fällt die anschlie-



bende Entscheidung für Beruf oder Studium viel bewusster.“

Auch die Betriebe profitieren von ihren Praktikantinnen und Praktikanten, zum einen während der Praktikumszeit als Unterstützung bei den betrieblichen Abläufen, zum anderen können sie diese Zeit als Kennenlernphase nutzen, um nach Abschluss der Fachoberschule den jungen Menschen Angebote im Hinblick auf eine Ausbildung oder ein Duales Studium zu machen.

### Organisation und Kooperationen an der KARS

Wie in allen Fachoberschulen des Landes Rheinland-Pfalz absolvieren die Schülerinnen und Schüler in Klassenstufe 11 an drei Tagen pro Woche ein Praktikum. Kooperationen für Praktika primär im Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie bestehen neben Angeboten von landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben in



der Region u.a. mit der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer, dem Biosphärenhaus Pfälzerwald-Nordvogesen in Fischbach, der Umwelt- und Biotechnik GmbH in Ludwigshafen und der Ökosystemforschung Anlage Eußerthal der Rheinland-pfälzisch Technischen Universität Kaiserslautern-Landau. Des Weiteren bestehen Partnerschaften mit der Technischen Universität in Bingen und dem Umwelt-Campus in Birkenfeld.

#### Praktika

Praktika für den Fachbereich Technik können in informationstechnischen Berufen wie technischer Informatiker bzw. Anwendungsentwickler oder in verschiedenen Ingenieursberufen, die ein Bindeglied zwischen Metall- und Elektrotechnik sind und bei denen die Digitalisierung eine zentrale Rolle spielt, absolviert werden. Dafür konnten Unternehmen wie MAN Truck und Bus Deutschland, Braun Maschinenbau oder Wickert Maschinenbau als Partner gewonnen werden.

#### Unterricht im Klassenverband

Das Schwerpunktfach ist in der Oberstufe mit jeweils 1/3 der Stunden der Stundentafel belegt, daneben werden die standardisierten Fächer der Oberstufe Deutsch, Mathematik und Englisch mit jeweils vier Stunden in Klassenstufe zwölf unterrichtet.

Der Unterricht in der FOS findet am Vormittag und in der Klassengemeinschaft statt. Er hat eine für alle Schülerinnen und Schüler klare und verbindliche Struktur. Zudem besteht die Möglichkeit ab Klassenstufe 11 Französisch als zweite Fremdsprache zu belegen, eine Voraussetzung um die Allgemeine Hochschulreife erwerben zu können.

#### Fachbereich Bio- und Umwelttechnologie

Der seit 2019 an der Fachoberschule der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau

Die Fachoberschule ist die „Oberstufe“ der Konrad-Adenauer-Realschule plus in Landau. Sie schließt an die „Mittlere Reife“ an und hat zwei Schwerpunkte. Eva-Maria Antz ist für den Fachbereich Bio- und Umwelttechnologie verantwortlich. Der FOS-Koordinator Holger Deckler betreut den Fachbereich Technik/Informatik. Zwischen den beiden: Schulleiter Manfred Schabowski.

angebotene Fachbereich ist bisher einzigartig in Rheinland-Pfalz. Wie ein roter Faden zieht sich der Gedanke einer nachhaltigen Entwicklung durch alle Lernbereiche:

Die Analyse von ökologischen Stoffkreisläufen, die Untersuchung und Bewertung regenerativer Energien und deren Erzeugung, die Betrachtung der Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft, deren Belastungen ermitteln und Maßnahmen zum Schutz ableiten, welche Nachhaltigkeitsziele begründen sich aus den Klimakonferenzen, und wie können wir persönlich hier Einfluss nehmen.

#### Fachbereich Technik mit Schwerpunkt Technische Informatik

Der bereits 2012 mit der Gründung der FOS in Landau initiierte Fachbereich Technik mit dem Schwerpunkt Technische Informatik setzt seinen Fokus im Bereich der Programmierung. Dabei sind die Lernbereiche Automatisierung und Robotik von besonderer Bedeutung. Die Vertiefung in Klassenstufe 12 setzt das Kennenlernen und Bewerten von technischen Systemen voraus sowie deren konkrete Weiterentwicklung durch die Fertigung und Ergänzung von Bauteilen. Auch in diesem Fachbereich wird durch den Lernbereich „Energieressourcen schonen“ und der Analyse regenerativer Energien zur Deckung des Strombedarfs der Nachhaltigkeitsgedanke beachtet.

#### „Vom Wissen zum Handeln“,

so skizziert der FOS-Koordinator Holger Deckler die Intention der FOS der KARS Landau. „Junge Menschen, die Praxiserfahrung sammeln und sich ausprobieren möchten, sind unsere Zielgruppe. Im Praktikum werden sie zum eigenverantwortlichen Arbeiten angeleitet und durch die Selbständigkeit in Projektarbeiten an der Schule auch für ein Studium vorbereitet. Diese Maßnahmen beantworten u.a. die „Sinn-Frage“, nämlich wofür der schulische Lernstoff gebraucht wird. Zumal auch die allgemeinbildenden Fächer der FOS immer einen berufsbezogenen Hintergrund haben. So werden zum Beispiel im Englischunterricht Mails an potentielle Kunden verfasst, die Fragen zu einem technischen Produkt haben.“



#### Zur Person

##### FOS-Koordinator Holger Deckler

Bevor Holger Deckler ins Lehramt wechselte, absolvierte er eine Ausbildung zum Verfahrenstechniker. Nach zehn Jahren Berufserfahrung in einem beratenden Ingenieurbüro für Umwelttechniken, entschied er sich für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen. Dort hat er auf vielen Ebenen Erfahrung gesammelt, vom Referendar bis hin zum Abteilungsleiter. Auf diesem Hintergrund ist auch verständlich, warum für ihn die Schwerpunkte Technik und Bio- und Umwelttechnologie von besonderer Bedeutung sind. Er kennt die Inhalte, deren Brisanz und Aktualität nicht nur aus schulischer Sicht. Seit Februar 2017 ist er FOS-Koordinator an der KARS. Und er schätzt die Verbundenheit der FOS-Absolventinnen und -Absolventen, die auch lange nach ihrem Abschluss mit ihrer Schule noch in Kontakt sind. „Sie sind die besten Werbeträger für die Fachoberschule“, so Holger Deckler.

Schulleiter Schabowski ergänzt: „Durch das Fachabitur wird der Zugang zu allen Hochschulen ermöglicht, denn nur noch wenige Studienfachrichtungen sind ausschließlich an Universitäten zu realisieren.“

### Visionen

- Die Möglichkeiten der FOS sollten schon beim Schulwechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule viel offensiver beworben werden. Der FOS-Koordinator Holger Deckler hat hierzu schon Ideen: „Keep cool“ – Ein Spiel rund ums Klima. Es fördert die Weitsicht von Schülerinnen und Schüler im Ermessen, welcher Zusammenhang zwischen dem eigenen Verhalten und der Klimaentwicklung besteht. Die FOS-Schülerinnen und -Schüler der KARS sind hier bereits

als Multiplikatoren bei der Durchführung des Spiels in der eigenen Unterstufe aktiv geworden. Basierend darauf könnten Kooperationen mit Grundschulen geschlossen werden, um dort bereits frühzeitig Kontakte zu knüpfen und einen möglichen Weg über die Realschule plus in die FOS aufzuzeigen. So könnten die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und die Lehrkräfte der Grundschulen dafür sensibilisiert werden, dass auch über diese schulische Laufbahn ein Studium möglich ist. Überdies ist für ein Duales Studium die Fachhochschulreife die Voraussetzung.

- Für Schülerinnen und Schüler in Klassenstufe acht und neun, der eigenen oder anderer Schularten, die eine schulischen

Umorientierung in Erwägung ziehen, sollten die Chancen einer FOS stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Ein mögliches Angebot wäre, dass sie Jugendliche der Klassenstufe 11 eine Woche lang durch ihren Alltag begleiten und so Praktikum und Unterricht kennenlernen.

- Eine Vision, die Manfred Schabowski als Vorsitzenden der Schulleitervereinigung umtreibt, ist ein 13. Schuljahr an der Fachoberschule in Landau: „In Kooperation mit der BBS Landau könnte dieser Schulversuch gestartet werden. Schülerinnen und Schüler der beiden Jahrgangsstufen 12 könnten gemeinsam vor Ort die allgemeine Hochschulreife erlangen. Potential für dieses Angebot ist in Landau vorhanden.“

## Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie

# „Alles ist möglich – inklusive praktischer Erfahrungen“

So beschreibt Eva-Maria Antz, die Chancen und Möglichkeiten, die die Fachoberschule bietet. Frau Antz ist an der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit Fachoberschule in Landau (KARS) verantwortlich für den Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie, eines in Rheinland-Pfalz bisher einzigartigen Angebotes an einer Fachoberschule.

Im Gespräch gibt sie Einblicke in die Intentionen und langfristigen Perspektiven dieser Fachrichtung, erklärt, welche Zielgruppe angesprochen werden soll und warum sie für diese Angebot „brennt“.

### Chronologie zum Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie

„Es ist unsere Verantwortung mit der Umwelt so bewusst umzugehen, dass auch die nachfolgenden Generationen noch eine lebenswerte Welt vorfinden. Diese Fokussierung ist eng mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden. Auch im Hinblick auf die Bedarfe im beruflichen Alltag und der Entstehung neuer Berufsbilder spielt diese Zukunftsperspektive eine wesentliche Rolle – Stichwort: Nachhaltigkeitsmanager“, so das Statement von Frau Antz zu dieser Fachrichtung.

Daher war es konsequent, dass im Schuljahr 2018/19 die ersten Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 11 mit „Bio- und Umwelttechnologie“ in die FOS-Oberstufe starteten. Auch die räumliche Nähe zur Rheinland-Pfälzisch Technischen Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU), damals noch Universität Koblenz-Landau, mit dem Fachbereich Natur- und Umweltwissenschaften

und deren Interesse an einer Kooperation forcierte die Implementierung dieses Angebotes, zudem die Zusammenarbeit mit dem Umwelt-Campus in Birkenfeld. Doch auch starke regionale Partner unterstützen die Schule bei diesem Pilotprojekt, bspw. Alpha Ionstatex, ein Anbieter für Reinraum- und Kältetechnik aus Offenbach an der Queich, das Naturwissenschaftliche Technikum Dr. Künkele (NTK) in Landau, eine Schule mit Ausbildungsangeboten für Technisch Assistierende im naturwissenschaftlichen und gesundheitlichen Bereich, die Energie Südwest AG oder das Klärwerk der Stadt Landau. Auch viele Weingüter in und um Landau begleiten und fördern die Schülerinnen und Schüler in und oftmals auch noch nach ihrer Praktikumszeit und suchen dabei eine enge Zusammenarbeit mit der KARS.

### Lernbereiche der Fachrichtung Bio- und Umwelttechnologie

Der Fachbereich schloss durch seinen Praxisbezug und die technische Komponente eine Lücke im schulischen Angebot und unterscheidet sich deutlich vom Fach Biologie in der gymnasialen Oberstufe. Dies wird in den fünf Lernbereichen des Lehrplans für Bio- und Umwelttechnologie deutlich, den Eva-Maria Antz und FOS-Koordinator Holger Deckler gemeinsam konzipierten, evaluieren und adaptieren.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit steht als Überbegriff über allen inhaltlichen Schwerpunkten:

- Prinzip der Nachhaltigkeit begründet nachvollziehen und auf bio- und umwelttechnische Aspekte exemplarisch anwenden.

- Ökologische Stoffkreisläufe analysieren, Umweltdaten und Analysen auswerten und dokumentieren.
- Systeme zur regenerativen Energieerzeugung analysieren und bewerten.
- Boden, Wasser und Luft als Lebensgrundlagen erkennen, Belastungen ermitteln und Maßnahmen zum Schutz ableiten – auch im Hinblick auf die Klimaveränderungen und der damit verbundenen Folgen, bspw. Starkwetterereignisse.
- Biotechnologische Verfahren zur Herstellung von Nahrungsmitteln und Medikamenten analysieren und bewerten – hier schwerpunktmäßig mit regionalem Bezug.

### Zielgruppe – wer soll angesprochen werden?

Das Angebot richtet sich an junge Menschen, die sich mit dem Thema Nachhaltigkeit in ihrem Alltag beschäftigen und dies auch bei ihrer beruflichen Orientierung mitbedenken. Wer zudem offen ist für den Bereich Biologie, für den sollten die technischen Komponenten keine Hürde sein, so beschreibt Antz die Schülerinnen und Schüler, für die dieses Fach konzipiert ist. Nachhaltigkeit ist ein gesellschaftlich relevantes Thema, das zwar durch die Leitfragen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) curricular verankert ist, jedoch im schulischen Alltag noch mehr Beachtung finden müsse. Ziel soll es sein, gemeinsam zu beobachten, wie mit der Umwelt umzugehen sei und sich das eigene Verhalten bewusst zu machen. Doch solle nicht mit erhobenem Zeigefinger eine generelle unrealistische Einschränkung gefordert werden. Eine positive Darstellung bspw. durch den Ökologischen Handabdruck sei sicherlich zielführender. Der ökologische Handabdruck zeigt in Umkehr zum Ökologischen Fußabdruck Aspekte auf, die schon gut umgesetzt werden. So lässt sich das eigene Verhalten positiv bilanzieren. Diese andere Perspektive schaffe weniger Frustrationserlebnisse, dafür steigere sie die Motivation weiterzumachen, um durch das persönliche Agieren weitere Schäden an unserer Umwelt zu vermeiden.

Eva-Maria Antz wünscht sich, dass weitere Fachoberschulen in Rheinland-Pfalz diese Fachrichtung anbieten würden. Deren Inhalte haben eine immense Bedeutung für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, und die dafür sensibilisierten Schülerinnen und Schüler seien als Multiplikatoren unverzichtbar. Sie lädt interessierte Schulen bzw. Kolleginnen und Kollegen gerne zum Kennenlernen nach Landau ein.

### Projekte im Fachbereich Bio- und Umwelttechnologie:

- **Faires Frühstück.** Schülerinnen und Schüler der FOS boten gemeinsam mit Mitschülerinnen und Mitschülern, die das Wahlpflichtfach Haushalt und Soziales besuchen, im „Haus der Familie“ in Landau ein Frühstück aus fair gehandelten Lebensmitteln mit Dips, Brot, Müsli und Co. an.
- **Aus alt mach neu.** Upcycling – aus alten Kleidungsstücken wurden mit viel Kreativität und ungewöhnlichen Zusatzmaterialien Ideen für neue Trends entwickelt und bei einer Fair Fashion Show präsentiert.
- **KARS for future.** In dieser, von den Schülerinnen und Schülern des Fachbereiches betreuten Arbeitsgemeinschaft für die Unter- und Mittelstufe, dreht sich alles um die Frage „Wie können wir nachhaltig leben?“ mit dem Ziel, vom Wissen zum Handeln zu kommen.

- **Challenge: Kann Umweltschutz im Alltag realisiert werden?** Ziel dieser Challenge ist es, dass sich jede Schülerin und jeder Schüler einer persönliche Herausforderung stellt, die zu einem guten ökologischen Handabdruck beiträgt. Es spielt dabei keine Rolle, ob die selbstgesetzte Zeitspanne eine Woche oder einen Monat dauert. Jeder soll das zu realisieren versuchen, was in seinem Alltag tatsächlich machbar ist, bspw. jeden Tag mit dem Rad zur Schule zu kommen oder bewusst das Streamen einzuschränken. Die eigene Challenge wird anschließend in Szene gesetzt, etwa in Filmsequenzen oder als Tagebuch, um auf diese Weise mehr Mitschülerinnen und Mitschüler fürs Mitmachen zu begeistern.



### Zur Person

#### Eva-Maria Antz

Die für den Fachbereich Bio- und Umwelttechnologie verantwortliche Oberstudienrätin hat die Fächer Biologie, Französisch und Sport an der Universität Koblenz-Landau studiert. Schon in ihrem Studium hat sie sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt, was auch durch Angebote der Dozenten wie den Besuch der Ökosystemforschung Anlage Eußerthal, einer Einrichtung der Universität Kaiserslautern-Landau mit den Schwerpunkten Gewässer und Biodiversität, verstärkt wurde. Nach ihrer Lehramtsausbildung bewarb sie sich 2019 bewusst auf die schulscharfe Ausschreibung für den Fachbereich Bio- und Umwelttechnologie an der FOS Landau. Denn in der Konzeption der Fachoberschule, der engen Verknüpfung von Theorie und Praxis, sieht sie die große Stärke dieser Schulform. Sie räumt jedoch ein, dass auch sie bis zu ihrer Bewerbung die Angebote der FOS nicht gekannt habe.

Die Möglichkeit gemeinsam mit Holger Deckler den Lehrplan für diese bisher einzigartige Fachrichtung zu entwickeln, gebe ihr einen großen Gestaltungsspielraum und lasse sie auch Schwerpunkte aus ihrem eigenen Erfahrungshorizont einbringen. Das motiviere sie auf der Suche nach immer neuen Ideen, denn viele gesellschaftsrelevante Themen aus Politik, Naturwissenschaften und Ethik seien in der Bio- und Umwelttechnologie integriert.

Mit der beeindruckenden Vielfalt, die dieses Angebot bietet, wünscht sie sich, noch mehr junge Menschen für die FOS zu begeistern. Denn diese ermöglicht auf einem praxisnahen Weg die Entdeckung der eigenen Fähigkeiten und des eigenen Könnens.

Über die Fachoberschule in den Beruf

## „... schon mit meinem Opa habe ich Nüsse in der Werkstatt am Schraubstock geknackt!“

Lea Eiswirth erzählt von ihrer Begeisterung für „ihre Schule“, der Konrad-Adenauer-Realschule plus und Fachoberschule Umwelt/Technik (KARS) in Landau und ihrem persönlichen Weg, der sie zur Fachoberschule und mittlerweile darüber hinausführte. Zu dem Gespräch ist auch ihre Mutter Petra mitgekommen.

„Andere Mädchen ihres Alters spielten mit Puppen oder liebten das Verkleiden, doch Lea saß an ihrem Schreibtisch und „programmierte“. Sie hatte sich dazu einen „Laptop“ gebastelt und durch ein ebenso improvisiertes „Headset“ erweitert“, beschreibt ihre Mutter das sich schon in der Grundschulzeit abzeichnende Interesse an technischen Herausforderungen. Auch ihr Vater und ihr Großvater erkannten ihr handwerkliches Potential, denn arbeiten in der Werkstatt, ohne dass Lea dabei war, das gab es nicht.

### Leas Motiv bei ihrer Entscheidung für die KARS

Nach dem Besuch der Grundschule in Ilbesheim wechselte sie an die KARS. Warum? Weil sie am Tag der offenen Tür erfahren hatte, dass sie hier ab der siebten Klasse die Möglichkeit hat, das Wahlpflichtfach „Technik und Naturwissenschaften“ zu wählen. Das war Leas Motivation und Ziel. Außerdem wollte sie unbedingt in der Schulband E-Gitarre spielen. Mit „Informatik und Kommunikation“, einem der schuleigenen Wahlpflichtfächer der Schule, wollte sie zudem ihre technische Begeisterung weiter ausbauen, doch zunächst kam es anders. Da die Anzahl an PC-Arbeitsplätzen begrenzt war, war damit auch die Aufnahme von Schülerinnen und Schüler in diesem Fach limitiert. Daraufhin schrieb Lea – zusammen mit ihrer Mutter – ein Motivations schreiben, warum sie unbedingt am Fach „Informatik und Kommunikation“ teilnehmen müsse. Die Schule belohnte diese Eigeninitiative und fand eine Lösung. Lea besuchte ihr Wunschfach und dort wurden viele Grundlagen für ihr Verständnis von Programmierung und Programmiersprachen gelegt.

### „Lea ging so gerne in die Schule“

Ihre Tochter war ein glückliches Kind und ging gerne in die Schule, so Frau Eiswirth. Jeden Tag kam sie nach Hause und stürmte mit dem Satz herein: „Mama, was wir heute gemacht haben...“ und sprudelte mit ihren Erzählungen los. Diese Begeisterung für das Lernen sei auch sehr von den Lehrerinnen und Lehrern der Schule, die eine echte Beziehung zu ihrer Tochter aufgebaut hatten und deren Interesse an ihrem Kind über den Schulalltag hinausgegangen sei, geprägt worden. Somit war schon früh klar, dass Lea an dieser Schule ihr Fachabitur machen wird, und zwar mit dem Schwerpunkt „Technik“.



Für Lea Eiswirth war die KARS Landau ein „zweites Zuhause“. Dort trafen wir sie zusammen mit ihrer Mutter Petra zum Interview.

### Motivation durch betriebliche Rückmeldungen

Durch die „Berufsbörse“ - einem Angebot der Schule in den ersten Wochen nach den Sommerferien, zu dem auch heute noch mehr als vierzig Betriebe aus der Region eingeladen sind und das eine wichtige Plattform für die Anbahnung von Berufspraktika oder sogar Ausbildungsverhältnissen für die Schülerinnen und Schüler der KARS ist - lernte Lea ihren Praktikumsbetrieb kennen: Stadler und Schaaf ist ein international arbeitender Dienstleister für komplexe elektro-, mess- und regeltechnische Automatisierungssysteme und IT-Lösungen für die Prozess- und Fertigungsindustrie, mit Sitz in Offenbach an der Queich.



Das Kennenlerngespräch war so gut und die Begeisterung auf beiden Seiten so groß, dass die junge Frau noch am gleichen Abend ihre Bewerbung schrieb.

Im FOS-Praktikum durchlief sie verschiedene Abteilungen und lernte auch die Ausbildungswerkstatt kennen. Dort durfte sie sich als „Teilzeitazubi“ am Bau kleiner Schaltkreisläufe ausprobieren. Sie verrät, die Lampe des Schaltkreises habe am Schluss sogar Lichtsignale gesendet. Der Betrieb unterstützte und motivierte Lea, das begann bei der Arbeitskleidung, die signalisiert, du gehörst zu unserem Team und ging bis zu dem Angebot, dass sich Lea aus ausgerichteten Laptops einen neuen zusammenbauen und diesen auch behalten durfte. Ihr Arbeitszeugnis setzte außerdem Impulse durch individuelle Aussagen und Rückmeldungen. „Es war einfach toll, denn irgendwann hatte ich das Gefühl, dass ich dem Betrieb auch etwas zurückgeben konnte für die Zeit, die mir dort gewidmet wurde. Für das Zutrauen, das in mich gesetzt wurde, den Zuwachs an Wissen und die Lernerfolge, die ich bei Stadtler und Schaaf erfahren durfte“, beschreibt die Zwanzigjährige ihre Praktikumszeit.

### Erfolg der FOS auch vom Betrieb abhängig

Die Vereinbarkeit von drei Praxistagen pro Woche und zwei Tagen Schule in Klassenstufe 11 habe auch daher so gut funktioniert, weil sie sich zum einen in dem Betrieb von Anfang an sehr wohl und gut unterstützt gefühlt habe, zum anderen die Schule auf den beruflichen Alltag bspw. bei der Setzung der Klausurtermine Rücksicht genommen habe. Aus dieser Erfahrung weiß sie, wie wichtig die richtige Wahl des Praktikumsplatzes für das erfolgreiche Gelingen des Besuches der FOS ist. Sie empfiehlt daher, dass es sich lohnt, hier Zeit zu investieren und sich bewusst zu machen, was der eigene Wunsch, die eigenen Vorstellungen sind. Generell sieht sie in der engen Verknüpfung von Theorie und Praxis beim Modell der FOS eine fundierte Grundlage, um die beruflichen Weichenstellungen festzulegen, auch wenn diese danach in eine ganz andere Richtung gehen.

### Abitur an der BOS II

Nach Abschluss der FOS im Jahr 2021 war zunächst noch offen, wie ihr Weg weitergehen sollte. Herr Deckler, der FOS-Koordinator der Schule, zu dem Lea noch heute eine herzliche Beziehung hat, fühlte sich noch für seine Schülerin verantwortlich und stellte den Kontakt zur BOS II in Ludwigshafen her. Dort legte sie 2022 ihr Abitur ab. Die Mutter erinnert sich an diese Zeit: „Es war so wertschätzend, und das Engagement von Herrn Deckler hat mich so beeindruckt, dass er sich immer noch für Leas Weiterkommen zuständig fühlte. Dies zeigt die gute Beziehungsebene, die Lehrerinnen und Lehrer hier zu ihren Schülerinnen und Schülern haben.“

### Fazit – Liebeserklärung an ihre Schule

„Die FOS hilft, die eigenen Schwerpunkte zu finden, und sie fördert die Interessen durch die individuelle Ansprache der Lehrerinnen und Lehrer – sie sind Partner der Schülerinnen und Schüler. Da willst du einfach lernen und du spürst, dass deren Interesse an dir echt ist. In meinem Schwerpunkt „Technik“ gab es viele Themen,

für die ich gebrannt habe, wie Automatisierung oder Netzwerktechnik, aber auch für Bereiche, die ich weniger mochte, konnten durch Visualisierung die Inhalte greifbar vermittelt werden. Für mich hat es so viel Sinn gemacht auf diese Schule zu gehen, sie war mein zweites Zuhause. Die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis in den zwei Jahren, das war genau das, was mich in meiner Persönlichkeit gestärkt und bewirkt hat, dass ich meine technischen Interessen, handwerklichen Fähigkeiten und die Begeisterung für die Informatik weiterverfolgen möchte.“ (Zitat: Lea Eiswirth)

### Zukunft und Ziele

Nach ihrem Abitur an der BOS II in Ludwigshafen arbeitete Lea ein halbes Jahr in Vollzeit bei Stadler und Schaaf. Ihre Mutter ging davon aus, dass sie sich als Aushilfe mit „Pipifaxaufgaben“ dort Geld für ihren großen Traum vom Reisen verdienen würde. Nein, bei weitem nicht. Lea arbeitete zusammen mit zwei Wirtschaftsinformatikern in der Verwaltung und Entwicklung von IT-Software. Sie war im Projektmanagement eingebunden und hat sogar eigenständig Projekte betreut. Nach dieser Zeit war klar, dass sie Wirtschaftsinformatik – am liebsten in Frankfurt – studieren möchte. Und den Kontakt zu ihrem Praktikumsbetrieb wird sie weiter pflegen.

### Lea ersetzt den Programmierer

Schmunzelnd erzählt Lea noch, dass sie nach der Rückkehr von ihren Reisen mit der Familie beim Frühstück saß. Am nächsten Tag sollte der Vater, er ist Servicetechniker im Außendienst, zu einem Kunden in die USA fliegen. Lea meinte spontan, da könne sie ihn begleiten, und am nächsten Tag saß sie im Flugzeug. Sie unterstützte ihren Vater bei seiner Arbeit in Philadelphia und bekam sogar eine Werksführung. Ihr persönliches Highlight war jedoch, als sich ein Softwarefehler zunächst nicht verifizieren ließ und der zuständige Techniker nicht vor Ort war. Lea betrachtete sich am Abend zusammen mit ihrem Vater das Problem und analysierte es. Aufgrund ihrer Zeit bei Stadtler und Schaaf war sie mit der Thematik vertraut, erklärte ihrem Papa die Hintergründe der Programmiersprache „xml“ und konnte ihm den gleichen Lösungsweg aufzeigen, den auch der zuständige Techniker am nächsten Morgen nutzte.

Monika Antoni  
monika.antoni@vrb-rlp.de



Regina Sersch  
regina.sersch@vrb-rlp.de



In der kommenden Ausgabe  
berichten wir über die Realschule plus und  
Fachoberschule im Alfred Grosser Schulzentrum  
in Bad Bergzabern. Die FOS hat die  
Fachrichtungen Gesundheit und Gestaltung.



# Schulsport

VRB im Gespräch mit Stefan Kölsch

Stefan Kölsch leitet seit vergangenem Jahr in der ADD das Referat 38: Schulaufsicht, Schulberatung, Schulentwicklung – Schulsport. Da er bereits seit 15 Jahren in diesem Referat beschäftigt ist, ist er mit der Materie vertraut und weiß, was ihn erwartet. Peter Quint, Katharina Becker und Erwin Schneider sprachen mit ihm über die Situation des Schulsports und die aktuelle Diskussion zum Thema Bundesjugendspiele.

**RBiRP:** Wie sehen Sie die Forderung der Landesschülerinnen- und schülervertretung, die „Zwangsveranstaltung“ Bundesjugendspiele komplett abzuschaffen?

**Stefan Kölsch:** Ich sehe kritisch, was dort gefordert wird. Einerseits hat die Forderung bezogen auf einen Teil der Schülerinnen und Schüler auch einen Hintergrund, andererseits ist es auch eine Frage, wie man zum Sport im Allgemeinen steht. Sport ist eine gute Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler durch Bewegung und Leistung für einen gesunden Lebensstil zu begeistern. Wenn Schü-

lerinnen und Schüler in anderen Fächern Schwierigkeiten haben, kommt man auch nicht gleich auf den Gedanken, das Fach oder Teilaspekte daraus einfach abzuschaffen.

## Aufklärung betreiben zur Bedeutung der Bundesjugendspiele

Ich glaube, der Punkt ist vielmehr, was wir mit Bundesjugendspielen erreichen wollen. Es wäre wichtig und hilfreich, dass an den einzelnen Schulen und durch uns gegebenenfalls auch noch mal mehr „Aufklärung“ betrieben wird, um die Bedeutung von Bundesjugendspielen zu erklären: Die Gemeinschaft soll durch dieses sportliche Erlebnis gefördert und gestärkt werden! Und Bundesjugendspiele werden zum Schuljahresende nicht noch irgendwie „draufgesattelt“, sondern sie sollen das Ergebnis sein für das, was im Sportunterricht im Laufe des Schuljahres erfahren und erlernt wurde.

Wenn wir es als Schulen verstehen, die Inhalte der Bundesjugendspiele im Sportunterricht vorzubereiten und deren Sinn zu transportieren, habe ich die Hoffnung, dass sich der Blick auf Seiten der zweifelnden Schülerinnen und Schüler doch noch verändert.

1979 hat die Kultusministerkonferenz geregelt, dass die jährliche Durchführung der Bundesjugendspiele für allgemeinbildende Schulen und die Teilnahme daran für Schülerinnen und Schüler verbindlich ist. In der aktuellen Ausschreibung 2023/2024 werden die Bundesjugendspiele weiterhin zu einer verbindlich durchzuführenden Schulsportveranstaltung erklärt, aber Kinder und Jugendliche sind nun als „teilnahmeberechtigt“ deklariert. Wie darf man dies verstehen?

## Wettbewerb statt Wettkampf

Dies lässt sich relativ einfach aufklären. Die Ausschreibung bezieht sich auf das, was jetzt seit diesem Schuljahr 2023/2024 verpflichtend ist, nämlich den Wettbewerb in der Grundschule. In den Jahren davor konnte man die Bundesjugendspiele auch noch als Wettkampf durchführen, aber dieser war nie für die Erstklässler vorgesehen, heißt: Man muss hier differenzieren. Die Veranstaltung Bundesjugendspiele war seit 1979 immer verpflichtend, aber teilnahmeberechtigt waren bis zum letzten Schuljahr nicht alle Schülerinnen und Schüler: Die Erstklässler waren im Wettkampf ausgenommen, aber in diesem verpflichtenden Wettbewerb sind sie jetzt teilnahmeberechtigt.

Wie bewerten Sie die Neuerungen in der Ausschreibung? Stichwort Wettkampf und Wettbewerb.

Bereits vor 25 Jahren habe ich einen solchen Wettbewerb als Fachberater auf Kreisebene für die Grundschulen durchgeführt. Dieser wird auch heute noch mit großer Begeisterung sowohl bei den Schülerinnen und Schülern als auch bei den Lehrkräften angenommen. Ich halte das, was dort inhaltlich jetzt vom DLV weiterentwickelt wurde, für sehr gut: Die Kinder werden nicht mehr alle gleich betrachtet und sprinten fünfzig Meter, springen in die Weitsprungsgrube, werfen den Schlagball und laufen achthundert Meter. Stattdessen rückt die Vermittlung koordinativer Fähigkeiten in den Vordergrund aller Disziplinbereiche. Das ist eine kindgemäße Leichtathletik, und dennoch spielt Leistung hier eine Rolle – auch wenn dies von einigen anders bewertet wird.

## „Jugend trainiert für Olympia“ ist wieder im Normalbetrieb

Schulsportwettkämpfe wie „Jugend trainiert für Olympia“ müssen nach der Corona-Pandemie sicherlich wieder an Zuspruch hinzugewinnen...

Als Referenz wäre das Schuljahr 2018/2019 zu betrachten, weil dies das letzte komplette Schuljahr vor der Pandemie war. Im Schuljahr 2019/2020 haben wir leider im Februar die Wettbewerbe abbrechen müssen. Das abgelaufene Schuljahr 2022/2023 lief wieder im „Normalbetrieb“. Das spiegelt sich zwar noch nicht in den Meldezahlen, lässt sich aber auch erklären. Als wir in das Schuljahr 2022/23 reingegangen sind, war die Pandemie noch nicht ganz

vorbei. Und ich glaube, jedem ist bewusst, welche schwierige Phase die Kolleginnen und Kollegen an der Basis in der Pandemie durchgemacht haben. Ich will das bewusst so betonen, weil die Schulen sich erst einmal wieder orientieren mussten und hier andere Aufgaben prioritär waren als das Melden von Mannschaften im Bereich „Jugend trainiert für Olympia“.

## Organisationsvorgaben Mannschaftssport

Vor allem kleine Schulstandorte berichten uns, dass es oft nicht mehr möglich ist, genügend Schülerinnen und Schüler zusammen zu bekommen, um die Mannschaftsgrößen zu erfüllen. Auch sinkt nach unseren Recherchen die Motivation kleinerer Systeme, Mannschaften (z.B. im Fußball) zu melden, da man gegen große Schulzentren in der Regel heftige Niederlagen einstecken muss. Wie nehmen Sie das wahr?

Ich kenne das so in der Art und Weise nicht, und die Meldezahlen, speziell im Fußball, geben das auch so auf den ersten Blick nicht her. Dennoch will ich versuchen, den Sachverhalt verständlich zu machen:

Es gibt Schulen, die haben ein sportliches Profil. Darunter sind auch Schulen, die beispielsweise vom Deutschen Fußballbund zertifiziert sind. An diesen Schulen in Mainz und Kaiserslautern wird der Nachwuchs der ansässigen Bundesliga-Vereine unterrichtet. Für diese Mannschaften macht es wenig Sinn, bereits in den ersten Runden in den Wettbewerb einzugreifen. Hier gibt es seit Jahren die Regelung, dass diese Mannschaften gesetzt sind und erst im Regionalfinale ins Geschehen eingreifen. Es macht in der Tat keinen Sinn, dass Fußballspielerinnen und Fußballspieler – ob aus einem kleinen oder großen System – gegen diese Mannschaf-

Stefan Kölsch (2.v.re.) leitet in der ADD Koblenz das Referat 38: Schulaufsicht, Schulberatung, Schulentwicklung – Schulsport. Peter Quint (li.), Katharina Becker (2.v.li.) und Erwin Schneider (re.) sprachen mit ihm über die Herausforderungen, vor denen der Schulsport steht.



ten antreten und hier Tore im Minutentakt kassieren. Wir wollen Kinder und Jugendliche zum lebenslangen Sporttreiben motivieren und befähigen. In der Realität können alle Mannschaften sich bis zum Regionalfinale oder darüber hinaus qualifizieren, wobei klar sein muss, dass sie bei voranschreitendem Wettbewerb auf immer stärkere Mannschaften treffen.

**Gibt es Überlegungen, wie man auch für kleinere Schulen die Teilnahme an diesen Wettbewerben interessanter gestalten könnte?**

Der Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ und „Paralympics“ ist ein Bundeswettbewerb; das heißt, er wird von der Deutschen Schulsportstiftung in Zusammenarbeit mit den Dachverbänden der jeweiligen Sportarten angeboten und dem Regelwerk entsprechend bis zum Bundesfinale gestaltet. Diese Struktur ist vorgegeben und lässt sich nicht durch die jeweiligen Bundesländer verändern. An Ideen und Kreativität mangelt es uns grundsätzlich nicht, wir machen uns immer wieder Gedanken, Begebenheiten zu ändern, indem wir z. B. in Rheinland-Pfalz Wettbewerbe auf anderer Ebene initiieren. Dabei spielt – wie in allen Wettbewerben – allerdings auch der Blick auf die Kosten eine nicht unerhebliche Rolle.

## Sportunterricht steht vor Herausforderungen

**Sportlehrerinnen und Sportlehrer beklagen die Zunahme an Schulsportverweigerern. Gibt es Ansätze, wie man diesem Phänomen begegnen kann?**

Erlauben Sie mir zu dieser Frage einige Gedanken zu Fakten, die ich im Laufe meiner Tätigkeiten als Sportlehrer, als Schulleitungsmitglied einer Dualen Oberschule, als Fachberater im Schulsport und seit 15 Jahren als Referent in der Behörde zu dieser Thematik wahrgenommen habe und dies auch vor dem Hintergrund, dass eine ganz große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler bei der Frage nach ihrem Lieblingsfach das Fach Sport benennt.

Das Bewegungs- und Sportangebot an vielen unserer Schulen ist sehr vielfältig, was aber nicht bedeutet, dass wir uns zurücklehnen können, sondern, gerade auch mit Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen weiter im Blick behalten müssen: Unsere Gesellschaft und damit auch ein Teil unserer Schülerinnen und Schüler ist „unbeweglicher“ geworden, was sicherlich auch Folge der gestiegenen Möglichkeiten der Nutzung digitaler Medien ist. Wir müssen in der Schule weiter sensibilisieren und ein gesundes Leben „vorleben“. Dabei spielt Sport und qualifizierter Sportunterricht eine wichtige Rolle.

## Differenzieren und alle mitnehmen

Es wird immer Schülerinnen und Schüler geben, die aufgrund ihrer körperlichen Entwicklung nicht so motiviert sind, Sport zu treiben. Hier sehe ich uns Pädagogen in der Verantwortung, den Schülerinnen und Schülern Wege aufzuzeigen, zu differenzieren und alle mitzunehmen. Da gilt es auch eine Atmosphäre zu schaffen, dass man z. B. wegen einer gewissen „Unbeweglichkeit“ nicht ausgelacht wird. Ich weiß, dass das je nach Situation an der einen Schule

schwieriger sein kann als an der anderen. Offen und ehrlich gesagt: Wir werden nicht alle Schülerinnen und Schüler erreichen, aber wir sollten trotzdem nichts unversucht lassen.

Sollte ein Kind durch Atteste, durch Krankmeldungen, die von Eltern oder vom Arzt kommen, häufiger nicht am Sportunterricht teilnehmen, dann raten wir immer dazu, das Gespräch zu suchen. Hier empfehle ich auch die Handreichung „Das chronisch kranke Kind im Schulsport“ (<https://gesundheitsfoerderung.bildung-rp.de/chronische-erkrankungen.html>).

## Schwimmunterricht ist Thema in allen Lehrplänen

**Nach einer Studie der DLRG konnte im Jahr 2022 jedes fünfte Kind im Alter zwischen sechs und zehn Jahren nicht schwimmen. 2017 waren es lediglich zehn Prozent. Sehen Sie die Schulen da in der Pflicht?**

Schwimmen lernen ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Schule ist ein Teil der Gesellschaft und mit in der Pflicht. Wir finden die Thematik Schwimmen in allen Lehrplänen und übernehmen auch in diesem Bereich Verantwortung. Wir beraten, welche Möglichkeiten es gibt, kontinuierlich Schwimmunterricht z. B. über ein Halbjahr anzubieten. So haben wir an einigen Grundschulen Pilotprojekte durchgeführt oder in Projektwochen Schwimmunterricht gemeinsam mit verschiedenen Partnern angeboten. Leider gibt es auch Schulen im Land, die trotz vorhandenem Bad keine Wasserzeiten haben oder gar keine Wasserflächen in erreichbarer Nähe.

## Ganzheitlich fordern und fördern

**Wie ist Ihre Erwartungshaltung bezüglich des kürzlich erneut aufgelegten Projekts „kicken & lesen“?**

Ich bin sehr froh, dass Sie mich danach fragen. Das Projekt ist tatsächlich nichts Neues. Eine Vereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und dem FSV Mainz 05 wurde erneuert. Auch mir liegen solche Projekte am Herzen, die Kinder und Jugendliche ganzheitlich fördern. Da ist der Sport einfach prädestiniert! Lesen ist eine Kulturtechnik, die wir brauchen und wenn wir Kinder und Jugendliche über den Sport und die Bewegung zum Lesen bringen, dann fühle ich mich als Sportpädagoge bestätigt: Die Verbindung zwischen kognitiver, sozialer und motorischer Entwicklung kann man nicht durchtrennen, und da haben wir viel Potenzial, um Kinder ganzheitlich zu fordern und zu fördern. Diese Karte müssen wir unbedingt weiterspielen. Somit ist so ein Projekt natürlich wunderbar.

Katharina Becker  
katharina.becker@vrb-rlp.de



Peter Quint  
peter.quint@vrb-rlp.de



Erwin Schneider  
erwin.schneider@vrb-rlp.de



# Bundesjugendspiele: Neuausrichtung statt Abschaffung

Ein Schwerpunkt im Gespräch mit Referatsleiter Stefan Kölsch war die aktuelle Diskussion zur Zukunft der Bundesjugendspiele. Peter Quint greift das Thema auf. Er geht auf die Geschichte der Bundesjugendspiele ein und beschreibt bisherige Anpassungsprozesse. Er hat auch Stellungnahmen zur aktuellen Diskussion eingeholt.

## Genese der Bundesjugendspiele

Die Bundesjugendspiele sind im Jahr 1951 erstmals ausgerichtet worden. Diese waren als sportliche Großveranstaltung für die Schülerschaft einer Gemeinde bzw. Bezirkes konzipiert. Allerdings stellte sich zunehmend heraus, dass die Bundesjugendspiele bis heute in der Regel reine Schulsportveranstaltungen blieben.

Bereits in den 60er und beginnenden 70er Jahren kam Kritik an den Bundesjugendspielen auf. Verbindliche Teilnahme und der somit empfundene Zwang bei Schülern und Lehrern sorgten für Unmut. Die Ständige Konferenz der Kultusminister erklärte 1979 die jährliche Durchführung der Bundesjugendspiele durch allgemeinbildende Schulen in mindestens einem der drei Teile (Leichtathletik,

Schwimmen oder Gerätturnen) sowie die Teilnahme daran für Schüler bis zum 10. Schuljahr für verbindlich.

## Anpassungsprozesse

Wenn man die inhaltliche Entwicklung der Bundesjugendspiele betrachtet, erkennt man, dass von Anfang an zwischen Sommer- und Winterspielen unterschieden wurde: Im Sommer der leichtathletische Dreikampf (Laufen, Springen, Werfen), ggf. ergänzt um eine Schwimmprüfung, und im Winter der Vierkampf im Gerätturnen. Immer wieder wurden Wertungssysteme, Pflichtübungen und Schwierigkeitsgrade angepasst. Bei den Punktzahlen wurde versucht, diese so einzustufen, dass für eine Siegerurkunde etwa zwei Drittel und für eine Ehrenurkunde neunzig Prozent der erreichbaren

Höchstpunktzahl erforderlich waren. In den Wertungstabellen unterschied man nach Geburtsjahrgängen.

## Neuausrichtung für Grundschulen: bewegungsorientierter Wettbewerb

Seit dem laufenden Schuljahr werden die Bundesjugendspiele in den Bereichen Leichtathletik und Schwimmen für alle Grundschulklassen nur noch als bewegungsorientierter Wettbewerb ausgetragen. Dabei soll das Teamergebnis im Vordergrund stehen. Für das rheinland-pfälzische Bildungsministerium spielen Maßband und Stoppuhr dabei nur noch eine untergeordnete Rolle. Obwohl die Normierung wegfällt, sollen dennoch Ehren-, Sieger-, und Teilnehmerurkunden nach festem Prozentschlüssel (20–50–30) verteilt werden.

## Forderung der Abschaffung durch Landeschüler\*innenvertretung (LSV)

Die LSV Rheinland-Pfalz forderte in ihrer Pressemitteilung vom 10. Juli 2023 dazu auf, die Bundesjugendspiele vollständig abzuschaffen. Die Reduzierung des Wettkampfcharakters an Grundschulen wurde be-

„Wettbewerb ist wichtiger denn je. Wir erleben gerade eine Generation, die Weltmeister im Jammern ist. Alles ist zu viel, zu weit, zu schwer.“

Jasmine Dreher, Sportlehrerin  
an der IGS Morbach

„Ich persönlich finde die Bundesjugendspiele grundsätzlich nicht schlecht. Kinder sollten auch den Umgang mit Erfolg oder Misserfolg lernen.“

Daniela Schäfers,  
Mitglied im Schulelternbeirat  
der Realschule plus Kell am See

„Wichtig wäre für mich, dass es in der Schule deutlich mehr Sport oder Bewegung gibt. Zusätzlich sind auch Wettbewerbe in der Schule für die Entwicklung hilfreich, ob in Form von Events oder auch bei 'Jugend trainiert für Olympia'. Damit weckt man die Begeisterung für den Sport, auch bei vielleicht nicht so sportlichen Kindern.“

Maro Marzi, Präsident Basketballverband Rheinland-Pfalz

„Es gibt Schülerinnen und Schüler, die einfach sportlicher sind und in Sportfesten aufgehen und ihre persönlichen Leistungen ggf. noch verbessern können.“

Nadine Justinger, ehemalige Schülersprecherin der Realschule plus Kell am See, aktuell ist sie Jugendleiterin des SV Kell

grüßt, sei aber nicht weitreichend genug. „Die Bundesjugendspiele, an denen alle Schüler\*innen bis zur 10. Klasse teilnehmen müssen, sind eine Zwangsveranstaltung und nehmen den Schüler\*innen die Freiheit, selbst über ihre sportlichen Aktivitäten zu entscheiden. Statt den Spaß am Sport und die Motivation zur körperlichen Betätigung zu fördern, setzen die Bundesjugendspiele die Schüler\*innen einem starken und absolut unfairen Wettbewerbsdruck aus. Daher fordern wir endlich die vollständige Abschaffung der Bundesjugendspiele“, so Pascal Groothuis, Landesschüler\*innenvertreter von Rheinland-Pfalz. Die Bundesjugendspiele böten, so die weitere Einschätzung aus den Reihen der LSV, kaum Raum für individuelle Verbesserung und führten zu Demütigungen für weniger leistungsstarke Schülerinnen und Schüler. Die Kategorisierung nach Leistung und Geschlecht vernachlässige wichtige Faktoren wie individuelle körperliche Voraussetzungen.

### Weiterentwicklungen der Schulen

Die Schulen selbst haben die Bundesjugendspiele aus unterschiedlichen Gründen weiterentwickelt. Zum einen war der Aufwand der Planung und Durchführung beispielsweise bei den Bundesjugendspielen Leichtathletik hoch und wurde der „Netto-Sportzeit“ der Schülerschaft

nicht gerecht. Hinzu kommt die zunehmend spürbar mangelnde Motivation an Bewegung innerhalb der Schülerschaft, welche häufig per elterlicher Fürsorge durch Ausstellung von Entschuldigungen unterstützt wird. So hat sich vielerorts der Begriff „Sportfest“ bereits seit vielen Jahren etabliert. Zum einen werden die klassischen Bundesjugendspiele durchgeführt, ergänzt um Klassenwettbewerbe wie Staffelläufe, Völkerballturniere und andere Teamwettbewerbe. Auch werden häufig Spendenläufe ins Programm integriert, sodass hier wahrlich von einem Sportfest als schulisches Gemeinschaftserlebnis gesprochen werden kann.

### Sportlicher Wettbewerb sinnvoll

Auch der Sportunterricht hat einen Beitrag zur Erziehung zu leisten. Der sportliche Wettkampf bietet wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung. Verlieren muss gelernt werden wie auch die Akzeptanz, dass man Stärken und Schwächen hat. Und der Schulsport muss hierzu Möglichkeiten nutzen, über die Klassengrenzen hinweg Angebote zu machen. Würde man die Bundesjugendspiele in Gänze abschaffen, so nähme man Schülern das Erfolgserlebnis, auch mal vorne mit dabei zu sein und Stärken zu zeigen. Eine Ehrenurkunde kann Selbstbewusstsein fördern und möglicherweise

schwächere Leistungen in anderen Schulfächern kompensieren. Der Wettbewerb ist kein Alleinstellungsmerkmal des Sports. Bewundernswert ist doch ebenfalls der Gewinn eines Vorlesewettbewerbs, Mathe- oder Fremdsprachenvergleichs oder schulinternen Kunstpreises. Wichtig sollte in allen Fällen sein, dass die Wertschätzung der Bemühungen und Anstrengungen nicht zu kurz kommen darf. Keiner darf wegen (sportlich) schwächerer Leistungen diskriminiert werden - hier will der Umgang mit Siegen und Niederlagen gelernt sein.

### Begeisterung für Wettkämpfe ist hoch

Kinder lieben Wettkämpfe. Ob es ein Wettrennen mit dem Fahrrad, das Memoryspiel, das Kartenspiel, das Eckenrechnen oder ein virtuell via Handy oder Spielkonsole ausgetragener Wettbewerb ist, die Begeisterung ist so lange hoch, wie diese Wettkämpfe motivierend sind. Das ist der Fall, so lange jeder Teilnehmer für sich eine Chance sieht zu gewinnen oder für sich ein positives Ergebnis erwartet. Für die Bundesjugendspiele folgt daraus, dass jeder sein Leistungsvermögen erkennen und seine Ergebnisse richtig einordnen kann. Die Einteilung in Riegen nach Geschlecht und Altersgruppe darf man hinterfragen. Sollte der vermeintlich schnellste Läufer gegen den Schwächsten antreten? Oder

kann man hier nicht differenzierter die Gruppen einteilen, so wie es nach Bedarf jeder gute Sportlehrer in seinem täglichen Unterricht auch tun würde?

### Sinnvolle Neuerungen

In der aktuellen Ausschreibung für das Schuljahr 23/24 sind bereits einige Neuerungen durch das Kuratorium für Bundesjugendspiele beschlossen worden. Es besteht nun die Möglichkeit, zwischen den Angebotsformen Wettbewerb, Wettkampf und Mehrkampf zu wählen. Hier dürfen auch Unterschiede in den Klassenstufen gemacht werden. Die Idee ist es, einen entwicklungs-gemäßen am Kind orientierten Vielseitigkeitswettbewerb in einem der drei Sportarten Leichtathletik, Schwimmen und Gerätturnen anzubieten. Der Wettkampf soll dann in seinen Anforderungen mit normierten Wettkampfübungen darauf aufbauen. Der Mehrkampf ermöglicht das Kennenlernen aller drei Sportarten. Hier dürfen jeweils zwei Übungen einer Sportart ausgewählt werden. In den Klassenstufen 1 bis 4 ist der Wettkampf in den Sportarten Leichtathletik und Schwimmen nicht mehr zugelassen. Somit kommt dem Wettbewerb eine größere Bedeutung zu. Beim Gerätturnen kann bisweilen noch zwischen Wettbewerb und Wettkampf ausgewählt werden. Für weiterführende Schulen

wird für die Klassenstufe 5 und 6 empfohlen, in allen drei Sportarten die Wettbewerbsform zu wählen. Die Kinder sollen so an persönliche Leistungen und sportliche Vergleiche herangeführt werden.

### Verbindlichkeit nicht aufgehoben – aber mehr Freiräume in der Ausrichtung

Die Bundesjugendspiele bleiben weiterhin eine verbindlich durchzuführende Veranstaltung im Schulsport. Die Schulen haben aber nunmehr Möglichkeiten zu entscheiden, in welcher Form diese durchgeführt werden. Alle Teilnehmer erhalten eine Urkunde. Insgesamt stehen nun neun verschiedene Urkundentypen, welche je nach Leistung (Ehrenurkunde, Siegerurkunde und Teilnehmerurkunde) und Angebotsform (Wettbewerb, Wettkampf und Mehrkampf) unterscheiden. Spannend wird auf jeden Fall zu sehen sein, für welchen Weg sich die weiterführenden Schulen im Land entscheiden werden.

Peter Quint  
peter.quint@vrb-rlp.de



„Das jährliche Sportfest ist seit Jahrzehnten fest im Jahreskalender der meisten Schulen verankert. Ob dies nun in Form von Bundesjugendspielen oder als alternativer Wettkampf gestaltet wird, ist eher nicht die zentrale Frage. Vielmehr geht es darum, für Schülerinnen und Schüler realistische Bedingungen zu schaffen, die zu breit gefächerten individuellen sportlichen Erfolgen führen können.“

Michelle Mayer, Sportlehrerin  
an der Ida-Purper-Schule in Idar-Oberstein

#### Quellen:

Söll, Wolfgang: Zur Geschichte der Bundesjugendspiele, sportunterricht, Schorndorf, 44 (1995), Heft 7; [www.bundesjugendspiele.de](http://www.bundesjugendspiele.de)

## ► SCHULBAURICHTLINIEN:

# Neuregelung in Kraft getreten

„Das Lernen von Morgen soll nicht in Räumen von Gestern stattfinden. Von Ganztagsbau über Nachhaltigkeit und Klimaschutz bis hin zu Inklusion und modernen pädagogischen Lehr- und Lernformaten, das Land Rheinland-Pfalz legt mit der neugefassten und nun in Kraft getretenen Schulbaurichtlinie<sup>1</sup> den Grundstein für gute Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Schulen und beste Bildung.“

Mit diesen Worten stellte Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig am 18.01.24 stolz die neuen Schulbaurichtlinien an der Pfrimmtal Realschule plus in Worms vor, an einer Schule, die bereits jetzt modernsten baulichen Standards entspricht.

Aufgrund des enormen Investitions- und Sanierungsstaus hatte unser Verband im Jahr 2022 mit einem Schreiben an die Landtagsfraktionen und in Gesprächen mit vielen Bildungspolitikern mit Nachdruck eine Neufassung der Richtlinien angestoßen. Zu dem zunächst vorgelegten Entwurf hat der Verband eine ausführliche Stellungnahme übermittelt. (s. RBiRP, Ausgabe 5-6/2023, S. 35 ff)

In der nun in Kraft gesetzten Verordnung vermisst unser Verband weiterhin konkret umsetzbare Vorgaben und Transparenz. Förderfähig sind Investitionen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulgebäuden, nicht jedoch Sanierung und Modernisierung. Auch wenn die Unterhaltung der Schulbauten in die Zuständigkeit der Kommunen fällt, kann sich das für die Bildungspolitik insgesamt verantwortliche Land nicht seiner Pflichten entziehen.

Zu begrüßen ist die stärkere Beteiligung der Betroffenen bei der Planung in einer „Phase 0“. „Eine zukunftsfähige Schule ist vor allem ein ge-

meinsamer Lebensort. Die Schulbaurichtlinie stärkt die Beteiligung der gesamten Schulgemeinschaft mit der neuen ‚Phase 0‘. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und ihre Vertretungen bringen ihre Perspektiven ein und schaffen einen gemeinsamen Ort für beste Bildung“, so Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig.<sup>2</sup> Die angedachte Beteiligung findet sich allerdings nicht in den Richtlinien, sondern in einem eigenen „Kompendium“<sup>3</sup>, das das Ministerium veröffentlicht hat.

Wolfgang Häring  
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



„Kaum ein Gebäude prägt ein Kind, einen Jugendlichen stärker, als die Schulhäuser, die es besucht ... Gute Schularchitektur kann Lernwelten und Lebenswelten schaffen, die individuelle pädagogische Konzepte Raum werden lassen, kann gleichzeitig flexibel und individuell ausgerichtet sein.“

Edda Kurz, Vizepräsidentin der Architektenkammer Rheinland-Pfalz

„In einem intensiven Lernprozess des Kollegiums entwickelt sich derzeit ein grundlegend neues Verständnis schulischen Lernens, welches zu einem dynamischen Schulentwicklungsprozess führt. Das zeigt sich auch in unserem Schulgebäude. Im Gegensatz zur klassischen Flurschule denken wir in der Cluster-Schule nicht in Räumen, sondern in Dimensionen.“

Simone Gnädig, Rektorin an der Pfrimmtal Realschule plus in Worms

<sup>1</sup> Verwaltungsvorschrift „Bau von Schulen und Förderung des Schulbaus“ des Ministeriums für Bildung vom 5. Dezember 2023

<sup>2</sup> Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 18.01.24

<sup>3</sup> Ministerium für Bildung (Hrsg.), „Zukunftsfähige Schulbauten in RLP“, Kompendium, Mainz 2024, im Netz unter: [https://schulbau.bildung-rp.de/fileadmin/user\\_upload/schulbau.bildung-rp.de/Kompendium\\_Schulbau\\_\\_Stand\\_21.12.2023\\_.pdf](https://schulbau.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/schulbau.bildung-rp.de/Kompendium_Schulbau__Stand_21.12.2023_.pdf)



## Kommunalwahlen 2024

# Parteien wissen um den Stellenwert der Bildungspolitik im Wahlkampf

Landesparteien nutzen die Kommunalwahlen zur Verabschiedung von eigenen Wahlprogrammen, die die auf kommunaler Ebene entwickelten Wahlprogramme ergänzen und damit die Wichtigkeit der Kommunalwahlen auch für die Landespolitik unterstreichen sollen.

### Die regionalen Gebietskörperschaften tragen als Schulträger ein hohes Maß an Verantwortung

Die anstehenden Kommunalwahlen haben für den Schulbereich große Bedeutung. Sind es doch die regionalen Gebietskörperschaften wie Landkreise, Städte, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden, die als Schulträger die Schullandschaft wie auch Gebäude und Ausstattung maßgeblich beeinflussen können. Das Schulgesetz verpflichtet das Land und die regionalen Gebietskörperschaften zur Zusammenarbeit bei der Errichtung, Unterhaltung und Förderung der öffentlichen Schulen. Darüber hinaus haben die Schulträger nach dem Schulgesetz umfangreiche Aufgaben im schulischen Bereich zu leisten.

### Landespolitik nimmt mit bildungspolitischen Grundsatzentscheidungen Einfluss auf Kommunalwahlen

Es verwundert daher nicht, dass Landesparteien eigene Kommunalwahlprogramme erstellen, um deutlich zu machen, welche Ziele die kommunalen Parteipolitiker gemeinsam mit den Landespolitikern verfolgen. Landes- wie auch Kommunalpolitiker sind aufeinander angewiesen. Ohne die Unterstützung der kommunalen Gremien können bildungspolitische Grundsatzentscheidungen der Landesparteien nicht umgesetzt werden. Auf der anderen Seite sind die Kommunalpolitiker vor allem auf die finanzielle Unterstützung einer Landesregierung angewiesen, um Pflichtaufgaben wie auch freiwillige Aufgaben bewältigen zu können.

SPD, CDU und die FDP haben ein landesweites Kommunalwahlprogramm verabschiedet. Von Bündnis 90/Die Grünen und Freien Wählern liegen bei Redaktionsschluss ausschließlich lokale Wahlprogramme vor.

Im Folgenden stellen wir wesentliche Aussagen aus den vorliegenden Programmen der Landesparteien dar:

## **SPD** Von der Kita bis zur Uni: Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft

Die SPD will die beste Bildung für jedes Kind möglich machen. „Wir in Rheinland-Pfalz setzen daher konsequent und erfolgreich auf kostenlose Bildung – von der Kita bis zum Meister“.

Die Landespartei setzt darauf, dass ihre Bildungspolitik von den Wählern als erfolgreich bewertet wird. Für die SPD ist Rheinland-Pfalz das Ganztagsland Nummer eins und stellt besonders heraus, dass unser Bundesland die mit Abstand kleinsten Grundschulklassen aller Bundesländer hat.

Ein Meilenstein der Digitalisierung ist nach dem Urteil der Landespartei das Bildungsportal, das bundesweit einzigartig sei. Die Weiterentwicklung bzw. der Ausbau der erfolgreichen Schulpolitik wird garantiert.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt die SPD bei der Schulentwicklung mit ihrer Initiative „Schule der Zukunft“, die ein einzigartiges Schulentwicklungsprozess für moderne Lehr- und Lernformen sei. „Hier werden individuelle Bedürfnisse, Ideen, Stärken und Kompetenzen der beinahe 100 teilnehmenden Schulen genutzt, um neue, nachhaltige Bildungskonzepte zu entwickeln.“

## **CDU** Förderschulen – in allen Lebenslagen gut aufgehoben. Menschen mit Beeinträchtigungen gehören in die Mitte der Gesellschaft.

Der CDU ist eine Förderung im bestmöglichen Schulsystem wichtig. Jedem Kind und jeder Familie soll die passende Schulform geboten werden: „Nicht für jedes Kind die gleiche Schule, sondern für jedes Kind die geeignete Schule“. Das beinhaltet, dass Förderschulen als wichtige Säulen des Bildungssystems zur maßgeschneiderten Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen erhalten und ausgebaut werden sollen. Daher fordert die CDU die angemessene Ausstattung der Förderschulen mit Unterstützungssystemen, Schulbegleitung, Schulassistenten, Sozialarbeitern und Schulpsychologen und sieht hierbei das Land in der Pflicht.

Eine wichtige Forderung der CDU ist, den Kommunen Freiheit zu gewähren, Schulangebote sowie Betreuungsangebote über neue Kooperationswege und geschickte Zusammenarbeit bedarfsgerecht vor Ort anbieten zu können.

## FDP Für weltbeste Schulen: Modern ausgestattet für optimales Lernen

Die FDP verzichtet weitgehend auf Darstellung von bildungspolitischen Grundsatzpositionen. Einzig zu den Ganztagschulen konkretisiert die Landespartei ihre bildungspolitischen Vorstellungen. Sie fordert den zügigen Ausbau freiwilliger Ganztagsschulangebote sowohl im Grundschul- als auch im weiterführenden Schulbereich. Vorrang sollte jedoch die Errichtung von Ganztagsschulangeboten in sozialen Brennpunkten haben. Viel konkreter befasst sich die FDP mit der Ausstattung der Schulen und zeigt Handlungsbedarf in vielen Problembereichen auf, die schon seit Jahren immer wieder thematisiert werden: Saubere und funktionierende Toiletten, Raumtemperaturen, ergonomische Sitz- und Schreibmöbel, digitale Tafeln und Endgeräte, digitale Klassenbücher sowie cloudbasierte Lernplattformen. Bemerkenswert ist die Forderung nach Förderung von „grünen Klassenzimmern“ als alternative Lernorte auf dem Schulgelände, um pädagogische Vielfalt zu unterstützen. Zudem sollen die Schulhöfe als Ort der Gemeinschaft etabliert werden, die der Nachbarschaft als Kulturort dienen sollen.

### Gemeinsame Anliegen: nachhaltige Unterstützung der Schulträger und Schulen

Alle Landesparteien zielen auf eine wirksame Unterstützung der Schulträger und Schulen. Dies war nicht anders zu erwarten. Unterschiede zeigen sich in Detailfragen bei der Digitalisierung, Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und des Schulpersonals sowie bei zusätzlichen Investitionen in Schulsozialarbeit und Schulpsychologie.

Für die Landes-SPD sind Schulen nicht nur Lernorte, sondern auch Lebensorte, an denen sich alle wohlfühlen sollen. Die neue Schulbaurichtlinie ermögliche den Kommunen, zukunftsweisende Schulgebäude zu errichten. Weiter verspricht die SPD, multiprofessionelle Teams an den Schulen weiter auszubauen, die die Kommunen in der Schulsozialarbeit unterstützen.

Die Landes-CDU hebt hervor, dass die Rahmenbedingungen in Form von Schülerbeförderung, Gebäuden, Ausstattung, Betreuungsangeboten und Personal (beispielsweise im Sekretariat oder in der Schulsozialarbeit) einen entscheidenden Anteil am Erfolg der Schüler haben. Daher fordert die CDU für die Kommunen eine gute kommunale Finanzausstattung.

Auch für die Landes-FDP ist wichtig, dass den Schulen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Ein zentrales Anliegen der FDP ist, dass die Lehrkräfte durch gezielten Einsatz von unterstützendem Personal wie Schulsozialarbeitern, Schulkrankenschwestern, Schulpsychologen, Verwaltungs- und IT-Fachkräften entlastet werden. Wichtig für die FDP ist die Forderung nach Überarbeitung der Berechnungsmethoden für Sekretariatsstunden. Die aktuellen Berechnungsmethoden für Sekretariatsstunden seien nicht praxistauglich, da sie die vielfältigen Aufgaben im Schulsekretariat nicht ausreichend berücksichtigten.

Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



## Aus dem Landtag

### Verpflichtender Besuch von Gedenkstätten gefordert

Rund um den Gedenktag zur Reichsprogromnacht vom 9. November 1938 besuchen Abgeordnete Schulen, um vor Ort mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu treten. Bei diesen Besuchen war zuletzt der Eindruck entstanden, dass Antisemitismus und Israelfeindlichkeit auf Schulhöfen und in Klassenräumen zunehmen.

Um den Kampf gegen Antisemitismus in der Schule zu fokussieren und verstärkt Präventionsmöglichkeiten bezüglich dieser Thematik zu ermöglichen, haben fünf Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtages am 26. Januar eine Entschließung mit der Überschrift „Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen – Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung Deutschlands im Unterricht thematisieren“ eingebracht, die mehrere Forderungen an die Landesregierung richtet.

Die Landesregierung solle u.a. darauf hinwirken, dass zukünftig alle Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz einmal in ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- beziehungsweise Vernichtungslager der NS-Diktatur besuchen. Darüber hinaus sollen Lehrerinnen und Lehrer in der Thematik und dem Umgang mit diesen Themen unterstützt werden. Beispielsweise sollen gezielte Fortbildungsangebote ermöglicht werden.

Bei Enthaltung der AfD verabschiedeten die Landtagsfraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP und Freie Wähler die Entschließung.

Bildungsministerin Dr. Hubig unterstützt das Anliegen. Für sie spielt der Kampf gegen Antisemitismus in der Schule eine zentrale Rolle.

JBra / Quelle: <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/8570-18.pdf>

Wodka auf Klassenfahrt:

## Mutter muss Rückfahrt zahlen

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin können Eltern zur Kasse gebeten werden, wenn ihr Sprössling auf einer Klassenfahrt unerlaubt Alkohol kauft und deswegen nach Hause muss.

Das Land Berlin hat erfolgreich gegen die Mutter eines Schülers geklagt. Diese hatte sich laut Gericht zunächst geweigert, 143,60 Euro zu zahlen – obwohl sie sich im Vorfeld einer Klassenfahrt dazu verpflichtet hatte, bei einer vorzeitigen Heimreise die Kosten zu tragen. Der Anspruch auf Kostenerstattung ergebe sich aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag, den die Beteiligten miteinander geschlossen hätten. Dieser Vertrag sei wirksam zustande gekommen. Der Ausschluss sei als Ordnungsmaßnahme nach dem Berliner Schulgesetz ergangen und von der Mutter nicht angegriffen worden, wodurch die vereinbarte Kostenfolge entstanden sei.

Der Gerichtsbescheid ist inzwischen rechtskräftig.

Hr / Quelle: Verwaltungsgericht Berlin,  
Gerichtsbescheid vom 15. November 2023 – 3 K 191/23

## Entlassung eines Polizeikommissars aus dem Probebeamtenverhältnis rechtmäßig

Ein Polizeikommissar im Beamtenverhältnis auf Probe klagte beim Verwaltungsgericht Koblenz erfolglos gegen seine Entlassung. Der Kläger war seit 2021 in einer Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Bereits während seines Vorbereitungsdienstes hatte er über mehrere Monate hinweg wiederholt Bilddateien (sog. Sticker) in verschiedene WhatsApp-Chatgruppen mit diskriminierenden, antisemitischen, rassistischen, menschenverachtenden sowie frauen- und behindertenfeindlichen und gewaltverherrlichenden Inhalten hochgeladen.

Nach einem Disziplinarverfahren entließ das Land den Polizisten wegen erheblicher Zweifel an dessen charakterlicher Eignung für den Polizeidienst mit Ablauf des Jahres 2022 aus dem Probebeamtenverhältnis.

Hiergegen erhob der Kläger zunächst Widerspruch und in der Folge Klage. Zur Begründung gab er an, aus dem Kontext der Verwendung der Sticker werde hinreichend deutlich, dass es sich nur um „schwarzen Humor“ handele; der Inhalt der Sticker entspreche in keiner Weise seiner inneren Haltung. Das Gericht betonte, es sei unerheblich, ob die vom Kläger verwandten „Sticker“ tatsächlich Ausdruck seiner Gesinnung seien.

Gegen das Urteil ist die Berufung durch das OVG Rheinland-Pfalz zugelassen.

Hr / Quelle: Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz  
vom 20. Februar 2024, 5 K 733/23.KO



Foto: AdobeStock



Foto: AdobeStock

Tod auf Studienfahrt

## Lehrerinnen wegen fahrlässiger Tötung verurteilt

Nach dem Tod einer 13-jährigen Schülerin bei einer Studienfahrt im Juni 2019 hat das Landgericht Mönchengladbach zwei Lehrerinnen wegen fahrlässiger Tötung durch Unterlassen zu Geldstrafen verurteilt.

Eine 60 Jahre alte Pädagogin erhielt eine Geldstrafe von 23.400 Euro, die 34-jährige Mitangeklagte wurde zu 7.200 Euro verurteilt. Dem Prozess war ein jahrelanges, juristisches Tauziehen vorausgegangen. Das Landgericht Mönchengladbach hatte die Klage zunächst nicht zugelassen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf entschied im Juni 2023 anders. Eine andere Kammer des Landgerichts wurde zuständig.

Die Lehrerinnen haben sich vor der von ihnen betreuten mehrtägigen Fahrt nach London nicht schriftlich über eventuelle Vorerkrankungen der teilnehmenden 60 bis 70 Schüler erkundigt. Hätten sie das getan, so hätten sie gewusst, dass das Mädchen zu dem Zeitpunkt seit sechs Jahren Typ 1-Diabetikerin war, die regelmäßig Insulin spritzen musste. Auch das Kind selbst und ihre Eltern haben nicht auf die Erkrankung hingewiesen.

Der Zustand des Kindes hatte sich während des Aufenthalts in London stetig verschlechtert. Die 13-Jährige habe die Blutzuckermessungen und Zugabe von Insulin vernachlässigt. Bei entsprechender Kenntnis hätten die Pädagoginnen eine frühzeitige Aufnahme in ein Krankenhaus veranlassen müssen. Das hätte laut Gutachten den Tod der Schülerin wohl verhindert.

Die beiden Lehrerinnen haben aus Sicht der Mönchengladbacher Richter eingeräumt, ihre Sorgfaltspflichten verletzt zu haben. Sie hätten sich allerdings am letzten Infoabend einige Monate vor der Stufenfahrt „zumindest eine mündliche Abfrage zu möglichen Vorerkrankungen der Schüler getätigt und somit etwas unternommen, was in die richtige Richtung geht“, so der vorsitzende Richter laut einer Meldung der WELT.

Nach einer Mitteilung des Landgerichts vom 20.02.24 werden die verurteilten Lehrerinnen das Urteil anfechten und haben Revision eingelegt.

Hr / Quellen: zeit-online, 15.02.24, WDR 15.02.24,  
STERN 20.02.24



Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu

# Das Hinweisgeberschutzgesetz

## Fragen und Antworten zur Anwendung im schulischen Alltag

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates im Frühjahr 2023 das sogenannte Hinweisgeberschutzgesetz beschlossen, das am 2. Juli 2023 in Kraft getreten ist. Das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, richtet sich an Unternehmen und Behörden. Diese werden verpflichtet, interne Meldekanäle einzurichten.

Das Ministerium für Bildung hat für seinen gesamten Geschäftsbereich eine zentrale interne Meldestelle eingerichtet. Diese Meldestelle ist auch für Beschäftigte an öffentlichen Schulen eine mögliche Anlaufstelle. Diese Meldestelle ist in der Abteilung 1 des Ministeriums für Bildung angesiedelt und ist über das Postfach [hinweisgeberschutz@bm.rlp.de](mailto:hinweisgeberschutz@bm.rlp.de) erreichbar.

Wir haben Rechtsanwältin Antonia Dufeu zu diesem Themenkomplex befragt, der bisher nicht auf der schulischen Agenda stand und daher Neuland ist. Außer der Mitteilung über die Einrichtung einer internen Meldestelle wurden die Schulen noch nicht über den Umgang mit dem neuen Gesetz informiert.

### § Was ist die Zielsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes?

Das Gesetz setzt die Hinweisgeberrichtlinie (2019/1937) der Europäischen Union zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, in nationales Recht um. Ziel des Hinweisgeberschutzgesetzes ist es, Personen zu schützen, die im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit Informationen über Gesetzesverstöße erhalten haben, diese melden oder offenlegen wollen. Es beinhaltet Schutzmaßnahmen, um Hinweisgeber vor etwaigen negativen Konsequenzen zu bewahren wie etwa Diskriminierung,

Kündigung oder anderen Repressalien durch den Dienstherrn. Diejenigen, die Verstöße melden, sollen dies ohne Furcht vor beruflichen oder rechtlichen Konsequenzen tun können. Außerdem soll es als Frühwarnsystem für interne Missstände dienen und die Möglichkeit bieten, frühzeitig die richtigen Maßnahmen einzuleiten.

Im § 1 des Hinweisgeberschutzgesetzes werden die Bereiche „berufliche Tätigkeit“ und „Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit“ genannt.

### § Was ist damit gemeint?

Das bedeutet, dass Lehrkräfte geschützt sind, die im Rahmen Ihrer Tätigkeit von Missständen erfahren und diese melden. Es besteht aber auch die Möglichkeit zur Meldung, wenn beispielsweise eine junge Lehrkraft im Rahmen eines Einstellungsverfahrens eine Schule besucht und dort feststellt, dass die Schule Regelungen und Vorschriften z. B. zum Brandschutz nicht korrekt umsetzt. Dies wäre eine Meldung „im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit“.

Das Hinweisgeberschutzgesetz gilt für die Meldung (§ 3 Absatz 4) und die Offenlegung (§ 3 Absatz 5) von Informationen über Verstöße, die strafbewehrt und bußgeldbewehrt sind.

### § Was versteht man unter strafbewehrt und bußgeldbewehrt?

Strafbewehrt heißt, dass ein Verstoß gegen eine Rechtsvorschrift mit einer Strafe, wie einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe, geahndet werden kann. Hierunter fallen zum Beispiel die Vorteilsannahme gemäß § 331 StGB oder die Verletzung des Dienstgeheimnisses gemäß § 353b StGB.

Bußgeldbewehrt bedeutet, dass ein Verstoß gegen eine Rechtsvorschrift mit einer Geldbuße, die keine Strafe ist, geahndet werden kann. Hier geht es beispielsweise um Verstöße gegen Dienstvorschriften oder gegen den Gesundheitsschutz, die eine Ordnungswidrigkeit darstellen würden.

In ihrem elektronischen Schreiben vom September 2023 weist die ADD darauf hin, dass Meldungen nur im beruflichen Kontext zulässig sind.

### § Was ist unter dem Begriff „beruflicher Kontext“ zu verstehen?

Beruflicher Kontext bedeutet im Rahmen oder im Vorfeld der beruflichen Tätigkeit. Bei Beamtinnen und Beamten gilt dies auch vor Beginn oder nach dem Ende ihrer Diensttätigkeit. Ausgenommen sind Meldungen zu rein privatem Fehlverhalten. Ein Beispiel hierfür wäre, wenn eine Lehrkraft im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit erfährt, dass ein Kollege seinen Müll ordnungswidrig entsorgt. Obwohl diese Information im beruflichen Kontext erlangt wurde, hat sie keinen direkten Bezug zur beruflichen Tätigkeit und unterfällt nicht dem Gesetz. Die ADD weist konkret auf die Verfassungstreue hin.

### § Wie kann dies konkretisiert werden?

Das Gesetz gilt für die Meldung von Informationen über Äußerungen von Beamtinnen und Beamten, die einen Verstoß gegen

die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen. Das bedeutet, eine Meldung kommt dann in Frage, wenn eine Person unsere verfassungsrechtlichen Werte und Prinzipien nicht respektiert und unterstützt. Ein Beispiel könnte eine Lehrkraft sein, die öffentlich Ansichten rassistischer oder diskriminierender Natur äußert, die im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien unserer Verfassung stehen.

Aber auch dann kommt eine Meldung in Frage, wenn beispielsweise eine Schule Aktivitäten und Entscheidungen trifft, die nicht im Einklang mit unseren demokratischen Werten und Prinzipien stehen. Dies wäre der Fall, wenn sie beispielsweise politisch einseitige Maßnahmen wie die Unterdrückung bestimmter Meinungen oder die Diskriminierung von Schülerinnen und Schülern aufgrund ihrer politischen Überzeugungen ergreift. Dies steht nicht im Einklang mit dem Prinzip der Neutralität.

Wie verhält es sich mit Äußerungen von rechtsradikalen und antisemitischen Meinungen im schulischen und in privaten Bereichen u. a. in den sozialen Medien.

Solche Äußerungen können gemeldet werden, da sie strafrechtlich relevante Tatbestände erfüllen, wie zum Beispiel Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

### § Können Sie weitere Beispiele aus dem „beruflichen Kontext“ einer Schule nennen?

Weitere Beispiele für Verstöße, die nach dem Hinweisgeberschutzgesetz gemeldet oder offenbart werden können, sind:

- Korruption, Bestechung, Untreue oder Betrug im öffentlichen oder privaten Sektor
- Verletzung von Umwelt-, Gesundheits- oder Verbraucherschutzvorschriften
- Missbrauch von öffentlichen Geldern oder Subventionen
- Diskriminierung, Mobbing oder sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- Gefährdung der öffentlichen oder der nationalen Sicherheit
- Verletzung von Menschenrechten oder Grundrechten
- Verletzung von Datenschutzvorschriften

### § Betreffen die Meldungen und Offenlegungen nur die Kolleginnen und Kollegen? Oder sind damit auch Eltern und Schülerinnen und Schüler miteinbezogen? Als Beispiel nenne ich Informationen über sexuellen Missbrauch bzw. sexualisierte Gewalt.

Die Meldungen betreffen nicht nur die Kolleginnen und Kollegen, sondern auch andere Personen, die im Zusammenhang mit der Schule stehen. Das können zum Beispiel Eltern, Schülerinnen und Schüler, Verwaltungspersonal, Ehrenamtliche oder auch Praktikanten sein. Ein Beispiel für einen Verstoß, der gemeldet werden kann, ist die sexualisierte Gewalt. Dieser Verstoß ist strafrechtlich relevant und verletzt die Rechte und das Wohl von Kindern und Jugendlichen. Eine Meldung wäre zulässig, wenn die hinweisgebende Person oder die gemeldete Person im schulischen Bereich tätig ist oder wenn die betroffenen Personen Schülerinnen oder Schüler sind.

§ Sind damit auch Schulträger einbezogen, die beispielsweise laut Gesetz Vorgaben zum Umweltschutz oder die Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und der Energieeffizienz nur unzureichend im schulischen Bereich umsetzen?

Grundsätzlich können Lehrkräfte auch Schulträger melden, die gesetzliche Vorgaben zum Umweltschutz nicht oder nur unzureichend umsetzen. Es sollte jedoch immer beachtet werden, dass die meldende Lehrkraft immer hinreichend Grund zu der Annahme haben muss, dass die gemeldeten Informationen einen Rechtsverstoß darstellt und tatsächlich der Wahrheit entsprechen.

Das Hinweisgeberschutzgesetz benennt ausdrücklich im Gesetzestext, dass Rechtsverstöße gegen den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation, den Schutz der Vertraulichkeit der Kommunikation, den Schutz personenbezogener Daten im Bereich der elektronischen Kommunikation, den Schutz der Privatsphäre der Endeinrichtungen von Nutzern und von in diesen Endeinrichtungen gespeicherten Informationen gemeldet werden können.

§ Warum wurden diese Punkte hier aufgenommen?

Das Hinweisgeberschutzgesetz schützt diese Punkte besonders, weil sie grundlegende Aspekte des Datenschutzes und der Privatsphäre sind, die in der heutigen digitalen Welt von großer Bedeutung sind. Im Folgenden gehe ich auf die einzelnen Gesetzesteile genauer ein:

#### Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation

Die elektronische Kommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil unseres täglichen Lebens. Der Schutz der Privatsphäre in diesem Bereich ist entscheidend, damit persönliche Informationen nicht missbraucht oder ohne Zustimmung weitergegeben werden.

#### Schutz der Vertraulichkeit der Kommunikation

Die Vertraulichkeit der Kommunikation ist wichtig, um das Vertrauen zwischen den Kommunikationspartnern zu wahren und die freie Meinungsäußerung zu fördern.

#### Schutz personenbezogener Daten

Der Schutz personenbezogener Daten ist ein zentraler Aspekt der informationellen Selbstbestimmung. Er stellt sicher, dass persön-

liche Informationen nur mit Zustimmung der betroffenen Person und in Übereinstimmung mit den Datenschutzbestimmungen gesammelt, verarbeitet und gespeichert werden.

#### Schutz der Privatsphäre der Endeinrichtungen von Nutzern

Smartphones, Tablets aber auch Laptops und digitale Sprachassistenten enthalten eine Fülle von persönlichen Informationen. Der Schutz dieser Informationen ist entscheidend, um die Privatsphäre der Nutzer zu wahren.

Das Gesetz will, dass die Identität des Hinweisgebers geschützt wird.

§ Wie ist dies zu verstehen?

Das Gesetz soll die Identität des Hinweisgebers vor Repressalien schützen. Diskriminierungen, Degradierungen, Mobbing oder sonstige Benachteiligung sollen also verhindert werden. Deswegen darf die Meldestelle die Identität nicht ohne Zustimmung an Dritte weitergeben. Ausnahmen gelten bei Einwilligung des Hinweisgebers, wenn es gesetzlich vorgeschrieben oder erforderlich ist, um den Verstoß zu beenden oder zu verhindern. Außerdem darf die Meldestelle in keinem Bericht und keiner Entscheidung die Identität erwähnen, es sei denn, es gibt auch hier eine Einwilligung des Hinweisgebers oder es ist gesetzlich vorgeschrieben.

§ In welchen Fällen besteht kein Schutz?

Eine Meldung ist dann nicht vom Hinweisgeberschutzgesetz erfasst, wenn Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten Vorrang haben – das betrifft zum Beispiel militärische oder sicherheitsrelevante Belange oder kritische Infrastrukturen. Außerdem dürfen auch keine Meldungen gemacht werden, die die Verschwiegenheitspflichten von Rechtsanwälten, Strafverteidigern aber auch von Ärzten und anderen Angehörigen eines anderen Heilberufs verletzen würden.

Meldungen, die nicht der Wahrheit entsprechen, sind natürlich ebenfalls nicht geschützt. Handelt es sich um eine vorsätzlich oder grob fahrlässig getätigte Meldung unrichtiger Informationen, kann die hinweisgebende Person sogar zum Ersatz des Schadens verpflichtet werden.



#### Zur Person

**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ wie auch Mitarbeiterin der Plattform „Schule.Medien.Recht“. Hier hat sie vor allem Rechtsfragen thematisiert und entsprechende Mustertexte und Checklisten für die schulische Anwendung veröffentlicht (<https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/ueber-smr/>).

Beide Quellen bieten Informationen, Hilfen wie auch Unterstützung für alle Rechtsfragen rund um Schule und Medien.

Mitgewirkt hat sie ebenfalls an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/lrs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

## § Sind anonyme Hinweise auch möglich?

Ja, prinzipiell sieht das Gesetz auch eine anonyme Meldung vor. Es besteht jedoch keine Verpflichtung der Behörden und Unternehmen, anonyme Meldekanäle einzurichten.

## § Wie sieht das Prozedere beim Eingang einer Meldung aus?

Das bestimmt sich nach § 17 Hinweisgeberschutzgesetz. Danach bestätigt die interne Meldestelle der hinweisgebenden Person den Eingang der Meldung spätestens nach sieben Tagen. Sie prüft, ob der gemeldete Verstoß in den sachlichen Anwendungsbereich nach § 2 fällt und hält mit der hinweisgebenden Person Kontakt, falls möglich. Des Weiteren wird die Stichhaltigkeit der eingegangenen Meldung geprüft und eventuell werden weitere Informationen

eingeholt. Innerhalb von drei Monaten nach der Bestätigung des Eingangs der Meldung gibt die interne Meldestelle der hinweisgebenden Person eine Rückmeldung. Hierin wird mitgeteilt, welche Maßnahmen geplant oder schon erfolgt sind. Dies gilt jedoch nur insoweit, als dadurch interne Nachforschungen oder Ermittlungen nicht berührt und die Rechte der Personen, die Gegenstand einer Meldung sind oder die in der Meldung genannt werden, nicht beeinträchtigt werden.

Über allem steht immer die Verpflichtung, die Identität der Hinweisgebenden zu schützen und die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einzuhalten.

Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



# Korrektur beim Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt:

## Absenkung der Mindeststrafhöhe bei § 184 b StGB

Die Bundesregierung hat am 9. Februar einem von Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann vorgelegten Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Mindeststrafen des § 184b Abs.1 Satz 1 und Abs. 3 StGB zugestimmt. Das bestehende Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt zeigt bei der Anwendung des § 184b Schwächen. Alle Taten in diesem Bereich wurden 2021 als Verbrechen (§ 12 Absatz 1 StGB) ausgewiesen. Der Strafraum wurde auf „ein Jahr bis zu fünf Jahren“ angehoben. Minder schwere Fälle wurden nicht geregelt.

### Zunehmender Druck auf Gesetzgeber

Die Strafverfolgung nach bestehender Rechtsprechung wurde immer mehr infrage gestellt, wenn beschuldigte Personen wie Lehrkräfte und Eltern nachweisbar nicht aus pädophiler Energie handelten. Im Gegenteil versuchten beschuldigte Lehrkräfte und Eltern eine weitere Verbreitung kinderpornographischer Materials ihrer Schülerinnen und Schüler bzw. ihrer Kinder zu verhindern. Die Verhältnismäßigkeit der Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe wurde von verschiedenen Seiten öffentlich als unangemessen angeprangert.

Auch unser Verband hatte im schriftlichen Austausch mit Bundestagsabgeordneten eine Gesetzesänderung gefordert. Dabei haben wir nachdrücklich auf die negativen Folgen des Gesetzes innerhalb der Schulen und Familien hingewiesen. Die Bundestagsabgeordneten hatten uns zugesagt,

in ihren Fraktionen und in Gesprächen mit dem Bundesjustizminister unsere Forderungen weiterzuleiten und ebenfalls für eine Gesetzesänderung einzutreten. Wir haben darüber in unserer Ausgabe 5 und 6/2023 berichtet.

### Absenkung beinhaltet keine Korrektur der Grundsatzentscheidung

An der Grundsatzentscheidung, dass die Verbreitung, der Erwerb und Besitz kinderpornografischer Inhalte eine schwere Straftat sind, hält der Gesetzgeber fest. Eine Differenzierung hinsichtlich des Handlungsmotivs wird nicht vorgenommen. Lehrkräfte und Eltern müssen sich nach wie vor bewusst sein, dass sie sich in ihrem pädagogischen Handeln strafbar machen, wenn sie zum Wohle der Kinder in Besitz von kinderpornographischem Material kommen und dieses auch weiterleiten. Mit der erfolgten Gesetzeskorrektur wird le-

diglich den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit gegeben, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen Verfahren am unteren Rand der Strafwürdigkeit einzustellen oder im Strafbefehlswege zu erledigen sowie auf Taten von Jugendlichen mit der nötigen Flexibilität zu reagieren.

### Nachbesserung statt Strafverfahren

Mit der Korrektur des Gesetzes ist ein erster Schritt getan, Ungerechtigkeiten in der Strafverfolgung von Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern zu beenden. Für unseren Verband ist die Korrektur nach wie vor unzureichend. Ein fürsorgliches Eingreifen von Eltern und Lehrkräften darf kein Strafverfahren nach sich ziehen! Kinder und Jugendliche benötigen Schutz und jede Art von Unterstützung und Begleitung gerade bei ihrer sexuellen Orientierung und Entwicklung. Kinder und Jugendliche hier aus Angst vor einer Strafverfolgung allein zu lassen, ist eine notwendige Konsequenz aus der Rechtsprechung, aber pädagogisch nicht sinnvoll. Der VRB fordert eine weiterführende Gesetzesanpassung.

Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



# Schulen als Schutzorte gegen Gewalt und Missbrauch

## Eine Einordnung



Foto: AdobeStock

Anfang November 2023 beschloss der rheinland-pfälzische Landtag einstimmig, dass in den kommenden Jahren alle Schulen im Land Schutzkonzepte gegen Gewalt und gegen sexuellen Missbrauch erarbeiten sollen. Der Landtag folgte damit einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER. Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig begrüßte diesen Antrag und kündigte Unterstützung für die Schulen an. Das richtige Vorhaben greift nach Ansicht des VRB zu kurz, da schulische Schutzkonzepte nur eingebettet in gesamtgesellschaftliche Präventionskonzepte mit klaren Verantwortungsketten wirksam funktionieren.

Ziel des Landtagsbeschlusses ist, dass alle rheinland-pfälzischen Schulen in den kommenden Jahren Schutzkonzepte gegen Gewalt und gegen sexuellen Missbrauch erarbeiten: „Rheinland-pfälzische Schulen müssen

Kindern und Jugendlichen vor jeglicher Form der sexualisierten Gewalt Schutz bieten, indem sie durch Präventionsarbeit und Sensibilisierung der gesamten Schulgemeinschaft ein sicheres Umfeld schaffen“ (Drucksache 18/7880,

31.10.2023). Diese Zielsetzung ist richtig, alle Schulen benötigen solche Schutzkonzepte mit klaren und transparenten Verantwortlichkeiten und Routinen, auf die im Ernstfall zurückgegriffen werden kann, damit betroffenen Kindern und Jugendlichen schnell geholfen werden kann.

### Unterstützung von vielen Partnern

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig betonte, dass die Schulen hier auf Unterstützung bauen können: „Neben dem PL, der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit sind das zum Beispiel regionale Fach- und Beratungsstellen, SOS Kinderdörfer oder Frauennotrufe.



(...) Dieses dichte Netz an Unterstützern ist wichtig, denn „sexualisierter Gewalt kann nicht allein an und von den Schulen begegnet werden. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert“ (Pressemitteilung 08.11.2023). Ihre Feststellung, dass sexualisierter Gewalt „nicht allein an und von Schulen begegnet werden“ kann, ist richtig, wurde aber bei dem Beschluss des Landtages nicht hinreichend einbezogen. Und das ist unseres Erachtens ein Schwachpunkt des rheinland-pfälzischen Ansatzes, bei dem die Schule zu sehr eine „isolierte Schutzinsel“ zu sein scheint.

### **Schulen präventiv informieren und einbinden**

Es ist davon auszugehen, dass der gemeinsame Antrag der fünf Landtagsfraktionen auch auf die Entführung eines zehnjährigen Mädchens auf dem Schulweg durch einen bekannten Sexualstraftäter zurückzuführen ist. Bundesweit hatte die Tat, die nur aufgrund eines gut umgesetzten Schutzkonzeptes des Edenkobener Gymnasiums nicht in einer menschlichen Tragödie endete, für Erschütterungen gesorgt. Ruft man sich diesen Fall in Erinnerung, offenbart sich, wo schulische Schutzkonzepte u. a. an Grenzen stoßen bzw. nach wie vor nicht greifen können.

Es war bekannt, dass sich ein verurteilter Sexualstraftäter nach seiner Haftentlassung wieder in der Region aufhält – darüber informiert wurden die umliegenden Schulen seitens der Behörden aber nicht. Aufgrund der Persönlichkeitsrechte des Haftentlassenen sahen sich die Behörden dazu außerstande. Heute gibt es Hinweise, dass sich der Entführer bereits vor der Tat im Umfeld der Edenkobener Schulen aufgehalten haben könnte. Das

diesbezügliche Gerichtsverfahren ist Ende Februar nun angelaufen. Es ist ein Versäumnis, dass für solche Fälle keine Maßnahmen ermöglicht werden, Schulen frühzeitig auf potentielle Gefährdungen präventiv hinzuweisen, damit diese ihre Anwesenheitskontrollen und Schutzkonzepte darauf ausrichten können. Der VRB hatte dies in Interviews und einer Talkshow gefordert. Die Befürchtung, entlassene Gewalt- und Sexualstraftäter könnten aufgrund der Einbeziehung der Schulen einer Hexenjagd ausgesetzt werden, offenbart ein nicht hinnehmbares Misstrauen gegenüber den Schulen. Auch im Bereich Kinderpornographie gibt es Wege der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule, welche die Persönlichkeitsrechte der Opfer wahren. Ähnliche Wege sollten auch bei der Sexualstraftäterprävention möglich sein.

### **Nur schulische Konzepte zu fordern, ist zu kurz gedacht**

Ein weiterer Aspekt, der unseres Erachtens beim rheinland-pfälzischen Weg zu kurz kommt, ist das Fehlen verbindlicher Verantwortungsketten, falls Schulen sexuellen Missbrauch befürchten oder von diesem erfahren haben. Nachdem die schulischen Schutzkonzepte greifen, muss es auch außerhalb der Schule nach einem transparenten Fahrplan weitergehen – und da sind nun auch andere staatliche Akteure in der Verantwortung. Aus der schulischen Praxis ist leider immer wieder zu hören, wie langwierig es sein kann, dass z.B. Jugendämter den schulischen Warnhinweisen nachgehen. Wie schnell hier eingegriffen wird, ist mitunter von Jugendamt zu Jugendamt sehr unterschiedlich – und das ist inakzeptabel. Auch hier muss es

Konzepte mit verbindlichen Abläufen geben, damit betroffenen Kindern und Jugendlichen schnell geholfen werden kann.

Die schulischen Schutzkonzepte sind ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein gegen Gewalt und gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Allein können Schulen hier allerdings wenig bewirken. Unsere Gesellschaft muss insgesamt mehr tun: Es muss mehr Möglichkeiten der Prävention (vor der Schule) und mehr Möglichkeiten der Intervention (nach der Schule) geben – erst dann greifen schulische wie außerschulische Schutzkonzepte wirksam ineinander.

Michael Eich  
michael.eich@vrb-rlp.de



#### Quellen:

Drucksache 18/7880, 31.10.2023 - Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und FREIE WÄHLER; Kinder schützen und präventiv stärken – Schulen mit Schutzkonzepten gegen sexuelle Gewalt und Missbrauch  
<https://bm.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/schulen-bieten-schutz-und-staerke-gegen-sexualisierte-gewalt-bildungsministerin-dr-stefanie-hubig-unterstuetzt-antrag-der-fraktionen-zum-aufbau-von-schutzkonzepten-in-rheinland-pfalz>  
<https://schulpsychologie.bildung-rp.de/fuer-schulen/fortbildungen/fortbildungsangebote/praevention-sexualisierter-gewalt-und-schutzkonzepte.html>

Alle Altersgruppen eingeschlossen:

## Bundesregierung legt Strategiepapier gegen Einsamkeit vor

Seit Juni 2022 erarbeitet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend federführend eine Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit. Seit dem 1. März 2023 liegt nun der Entwurf eines Strategiepapiers vor. In die Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit sind alle Altersgruppen und alle Menschen, die aufgrund ihrer Lebensführung in bestimmten Lebensphasen von Einsamkeit betroffen sein können, eingeschlossen.<sup>1)</sup>

### Zielsetzungen der Strategie der Bundesregierung

Die Zielsetzungen für die Strategieentwicklung werden im Entwurf wie folgt beschrieben<sup>2)</sup>:

1. Die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren.
2. Das Wissen um Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit erweitern.
3. Die Arbeit von Praktikerinnen und Praktikern stärken.
4. Einsamkeit als sektoren- und bereichsübergreifende Aufgabe etablieren.
5. Praktische Maßnahmen zur Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit fördern.

### Beschreibung des Phänomens Einsamkeit

In einer schriftlichen Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 19. April 2021 hat Prof. Dr. Maike Luhmann von der Ruhr-Universität Bochum den Themenbereich „Einsamkeit – Erkennen, evaluieren und entschlossen entgegenzutreten“ ausführlich behandelt. Ihr Fazit stellen wir im Folgenden dar<sup>3)</sup>:

- Einsamkeit wird definiert als eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen den gewünschten und den tatsächlichen sozialen Beziehungen. Einsamkeit darf nicht mit sozialer Isolation gleichgesetzt werden.
- Einsamkeit kann unterschiedlich gemessen werden. Es gibt zudem kein klares Kriterium, ab wann jemand als einsam gilt. Schätzungen zur Prävalenz von Einsamkeit sind daher oft nicht gut vergleichbar.
- In Deutschland leiden Millionen Menschen unter Einsamkeit. Exakte Zahlen zur Verbreitung von Einsamkeit sind jedoch aktuell schwierig zu ermitteln.
- Einsamkeit hat während der Covid-19-Pandemie in Deutschland in allen Altersgruppen stark zugenommen. Besonders betroffen von diesem Anstieg sind Jugendliche und junge Erwachsene, Eltern kleiner Kinder und Alleinlebende.
- Bekannte Risikofaktoren für Einsamkeit sind u. a. Arbeitslosigkeit, Armut, Migrationshintergrund, Partnerlosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen sowie objektive soziale Isolation. Einsamkeit ist nicht auf das hohe Alter beschränkt, sondern tritt in allen Altersgruppen auf.
- Chronisch einsame Menschen haben ein erhöhtes Risiko für verschiedene psychische und körperliche Erkrankungen.

### Einsamkeitsrisiko älterer Menschen wird zunehmen

Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit veröffentlichte im September 2023 gemeinsam mit der BAGSO und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband das Themenblatt „Einsamkeit – Eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft“. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Gruppe der älteren Menschen. Die Verfasser mahnen an, der Einsamkeit älterer Menschen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. „Zum einen wird die Zahl der Älteren, die unter Einsamkeit leiden, aufgrund des demografischen Wandels weiter ansteigen. Zum anderen steigt das Risiko einer Chronifizierung von Einsamkeit mit dem Älterwerden.“<sup>4)</sup>

Als besonderes Problem wird für die praktischen Maßnahmen zur Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit dargestellt, dass ältere

Menschen mit den üblichen Formen der Ansprache nicht oder nur schwer zu erreichen sind. Daher lautet eine zentrale Forderung, älteren Menschen die gesellschaftliche Teilnahme durch Auf- und Ausbau gemeinwesenorientierter Anlaufstellen zu ermöglichen.

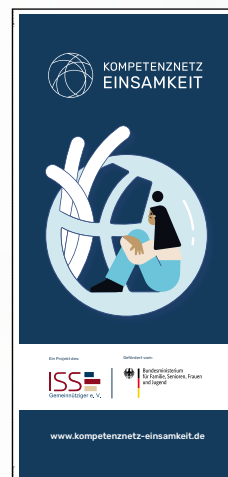
### Begleitung der Strategieentwicklung durch ein Kompetenznetz Einsamkeit

Im Februar 2022 startete das Kompetenznetz Einsamkeit (KNE). Durchgeführt wird es vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.. Gemeinsam mit dem Bundesministerium wird das Kompetenznetzwerk bis Ende 2025 folgende Zielsetzungen verfolgen:

- Faktoren der aktiven Vorbeugung und Bekämpfung von Einsamkeit erforschen.
- Ein Einsamkeitsbarometer für Deutschland etablieren, das zuverlässige Aussagen über die Entwicklung von Einsamkeit in der Gesellschaft geben soll – besonders auch für die vulnerabelsten Gruppen.
- Die Geschäftsstelle zur Begleitung der Strategie gegen Einsamkeit umsetzen sowie Wissen zum Thema weiterverbreiten.

### Erste Entwicklungsschritte: Neue Angebotslandkarte ist online

Im Rahmen ihres Auftrags hat das Kompetenznetz Einsamkeit (KNE) eine neue Angebotslandkarte online gestellt. Interessierte haben so die Möglichkeit, passende Angebote in ihrer Umgebung zu finden und auszuwählen. Durch die Bündelung der vielfältigen Maßnahmen gegen Einsamkeit an einem Ort soll der Zugang zu Projekten und Initiativen, die Angebote anbieten für Menschen, die sich einsam fühlen, erleichtert werden<sup>6)</sup>.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Auch ein Info-Flyer zum Thema steht auf der Website des Kompetenznetzes zum download bereit.

#### Quellen:

- <sup>1)</sup> <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/strategie-gegen-einsamkeit-201642>
- <sup>2)</sup> [https://www.issffm.de/fileadmin/assets/themenbereiche/downloads/Entwurf\\_Diskussionspapier\\_Auf\\_dem\\_Weg\\_zu\\_einer\\_Strategie-der-BReg-gegen-Einsamkeit\\_mit\\_Anhang.pdf](https://www.issffm.de/fileadmin/assets/themenbereiche/downloads/Entwurf_Diskussionspapier_Auf_dem_Weg_zu_einer_Strategie-der-BReg-gegen-Einsamkeit_mit_Anhang.pdf)
- <sup>3)</sup> <https://www.bundestag.de/resource/blob/833358/0924ddceb95ab55db40277813ac84d12/19-13-135b-data.pdf>
- <sup>4)</sup> <https://www.bagso.de/spezial/aktuelles/detailansicht/herausforderung-einsamkeit>
- <sup>5)</sup> <https://kompetenznetz-einsamkeit.de/das-kne>
- <sup>6)</sup> <https://kompetenznetz-einsamkeit.de/neue-angebotslandkarte-ist-online>

Wussten Sie schon...

### ... dass Sie Ihre Gehaltsabrechnung auch digital erhalten können?

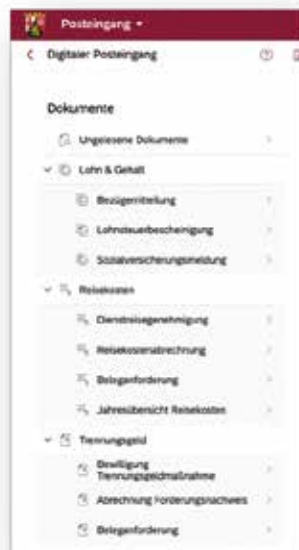
Sicherlich haben Sie bereits vom IPEMA-Portal gehört und es eventuell auch schon genutzt. Registrierte Nutzer haben u.a. die Möglichkeit, ihre Dienstreiseanträge und Reisekostenabrechnungen online zu stellen. Vor allem aber können sie dort ihre Bezügemitteilungen oder die Lohnsteuerbescheinigungen einsehen und verwalten.

#### Vorteile

Ein praktischer Vorteil dabei ist, dass Sie durch den digitalen Postzugang und den Verzicht auf Papierdokumente bei der Archivierung Ihrer Unterlagen eine übersichtliche und klimaneutrale Alternative nutzen. Die Dokumente werden eine begrenzte Zeit vorgehalten. Deshalb empfiehlt es sich, sie für eine eventuelle Archivierung zu entnehmen.

#### Infos zur Anmeldung

Sie möchten sich registrieren und auf weitere analoge Bezügemitteilungen und Abrechnungen verzichten? Auf dieser Seite des Landesamts für Finanzen finden Sie Antworten auf Ihre Fragen und Infos zur Anmeldung (QR-Code oben rechts): <https://ipema-portal.lff-rlp.de/hinweise/authega/anmeldung/>



#### Erklärvideo

Auf dem IPEMA-Portal wird ein Erklärvideo zur Anmeldung und zur Registrierung vorgehalten. Das ist der Link: <https://www.youtube.com/watch?v=htvzsWDvCfc>

#### Kontakt

Unter diesem Link finden Sie die Kontaktdaten der telefonischen Hotline für technische und inhaltliche Fragen: <https://ipema-portal.lff-rlp.de/kontakt>

Anna Becker  
anna.becker@vrb-rlp.de



### Teilzeitquote bei Lehrkräften angestiegen

Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 11. Januar ist die „Teilzeitquote bei Lehrkräften auf dem höchsten Stand der vergangenen zehn Jahre“.

42,3 Prozent der Lehrkräfte arbeiteten im Schuljahr 2022/2023 in Teilzeit, das sind 1,7 Prozent mehr als im Schuljahr 2021/2022. Die Quote bei den weiblichen Lehrkräften war dabei mit 49,9 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei den männlichen Lehrkräften mit 21,8 Prozent. Ein Grund dafür ist, dass 73,1 Prozent der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen weiblich sind.

Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen mit einer Teilzeitquote von 30,2 Prozent, ist die Quote bei Lehrkräften

besonders hoch. Auch deshalb wird vor dem Hintergrund des zunehmenden Lehrkräftemangels die Teilzeitquote von Lehrkräften verstärkt in den Blick genommen.

NWU / Quelle und weitere Informationen: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24\\_N002\\_21.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_N002_21.html)



## Künstliche Intelligenz (KI)

# Europäisches Parlament und Europäischer Rat setzen wegweisende Standards

In einer bahnbrechenden Entwicklung hat das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Rat – das ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union – eine Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI) auf den Weg gebracht. Dieses wegweisende Gesetz über Künstliche Intelligenz ist darauf ausgerichtet, einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit KI in der gesamten Europäischen Union zu schaffen und gleichzeitig bestehende Rechtsakte zu modifizieren.

### Leitlinien für den Schutz der Grundrechte

Die Verordnung, die nach zähen und intensiven Verhandlungen verabschiedet wurde, umfasst eine breite Palette von Themen im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz. Ein zentrales Anliegen ist die Harmonisierung ethischer Grundsätze im Umgang mit KI, um sicherzustellen, dass KI-Systeme auf verantwortungsvolle und transparente Weise entwickelt, implementiert und genutzt werden.

Das Gesetz über Künstliche Intelligenz legt klare Leitlinien für den Schutz der Grundrechte der Bürger fest, insbesondere in Bezug auf Privatsphäre und Nichtdiskriminierung. Es zielt darauf ab, sicherzustellen, dass KI-Systeme keine diskriminierenden Praktiken verstärken und dass der Einsatz von KI im Einklang mit den grundlegenden Werten der EU steht.

### Einführung von risikobasierten Kategorien für KI-Anwendungen

Ein Schlüsselaspekt der Verordnung ist die Einführung von risikobasierten Kategorien für KI-Anwendungen. Dies ermöglicht eine differenzierte Herangehensweise an verschiedene KI-Systeme, je nach ihrem potenziellen Risiko für die Gesellschaft. Hochriskante Anwendungen, wie solche im Gesundheitswesen oder im Bereich der kritischen Infrastruktur, unterliegen strengeren Überwachungs- und Bewertungsverfahren, um höchste Sicherheitsstandards zu gewährleisten.

### Meilenstein in der Regulierung von KI-Technologien

Darüber hinaus sieht die Verordnung die Schaffung eines Europäischen Ausschusses für Künstliche Intelligenz vor, der als zentrale Aufsichtsbehörde fungiert. Dieser Ausschuss wird eine Schlüsselrolle bei der Überwachung und Durchsetzung der neuen Vorschriften spielen, um sicherzustellen, dass sie effektiv umgesetzt werden.

Die Verordnung geht auch über die EU-Grenzen hinaus, indem sie Bestimmungen für den Import von KI-Produkten und -Dienstleistungen enthält. Dies unterstreicht die Ambitionen der EU, weltweit wirksame Standards im Bereich Künstliche Intelligenz zu setzen.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes über Künstliche Intelligenz markiert einen Meilenstein in der Regulierung von KI-Technologien. Die EU zeigt damit ihre Entschlossenheit, die Chancen von KI zu nutzen und gleichzeitig sicherzustellen, dass ethische Grundsätze und die Rechte der Bürger geschützt werden. Der Weg für eine verantwortungsbewusste und sichere KI-Zukunft in Europa ist geebnet.

### Was bedeutet das für die deutsche Legislative?

Die „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (Gesetz über Künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte



der Union“ kann – wenn alles nach Plan verläuft – nach einer Plenarsitzung mit Abstimmung Ende April in Kraft treten. Sie hat erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Gesetzgebung. Im Wesentlichen bedeutet dies, dass die EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, verpflichtet sind, die festgelegten harmonisierten Vorschriften für Künstliche Intelligenz in nationales Recht umzusetzen.

Diese Verordnung setzt Standards für den ethischen und rechtlichen Umgang mit Künstlicher Intelligenz und beeinflusst somit die Gesetzgebung Deutschlands im Bereich KI. Es können Anpassungen und Ergänzungen bestehender nationaler Gesetze erforderlich sein, um den neuen europäischen Vorschriften gerecht zu werden. Die Verordnung zielt darauf ab, einheitliche Regelungen innerhalb der EU zu schaffen und gleichzeitig sicherzustellen, dass KI-Technologien verantwortungsbewusst und im Einklang mit grundlegenden EU-Werten eingesetzt werden.

Die Verordnung basiert auf einem unter folgender URL hinterlegten Entwurf: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0206>

Anna Becker  
anna.becker@vrb-rlp.de



# Europawahl 2024: Die Stimme der Jugend wird lauter werden

## Europa ist ohne die Chancen und Freiheiten der Europäischen Union nicht mehr vorstellbar

Bei der Europawahl 2024 wird die Stimme der Jugend lauter werden. In Deutschland darf hier bereits wählen, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die meisten Erstwählerinnen und -wähler verfügen über solide Grundkenntnisse zum Thema Europa. Sie haben sich vermutlich auch schon in der Schule mit der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Europäischen Union und ihrer Entwicklungsgeschichte befasst. Theoretisches Wissen wird erweitert, wenn Schulen Partnerschaften pflegen, z.B. mit solchen in Frankreich, England, Polen oder anderen Ländern. Begegnungen ermöglichen das Erfahren unterschiedlicher Kultur und Lebenswelten. Gelegentlich besuchen Schulklassen im Rahmen einer Exkursion das Europaparlament in Straßburg oder sie nehmen Kontakt mit EU-Abgeordneten auf.

### Soll man wählen gehen?

Europa ist ein Thema, das alle betrifft, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen. Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen gewinnt es an Aktualität. Sprechen wir von „Europa“, meinen wir meistens nicht den Kontinent mit seinen 47 Staaten, wir denken vielmehr kritisch oder auch visionär an die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten. Um diese geht es am 9. Juni, dem Tag, an dem in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden.

Aufgerufen sind rund 350 Millionen Wahlberechtigte aus 27 Ländern, davon 66 Millionen aus Deutschland. Soll man wählen gehen? Ein klares Ja, es sei denn, man möchte bewusst darauf verzichten, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und sie aktiv mitzugestalten. Viele politische Entscheidungen, die für die Bürgerinnen und Bürger der 27 EU-Staaten verbindlich sind, fallen nicht mehr in Berlin, Paris oder Rom, sondern in den europäischen Gremien in Brüssel oder Straßburg.

### Die Europäische Union steckt in einem Dilemma!

Kritische Stimmen befürchten, dass sich die Europäische Union bald bis zur Unkenntlichkeit verändern wird. Die Frage ist, ob es ihr gelingt, die Ukraine oder auch Serbien, Albanien oder Moldau zu integrieren. Auch Bosnien-Herzegowina hofft auf Beitrittszustimmung aus Brüssel, ebenso Montenegro, Nordmazedonien, Georgien und Kosovo. Die Aussicht auf eine Erweiterung stellt die EU vor Aufgaben, die viele für unlösbar

halten. „Wie bleibt die EU handlungsfähig, wenn 36 Staats- und Regierungschefs in Brüssel mit am Tisch sitzen? (...) Geografie und Gewicht würden sich nach Osten verschieben. (...) Von 36 Ländern käme die Hälfte aus dem früheren Ostblock. (...) Armut und Reichtum würden noch weiter auseinanderklaffen.“ (Die ZEIT, 14.12.2023, S.4: „Wachstumsschmerzen. Die Europäische Union steckt in einem Dilemma...“). Viele blicken mit Skepsis auf die künftige Entwicklung der EU. Ihre Erweiterung wird allerdings auch als ein Instrument der geopolitischen Sicherheit gesehen. „Europa“ kennt Befürworter und Kritiker. Die einen bezeichnen Deutschland als „Zahlmeister“ innerhalb der Union, die anderen kontern mit dem Argument, dass das Land über 50 Prozent seiner gesamten Ausfuhren in andere EU-Staaten liefert, ergänzt um den Hinweis, dass die EU der größte Binnenmarkt der Welt ist. Zunehmend kritisch gesehen wird gerade in jüngster Zeit auch, dass es der EU angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine immer schwerer fällt, mit einer Stimme zu sprechen. Die EU tritt aufgrund der Haltung einzelner Politiker nicht immer geschlossen auf. Diese handeln mitunter im Widerspruch zu den sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, die der Europäische Rat am 22. Juni 1993 verbindlich für alle Mitgliedstaaten auf dem EU-Gipfel beschlossen hat: „Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten“.

### Wie sieht die Zukunft aus?

Wird die Europäische Union zusammenwachsen oder zerbrechen? Wie sieht die Zukunft aus? Populistische Kräfte fordern in vielen Mitgliedstaaten eine Rückkehr zu den Nationalstaaten. Die Mehrheit der Menschen hingegen, darunter vor allem die jüngere Generation, kann sich ein Europa ohne die Chancen und Freiheiten der Europäischen Union nicht mehr vorstellen.

Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de


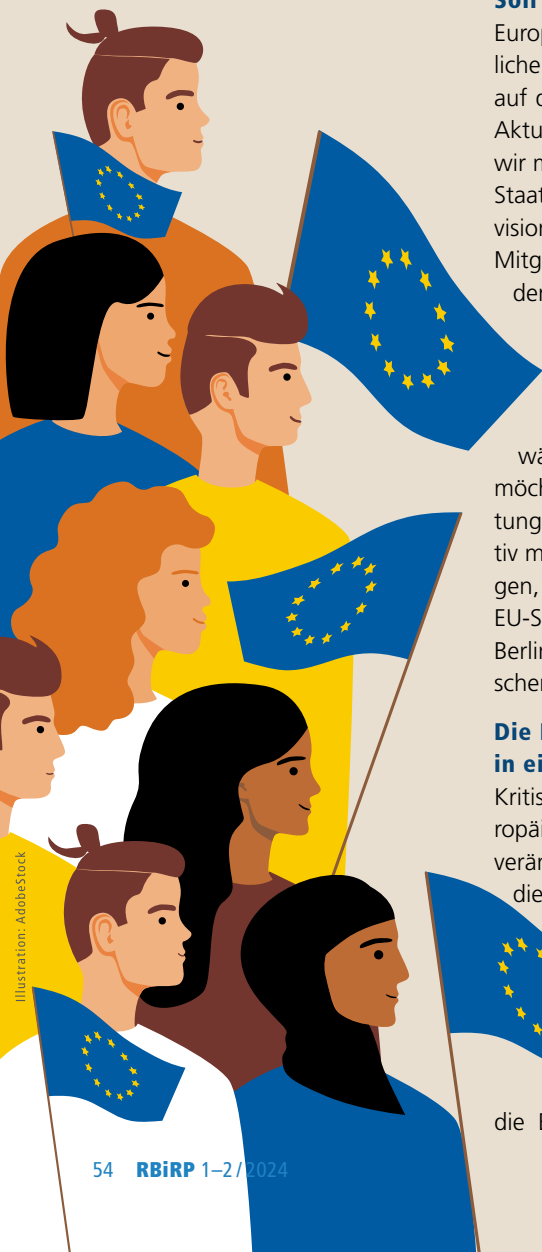



Illustration: AdobeStock



Das Quiz zur Europawahl 2024 mit zehn Fragen und jeweils vier Antwortmöglichkeiten eignet sich besonders für den unterrichtlichen Einsatz. Auf der nächsten Seite finden Sie die Lösungen mit einigen didaktischen Anmerkungen. Scannen Sie nebenstehenden QR-Code – das Quiz steht als PDF-Vorlage zum Download bereit.



## EU-Quiz – aktuell zur Europawahl am 9. Juni 2024

1. So viele Millionen Menschen leben in der EU ...

- 500,8
- 448,4
- 701,3
- 604,5

2. Die größte Fläche der EU-Mitgliedstaaten besitzt ...

- Russland
- Frankreich
- Spanien
- Schweden

3. Die sechs Gründungsstaaten der EU sind ...

- Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Niederlande, Luxemburg
- Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien, Dänemark, Vereinigtes Königreich
- Belgien, Deutschland, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien
- Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Italien

4. Erstmals wurden die Abgeordneten des Europaparlaments im Jahr ... direkt gewählt.

- 1979
- 1989
- 1999
- 2019

5. Das aktive Wahlrecht von 16 Jahren für die Europawahlen gilt in den Ländern ...

- Belgien, Malta, Österreich und Deutschland
- Luxemburg, Griechenland, Frankreich und Malta
- Italien, Spanien, Portugal und Deutschland
- Niederlande, Irland, Rumänien und Ungarn

6. Das Europaparlament tagt künftig mit ... Abgeordneten./ Davon entfallen ... Mandate auf Abgeordnete aus Deutschland

- 751/ 104
- 736/ 96
- 720 / 96
- 678/ 96

7. Vertritt Deutschland im Europäischen Rat ...

- Ursula von der Leyen
- Charles Michel
- Annalena Baerbock
- Olaf Scholz

8. Nimmt vergleichbar die Funktion einer Regierung wahr ...

- Europäisches Parlament
- Europäische Kommission
- Europäischer Rat
- Der Rat der EU

9. Durch das ERASMUS+-Förderprogramm der EU werden ...

- umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaftsprojekte unterstützt
- allgemeine sowie berufliche Bildung, Sport und Jugend gefördert
- Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels finanziert
- wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen den einzelnen Regionen abgebaut

10. Das Motto der EU lautet seit dem Jahr 2000 ...

- „In Vielfalt geeint“
- „Einer für alle - alle für einen“
- „Gemeinsam sind wir stark“
- „Für Frieden in Freiheit“

# Lösung des EU-Quiz und didaktische Anmerkungen

## Frage 1: Antwort 1b

Die Frage soll den Blick auf die Demografie richten. Ergänzend kann die Gesamtbevölkerung der EU nach den einzelnen Mitgliedstaaten differenziert werden.

[https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/key-facts-and-figures/life-eu\\_de#:~:text=Größe%20und%20Bevölkerung,km²](https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/key-facts-and-figures/life-eu_de#:~:text=Größe%20und%20Bevölkerung,km²)

<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Basistabelle/Bevoelkerung.html>

## Frage 2: Antwort 2b

Frankreich ist flächenmäßig das größte Land der EU. Russland gehört nicht zur EU, wird aber geografisch Europa zugerechnet (der Ural als Grenze zwischen Europa und Asien). Die Antwortauswahl fällt möglicherweise – fehlerhaft! – auf „Russland“. Das gibt Anlass zu differenzieren, dass die EU mit 27 Mitgliedstaaten nur einen Teil von Europa mit seinen insgesamt 47 Staaten abbildet. Nicht verwechseln: Der Europarat ist kein Organ der Europäischen Union. Er ist ein eigenständiger Zusammenschluss europäischer Staaten mit 47 Mitgliedsländern mit Sitz in Straßburg. Neben den EU-Mitgliedstaaten gehört ihm u. a. auch Russland an.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/326957/umfrage/flaechen-der-eu-laender/>

## Frage 3: Antwort 3c

Die Recherche zur Beantwortung der Frage folgt dem Lehrplanauftrag, die räumlich-zeitliche Entwicklung der EU von den Anfängen bis zur aktuellen Europäischen Union anhand von entsprechenden politischen Karten zu analysieren.

<https://www.europaimunterricht.de/eu-mitgliedstaaten#c55310>

## Frage 4: Antwort 4a

Daraus lassen sich u.a. historische Entwicklungen der EU nachvollziehen.

<https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/deutschland-und-europa>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl#Bisherige\\_Europawahlen\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl#Bisherige_Europawahlen_in_Deutschland)

## Frage 5: Antwort 5a

Die Frage nach dem Wahleinstiegsalter ist ein übergreifendes politisches Thema.

(Vgl. hierzu das Diskussionsforum „Wählen ab 16?“ mit einem Arbeitspapier für den Unterrichtseinsatz. In: Reale Bildung in Rheinland-Pfalz. Ausgabe 3 und 4/2020, S. 64-67.)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw01-europawahl-984094>

[https://www.vrb-rlp.de/fileadmin/user\\_upload/PDF/VRB\\_Zeitschrift/2020/72dpi\\_rbirp\\_3und4\\_2020\\_online.pdf](https://www.vrb-rlp.de/fileadmin/user_upload/PDF/VRB_Zeitschrift/2020/72dpi_rbirp_3und4_2020_online.pdf)

## Frage 6: Antwort 6d

Ergänzend zur Feststellung der Parlamentsgröße und dem Anteil der Mandate aus Deutschland kann auch einem höheren Anspruch folgend nach den im EU-Parlament vertretenen Parteien und deren Programmen recherchiert werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20180126STO94114/wie-viele-sitze-erhalten-die-mitgliedstaaten-nach-der-europawahl-2024>

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw01-europawahl-984094>

## Frage 7: Antwort 7d

Die Begriffe sind ähnlich und daher verwirrend. Neben dem Ministerrat gibt es den Europäischen Rat. Der Europarat hingegen ist kein Organ der Europäischen Union (siehe Kommentar zu Frage 2).

Ursula von der Leyen ist seit 2019 die Präsidentin der Europäischen Kommission. Charles Michel, der ehemalige Premierminister Belgiens, ist seit 2019 der amtierende Präsident des Europäischen Rates. Außenministerin Annalena Baerbock tritt im Rat der Europäischen Union auf. Dieser hat keine festen Mitglieder. Er tritt in zehn verschiedenen Konfigurationen zusammen, je nach Politikbereich. Zu diesen Treffen entsendet jedes Mitgliedsland den jeweils für das anstehende Thema zuständigen Minister bzw. die zuständige Ministerin. Bundeskanzler Olaf Scholz vertritt Deutschland im Europäischen Rat. Es ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Mindestens zweimal pro Halbjahr findet sich der Rat zu einem Treffen ein, das auch als EU-Gipfel bezeichnet wird.

[https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/search-all-eu-institutions-and-bodies/european-council\\_de](https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/search-all-eu-institutions-and-bodies/european-council_de)

## Frage 8: Antwort 8b

Hier geht es nicht um Personen, sondern um Organe und Einrichtungen der EU, um politische Zuständigkeiten, Inhalte und Entscheidungsprozesse.

<https://www.europawahl-bw.de/>

## Frage 9: Antwort 9b

Erasmus+ ist ein Förderprogramm der Europäischen Union. Sein Name erinnert an Erasmus von Rotterdam. Das EU-Programm fördert Studierende, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Kinder und Jugendliche, Lehrende und Hochschulpersonal.

[https://www.mystipendium.de/erasmus/erasmus-plus-programme?gclid=EAlaIqobChMI9s-548fTgwMVDQkGAB0SpgMhEAAAYASAEGlcfvD\\_BwE](https://www.mystipendium.de/erasmus/erasmus-plus-programme?gclid=EAlaIqobChMI9s-548fTgwMVDQkGAB0SpgMhEAAAYASAEGlcfvD_BwE)

## Frage 10: Antwort 10a

„In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der EU seit dem Jahr 2000.

[https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/symbols/eu-motto\\_de](https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/symbols/eu-motto_de)

[https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/symbols/eu-motto\\_de](https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/symbols/eu-motto_de)



Auch die Links zu diesen Lösungen haben wir auf unserer Website für Sie bereitgestellt – einfach QR-Code scannen!

EU-Quiz sowie Lösungen und didaktische Anmerkungen:

Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de



## 18. Demokratietag Rheinland-Pfalz

# Satellitenveranstaltung an der Albert-Schweitzer-Realschule plus Mayen

Foto: Marion Schilberz



Schulleiterin Karin Butter (Mitte) wies bei der Eröffnung auf die Bedeutung der Demokratieerziehung hin und dankte den Sponsoren, Referenten und Lehrkräften für die Gestaltung der Workshops.

Am 12.10.2023 fand in Ingelheim der 18. Demokratietag Rheinland-Pfalz statt. Parallel dazu gab es Schulen, die diese Veranstaltung bei sich als Satellitenveranstaltung organisierten. Die Albert-Schweitzer-Realschule plus in Mayen gehörte dazu und entwickelte zu diesem Anlass ein eigenes Programm.

Schulleiterin Karin Butter betonte bei der Eröffnung die Wichtigkeit einer solchen Veranstaltung angesichts der aktuellen Geschehnisse in Deutschland und der Welt. Gemeinsam mit außerschulischen Sponsoren konnte die Realschule plus ihren Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 10 drei spannende und interaktive Workshops anbieten. Manuela Berck und Nicolas Cordes sorgten für die Planung der Satellitenveranstaltung. Einige wichtige Kontakte für die Organisation dieser Veranstaltung waren schon beim Ingelheimer Fachkongress des Verbandes geknüpft worden.

**„Wir schauten zurück. Wir schauten uns um. Wir setzten ein Zeichen!“**

Folgende Workshops wurden angeboten:

1. 1933–1945: Heil- und Nervenanstalten, Unterbringungen in Teilstationen und Hadamar
2. Heute: Besuch in der Caritas Werkstatt
3. Heute und in Zukunft: Inhalte zu Fake News, Hate Speech, Social Media und Framing – Sprache



Foto: Mario Bastiaansen

Die Workshops der Mayener Satellitenveranstaltung wurden organisiert und durchgeführt von Horst Wenner (Landeszentrale für politische Bildung), Bernd Bojanowski (Caritas Mayen), Manuela Berck, Nicolas Cordes, Heike Handwerk und Marco Bastiaansen (von links).

Zu den Workshops erstellten die Schülerinnen und Schüler Plakate oder Präsentationen und stellten diese anschließend in Kurzvorträgen vor. Als kleines Geschenk erhielten die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler das Grundgesetz und die Landesverfassung in Form eines speziell auf Jugendliche angepassten Magazins.

### An die Grundprinzipien der Demokratie erinnert

Der pädagogische Koordinator der Schule Marco Bastiaansen fand folgende Worte für die Veranstaltung: „Im Rahmen unserer Demokratieerziehung haben wir gerne unseren Beitrag beim Landesdemokratietag geleistet. Mit den von unseren engagierten Kolleginnen und Kollegen angebotenen Workshops erinnern wir unsere Schülerinnen und Schüler in diesen turbulenten Zeiten an die Grundprinzipien der Demokratie, welche die Grundlage unserer Gesellschaft bilden und versuchen sicherzustellen, dass die nächste Generation die Bedeutung von Freiheit, Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit und Beteiligung versteht und schätzt.“

Nicolas Cordes  
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de





**KOBLENZ:** Einmal geteilt, für immer im Netz

**NEUSTADT:** Arbeitsplatz Schule: Arbeitsschutz und Lehrkräftegesundheit

**TRIER:** Angebot für Studierende und Lehrkräfte: Angewandte Stimmhygiene

ÖPR-FORTBILDUNG DER BEZIRKE KOBLENZ UND TRIER

## Referenten der Polizei und der ADD informieren zu aktuellen Themen



Einmal jährlich bieten die Bezirksverbände Trier und Koblenz eine gemeinsame Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen aus den Schulpersonalräten an. Sie findet traditionell in Treis-Karden statt und bindet jeweils auch Expertinnen und Experten aus dem schulischen Umfeld ein.

**Bengjamin Bajraktari, Vorsitzender im Bezirk Koblenz, begrüßte über fünfzig Teilnehmende zu einer abwechslungsreichen und informativen Fortbildungsveranstaltung, zu der die Bezirke Koblenz und Trier traditionsgemäß nach Treis-Karden eingeladen hatten.**

### „Einmal geteilt, für immer im Netz“

Aus aktuellem Anlass war Sven Röder, Hauptkommissar bei der K2 der Kriminalinspektion Mayen zur Schulung eingeladen worden. Er hielt einen interessanten Vortrag über die polizeilichen Aspekte der Verbreitung, des Erwerbs und des Besitzes kinder- und jugendpornografischer Inhalte: „Einmal geteilt, für immer im Netz“.

Neben der Information ging es auch um Fragen zur Prävention. Er machte eindringlich darauf aufmerksam, dass Kinder und Jugendliche es häufig nicht schaffen, die reale Welt mit ihrem Handeln im Internet in Einklang zu bringen. Das habe oft ungeahnte Folgen. Röder beschrieb die Bedeutung digitaler Fingerabdrücke beim Versand

von Bild- und Videomaterial im Internet und informierte über die Arbeit von „NCMEC“. Diese amerikanische Organisation (National Center for Missing and Exploited Children) befasst sich mit der Überwachung kinder- und jugendpornografischer Inhalte im Netz. Dabei scanne sie alle Daten, die auf amerikanischen Plattformen, wie Google, Facebook oder WhatsApp geteilt werden, auf ebendiese Inhalte. Hinweise auf Kinderpornografie würden gesammelt, und Verdachtsfälle an das Bundeskriminalamt in Deutschland gemeldet, von wo sie u.a. über die Landeskriminalämter und die Staatsanwaltschaft zur Polizei gelangen.

Als ein Beispiel für die Gefahren aus dem Internet beschrieb Röder den

Vorgang des Grooming, bei dem Kinder und Jugendliche über das Internet durch Schmeicheleien von Tätern manipuliert werden, um sie abhängig zu machen und um dann sexuell motivierte Straftaten zu begehen. Die Attraktivität des Internets für Kinder und Jugendliche werde u. a. durch vermeintliche Anonymität hervorgerufen. Abschließend gab es Tipps für einen sicheren Umgang im Internet. Beispielsweise solle man es unterlassen, Sticker von Personen zu erstellen und zu versenden.

### edoo.sys und Gliederungsplan

Tatjana Kuhn und Stefan Rheude von der ADD Neustadt referierten zum Aufbau des vorläufigen Gliederungsplanes und wiesen auf wichtige Bestandteile hin, die für die Arbeit der Schulpersonalräte relevant sind. Besonders der AEF-Bogen und die Bedeutung der einzelnen Schlüssel sowie Anrechnungstunden und sollerrhöhende Maßnahmen wurden thematisiert.

### Kenntnis des LPersVG

Das Landespersonalvertretungsgesetz ist die Grundlage für die Arbeit der ÖPR an den Schulen. Katharina Be-



Hauptkommissar Sven Röder referierte über die sich aus § 184B StGB ableitenden Aufgaben der Polizei hinsichtlich der Verbreitung, des Erwerbs und des Besitzes kinder- und jugendpornografischer Inhalte. Den Kolleginnen und Kollegen gab er entsprechende Handlungsempfehlungen für den Schulalltag.



Referatsleiterin Tatjana Kuhn und Stefan Rheude von der ADD Neustadt sprachen u. a. über den „vorläufigen Gliederungsplan“ und erörterten mit den Personalvertreterinnen und -vertretern die für ihre Arbeit relevanten Bestandteile.



Fotos: Benjamin Bajraktari

Die Referentinnen und Referenten aus den Stufenvertretungen HPR und BPR blicken „selbst“-zufrieden auf eine gelungene Veranstaltung (v.li.): Christoph Krier, Katharina Becker, Nicole Weiß-Urbach und Benjamin Bajraktari.

cker aus dem Bezirk Trier und Nicole Weiß-Urbach aus dem Bezirk Koblenz stellten auf der Grundlage ihrer Arbeit im Bezirkspersonalrat Fallbeispiele vor, um diese mit dem LPersVG rechtlich einzuordnen, zu begründen und zu diskutieren. Im Austausch der Teilnehmenden in Gruppen und in der anschließenden Diskussion im Plenum wurden unter anderem Themen wie die Schweigepflicht oder die Ferienpräsenz der ÖPR-Mitglieder behandelt.

**Aus der Arbeit in den Stufenvertretungen**

Christoph Krier, Vorsitzender im Bezirk Trier, gab als Mitglied im Hauptpersonalrat zunächst einen Überblick über die aktuellen Themen, die im Hauptpersonalrat behandelt werden. Diese waren zuletzt u.a. die Digitalisierung, die Schulbaurichtlinien und die Schulordnung für inklusiven Unterricht.

Bengjamin Bajraktari berichtete über die Schwerpunkte der Arbeit im Bezirkspersonalrat. Themen wie die Lehrkräftegesundheit und die steigenden Belastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen an den Schulen stünden im Zentrum und würden auch regelmäßig in den Gesprächen mit dem Präsidenten der ADD thematisiert.

Der VRB habe das Thema „Belastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen“ darüber hinaus in einer breit angelegten Online-Umfrage aufgegriffen. Die Rückmeldungen seien wichtig, um eine starke Stimme in der Diskussion mit den politischen Entscheidungsträgern zu haben.

Bengjamin Bajraktari bedankte sich abschließend für das Engagement der Schulpersonalräte, das gerade vor dem Hintergrund der steigenden Belastungen so wichtig sei.

Nicole Weiß-Urbach  
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



BILANZ „didacta 2024“

## Lebendiger Austausch und innovative Ideen

### Ein Rundgang mit Nicolas Cordes



Am Stand von „lehrer nrw“ traf Nicolas Cordes (2.v.re.) Ralf Neugschwender (2.v.li.), den VDR-Bundesvorsitzenden, Sven Christoffer (re.), den Vorsitzenden von lehrer nrw und den Vorsitzenden des bayrischen Realschullehrerverbandes (brlv) Ulrich Babl (li.).

**Die „didacta“. Sie ist die größte Bildungsmesse in Europa. Sie öffnete auf dem Kölner Messegelände ihre Hallen mit rund 740 Ausstellern aus 60 Ländern. Diese präsentierten innovative pädagogische Konzepte, Lehrmaterialien, Technologien und Dienstleistungen für alle Bildungsbereiche. 63.000 Besuchende kamen nach Köln, um sich zu informieren und miteinander auszutauschen. Nicolas Cordes aus dem erweiterten Koblenzer Bezirksvorstand war am 21. Februar vor Ort.**

#### „Eine faszinierende Veranstaltung“

Cordes reiste gemeinsam mit Kolleginnen der Bingener RS plus am Scharlachberg an: Konrektorin Marta Swakowski-Schmalz und Didaktische Koordinatorin Subrina Salkicevic. Marta Swakowski-Schmalz fasste ihre Eindrücke so zusammen: „Die didacta ist eine faszinierende Veranstaltung, die Menschen unterschiedlichster Hintergrün-

de zusammenführt. Ihr breites Themenspektrum rund um das zukünftige Lernen und Leben lockt ein vielfältiges Publikum an. Während der Veranstaltung entsteht ein lebendiger Austausch über innovative Ansätze und Ideen, der neue Perspektiven eröffnet. Insgesamt bietet die didacta eine inspirierende Plattform für die Diskussion und Gestaltung einer vielversprechenden Zukunft.“

#### Lösungen für schulische Herausforderungen

Vor Ort kam Nicolas Cordes in den Austausch mit Schulleiterinnen und Schulleitern, Lehrkräften, sowie mit Ausstellern, die Soft- oder Hardware für den Schulalltag anbieten. Neben den zahlreichen Verlagen für Print und E-Books präsentierten viele Aussteller Schulverwaltungsprogramme und Tools, die bereits im Einsatz sind oder demnächst erscheinen werden. Cordes kam in den Austausch mit Ausstellern, die sich den Herausforderungen durch eine heterogene Schülerschaft widmen.

Nicolas Cordes resümierte: „Es macht Hoffnung, dass wir gemeinsam mit diesen Institutionen Lösungsansätze gegen Mobbing in der Schule durch Gewaltprävention und Strategien zu zielführendem Classroom Management erhalten. Allerdings muss jede Schule solche Angebote individuell bewerten und für ihre Schülerschaft kritisch hinterfragen und anpassen.“

#### Treffen mit Verbandsvertretern aus Bayern und NRW

Nicolas Cordes traf am Stand von „lehrer nrw“ auf Ralf Neugschwender, den im Herbst neu gewählten Vorsitzenden des VDR-Bundesverbandes, auf Sven Christoffer, den Vorsitzenden von lehrer nrw und auf den Vorsitzenden des bayrischen Realschullehrerverbandes (brlv) Ulrich Babl. Die Eindrücke, die die Verbandsvertreter auf der Messe gewonnen hatten und das Feedback von Kolleginnen und Kollegen zur Verbandsarbeit waren gemeinsame Gesprächsthemen. Auch Ralf Neugschwenders Podiumsthema wurde diskutiert: „Arbeitsplatz Schule: Querausstieg oder Traumberuf – Hat der Lehrberuf ein Imageproblem?“

Die nächste didacta wird vom 11. bis 15. Februar 2025 in Stuttgart stattfinden.

## Modellprojekt BEWARE: Schülerinnen und Schüler beim Umgang mit Stress und psychischen Belastungen stärken

Die jährliche VRB-Bezirksversammlung des Bezirks Neustadt fand im November 2023 im Hildegardforum in Bingen am Rhein statt. Christoph Schneider, der Bezirksvorsitzende konnte zahlreiche Kolleginnen und Kollegen begrüßen, die der Einladung gefolgt waren. Unter den Gästen waren VRB-Ehrenvorsitzender Bernd Karst, HPR-Vorsitzender Michael Eich sowie Tatjana Kuhn von der ADD Neustadt.

### Aus der Arbeit des Bezirks

Zunächst gab Christoph Schneider einen Einblick in die Arbeit der Bezirks- und Hauptpersonalräte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. Er wies darauf hin, dass das Lehramt RS plus attraktiver werden müsse, um die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen ausreichend zu personalisieren. Er trug auch das Anliegen vor, mehr Realschullehrkräfte an Integrierten Gesamtschulen einzusetzen, denn eine Heterogenität der Schülerschaft setze auch eine Heterogenität der Lehrerschaft voraus. Schneider erwähnte ebenfalls die regelmäßig stattfindenden Kulturveranstaltungen und gab den Anwesenden einen Ausblick auf Veranstaltungen und Termine in den kommenden Monaten.

### Projekt BEWARE

Im Fokus der Veranstaltung stand ein Beitrag von Dr. Lena Eppelmann vom Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR Mainz). Frau Eppelmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am LIR und Kinder- und Jugendpsychotherapeutin. Sie stellte das Projekt BEWARE vor. Der Begriff steht für BEWusstsein, Aufklärung, RESilienz. Es geht um die Stärkung der gesundheitlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern beim Umgang mit Stress und psychischen Belastungen.

### Was ist Resilienz?

Zu Beginn holte Dr. Eppelmann in einer Blitzlichtrunde zum Thema Resilienz die Erwartungen und Vorkenntnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein. „Was ist Resilienz?“ Der Begriff Resilienz leitet sich vom lateinischen Verb *resilire* ab, das so viel wie zurückspringen oder abprallen bedeutet.

Ursprünglich wurde der Begriff in der Werkstoffkunde verwendet und meint die Eigenschaft eines Werkstoffes, nach einer Verformung durch Druck und Belastung von außen wieder in die ursprüngliche Form zurückzufinden. Bildlich ergänzte Frau Dr. Eppelmann die Begriffserklärung durch Büroklammern, die verbogen und danach wieder in ihren anfänglichen Zustand zurückgebogen werden. Auf uns Menschen übertragen bedeutet dies: Wie schaffen wir es, mit Stress und Belastungen umzugehen und dabei unsere psychische Gesundheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen?

### Selbstwirksamkeit fördern

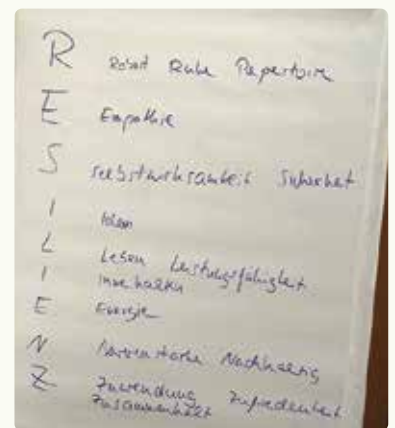
Resilienz ist keine angeborene, stabile Eigenschaft. Als Prädiktoren auf Seiten der Resilienzfaktoren nannte Dr. Eppelmann vor allem Optimismus, Selbstfürsorge und Selbstwirksamkeit. Unter letzterem versteht man den Glauben an die eigenen Fähigkeiten, schwierige Situationen bewältigen zu können. Diese Selbstwirksamkeit fängt schon im Kindesalter an und kann gefördert werden. Als Beispiele nannte Dr. Eppelmann Erfolgstagebücher oder verschiedene Imaginationsübungen. Den Abschluss bildete ein Rollenspiel aller Teilnehmenden unter Anleitung der Referentin. Dabei wurde deutlich, dass jeder, obwohl in die gleiche Situation gestellt, ein unterschiedliches Verhalten und Stressempfinden habe. Dies hänge von den individuellen Vorerfahrungen ab.

### Psychische Gesundheit ist kein Tabuthema

Vor diesem Hintergrund sei es so wichtig, die mentale Gesundheitskompetenz schon in der Schule zu stärken. Das



Dr. Lena Eppelmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR Mainz) stellte das Projekt BEWARE vor.



Wie schaffen wir es, mit Stress und Belastungen umzugehen?

Schulprogramm BEWARE hält Unterrichtsmaterial für je drei Doppelstunden in den Klassen 5 bis 10 bereit. Außerdem können kleine Unterrichtseinheiten in sog. Tool-Boxen zur Wiederholung und Vertiefung im Laufe des Schuljahres durchgeführt werden. Dr. Eppelmann befürwortete eine feste Verankerung dieses Themas in der Schule, um Schülerinnen und Schülern zu signalisieren, dass psychische Gesundheit alle etwas angeht und kein Tabuthema ist.

### Interessierte Schulen gesucht

Für das Projekt sucht das LIR noch weitere Schulen, die BEWARE ausprobieren und evaluieren möchten, um langfristig ein niederschwelliges und nachhaltiges Präventionsangebot an alle Schulen in Rheinland-Pfalz machen zu können. Interessenten finden weitere Informationen unter diesem Link: [www.lir-mainz.de/beware](http://www.lir-mainz.de/beware). Derzeitige Modellschulen sind die Von Carlowitz Realschule plus Weisenheim am Berg und das Werner-Heisenberg-Gymnasium Bad Dürkheim. Die Christian-Erbach-Realschule plus in Gau-Algesheim erprobt das Projekt BEWARE als Wahlpflichtfach.

Bezirksvorsitzender Christoph Schneider dankte der Referentin für ihren Vortrag und den Teilnehmenden für den intensiven Austausch.



Am Rand der Veranstaltung blieb auch noch Zeit, mit den Verbandsvertreterinnen und -vertretern individuelle oder schulische Anliegen zu erörtern und sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen, die man länger nicht gesehen hatte.

Lisa Deck  
lisa.deck@vrb-rlp.de



## FORTBILDUNG FÜR SCHULPERSONALRÄTE

### Arbeitsplatz Schule: Arbeitsschutz – Lehrkräftegesundheit – Schulbau – Unterrichtsorganisation



Prof. Dr. Stephan Letzel und Dr. Klaus Schöne skizzierten die Aufgaben des Instituts für Lehrergesundheit. Sie stellten die Plattform „Cockpit IfL“ und die Unterstützungsangebote für Schulen und Lehrkräfte in den Themenfeldern Arbeitsschutz, Unfallverhütung, Gesundheitsschutz und Gefährdungsbeurteilung vor.

**Die November-Fortbildung 2023 fand im Herz Jesu Kloster Neustadt statt. Bezirksvorsitzender Christoph Schneider konnte über vierzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Personalvertretungen von Integrierten Gesamtschulen und Realschulen plus begrüßen.**

Hier ein Überblick zu den Themen sowie den Referentinnen und Referenten der Veranstaltung:

- Arbeitsschutz, Gefährdungsbeurteilung und Lehrergesundheit – Vorstellung des Projekts „Cockpit IfL“; Prof. Dr. Stephan Letzel und Dr. Klaus Schöne – beide vom Institut für Lehrergesundheit (IfL)
- Schulordnung für inklusiven Unterricht (InSchO) und Neufassung der Schulbaurichtlinie für Rheinland-Pfalz; Michael Eich, Vorsitzender des Hauptpersonalrates Realschulen plus und stellvertretender VRB-Vorsitzender
- Teilzeit – rechtlicher Rahmen und Modelle zur Umsetzung im schulischen Alltag; Monika Antoni (Mitglied im Bezirkspersonalrat der

Realschulen plus) sowie Christoph Schneider (Mitglied im Bezirkspersonalrat Integrierte Gesamtschulen)

- Jahresplan für die Arbeit des Schulpersonalrates; Maren Saulheimer (Referentin für junge Lehrkräfte beim VRB)

#### **Arbeitsschutz, Gefährdungsbeurteilung und Lehrergesundheit – Vorstellung des Projekts „Cockpit“**

Prof. Dr. Letzel skizzierte die Aufgaben des Instituts für Lehrergesundheit am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin Mainz: Es berät und unterstützt rheinland-pfälzische Schulen in den Themenfeldern Arbeitsschutz, Unfallverhütung, Gesundheitsschutz und Gefährdungsbeurteilung. Es bietet auch die „Ge-

fährdungsbeurteilung „Mutterschutz“ für schwangere Bedienstete oder auch schwangerer Schülerinnen an.

Ein wichtiger Arbeitsbereich des IfL ist die Unterstützung von Schulen bei der Gefährdungsbeurteilung der Arbeitsplätze. Diese müsse laut § 5 Arbeitsschutzgesetz seitens der Arbeitgeber durchgeführt werden, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes, auf physikalische, chemische und biologische Einwirkungen sowie auf die Arbeitsorganisation und die psychischen Belastungen der Arbeit. All diese Bereiche spielen bei der Erfassung der Belastungen am Arbeitsplatz eine Rolle und müssen durch objektive Verfahren und individuelle Befragungen ermittelt werden.

Prof. Letzel beschrieb auch die Verantwortungsbereiche des IfL: Intern überträgt das Bildungsministerium den Schulleitungen die Verantwortung für die Umsetzung der Richtlinien und Empfehlungen zu Arbeitsschutzmaßnahmen. Sie sollen dabei von Sicherheitsbeauftragten unterstützt werden. Für die sichere Gestaltung des Schulgebäudes ist der Schulträger in der Pflicht.

Als Hilfe bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen hat das IfL die Online-Plattform „Cockpit IfL“ entwickelt. Prof. Letzel stellte den Kolleginnen und Kollegen das Tool vor.

Mit einem „fun fact“ – Lehrerzimmer sind die lautesten Orte im Schulhaus – startete Dr. Schöne seine Darstellung zur Ermittlung des im Schulalltag bedeutsamen Belastungsfaktors Lärm. Dazu werden bspw. Messungen der Nachhallzeiten in Räumen vorgenommen. Auch das persönliche/individuelle Empfinden werde berücksichtigt. Die Belastung lasse sich messen, indem man die unterschiedlichen Faktoren zueinander in Beziehung setzt.

Prof. Letzel berichtete über vielfältige individuelle Unterstützungsangebote des IfL. Diese umfassen u.a. Impfberatung, Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und allgemeine arbeitsmedizinische Sprechstunden. Dabei habe die strikte Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht und die Beachtung des Datenschutzes oberste Priorität. Ein wesentlicher Aspekt

der individuellen Beratungen sei, den Menschen und seine persönlichen Ressourcen zu betrachten und praxiserprobte Empfehlungen zu geben. Abschließend ermutigte er die Zuhörerinnen und Zuhörer, sich mit ihren Fragen und Themenstellungen zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz als ÖPR, aber auch als einzelnen Lehrkraft an das IfL zu wenden: Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schule lohne sich, denn nur eine „gesunde Schule“ könne eine gute Schule sein.

### Aus der Arbeit des HPR Realschulen plus

Michael Eich gab einen Überblick über die Schwerpunktthemen im Hauptpersonalrat der Realschulen plus. Das sind u.a. die Digitalisierung und deren Support, die Arbeitsbelastungen von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern und auch die Attraktivität des Lehramtes an Realschulen plus. In seinen Ausführungen ging der stellvertretende Landesvorsitzende besonders auf die zurzeit im Fokus stehenden Themen ein: der Umgang mit kinderpornografischem Material, der Entwurf zur Schulordnung für inklusiven Unterricht und die Neufassung der Schulbaurichtlinie.

### Umgang mit kinderpornografischem Material

Der Besitz und die Verbreitung dieser Inhalte sei grundsätzlich strafbar, auch wenn die Weitergabe mit der Intention erfolge, die Eltern zu informieren. Die Rechtsprechung in Deutschland sei bislang strikt an die Verfolgung dieser strafbaren Handlung gebunden. Seine Empfehlung: Lassen Sie sich von Schülerinnen und Schülern keine Belege für die Existenz pornografischer Inhalte zuschicken. Sobald Sie Kenntnis davon erhalten, informieren Sie Ihre Schulleitung. Die Polizei ist einzuschalten, und die Eltern müssen informiert werden.

WhatsApp ist kein zulässiges Kommunikationsmedium für den Schulalltag. Eich verweist darauf, dass die Voreinstellungen dieser App das Abspeichern von zugesandten Bildern vorsieht und so könne man – auch unwissend – in den strafbaren Besitz von kinderpornografischen Bildern kommen. *(Anm. der Redaktion: In der Ausgabe 2023 5 und 6, S. 46–50 wurde die Thematik ausführlich dargestellt. Der VRB hat*



Bezirksvorsitzender Christoph Schneider konnte zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Personalvertretungen von Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen begrüßen. Er berichtete mit Michael Eich aus der Arbeit der Haupt- und Bezirkspersonalräte.

*eine Gesetzesänderung gefordert und angestoßen. Wir berichten auf S. 47 über den aktuellen Sachstand.)*

### Neufassung der Schulbaurichtlinien

Die Neufassung sieht für Neu- oder Anbauten – nicht Bestandsbauten – vor, dass nicht mehr die Anzahl der Räume und ihre Größe, sondern die komplette Fläche des Schulgebäudes betrachtet werde. An Realschulen plus werde dabei von den bestehenden Raumgrößen ausgegangen und durch Addition die daraus resultierende Gesamtfläche als „neues“ Flächenkonzept übernommen.

Michael Eich kritisierte, dass dabei den Aufgaben und Anforderungen an Realschulen plus – bspw. im Hinblick auf Differenzierung – seitens des Raumangebotes nicht Rechnung getragen werde. Eine genauere Betrachtung der Flächenvorgabe für vierzügige Gymnasien (minimal 4.580 qm) gegenüber einer fünfzügigen Realschule (minimal



4.160 qm) lasse eine unterschiedliche Wertigkeit der Schulformen erkennen. Zudem wurde die Fachoberschule bewusst ausgeklammert. Es erschließt sich nicht, warum sich in der Richtlinie nur ein allgemein gehaltener Satz findet: „Flächenprogramme für Fachoberschulen (zweijähriger Bildungsgang des beruflichen Schulwesens) werden von der Schulbehörde erstellt.“

### Schulordnung für inklusiven Unterricht (InSchO)

Der Hauptpersonalrat der Realschulen plus und der VRB haben umfassende Stellungnahmen erarbeitet. Es werde darin festgestellt, dass einmal mehr zusätzlichen Aufgaben – ohne eine zeitliche Entlastung – für die Lehrkräfte geschaffen würden. Zudem könne § 2 des InSchO-Entwurfs bei oberflächlicher Betrachtung so verstanden werden, dass jedes Kind jede Schule besuchen könne, was bei genauerer Betrachtung des Verordnungsentwurfes an anderer Stelle wieder eingeschränkt werde. Kinder mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf sollen nach wie vor entweder an einer Förder- oder an einer Schwerpunktschule unterrichtet werden. Kritisch gesehen werde auch, dass ein sonderpädagogischer Förderbedarf für Schülerinnen und Schüler in Klasse eins und fünf – um einer möglichen Stigmatisierung vorzubeugen – nicht festgestellt werden solle. Eich stellte demgegenüber die Frage in den Raum, ob nicht gerade frühzeitig umgesetzte Fördermaßnahmen eine echte Teilhabe ermöglichen und damit eine befürchtete Ausgrenzung verhindern könnten.

### Teilzeitbeschäftigung – rechtlicher Rahmen und Schulalltag

Den rechtlichen Rahmen und die Modalitäten zur Teilzeitbeschäftigung stellte Monika Antoni vor. Sie ging dabei besonders auf die Verwaltungsvorschrift zum Umfang dienstlicher Verpflichtungen von Teilzeitkräften ein. Diese stellt einen Orientierungsrahmen für Schulleitungen dar, um einen Ausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Teilzeitlehrkraft und denen des Gesamtkollegiums sowie der Funktionsfähigkeit der Schule zu schaffen. Antoni stellte die verschiedenen Formen der Teilzeit vor:



Fotos: Monika Antoni

Schwerpunkte der Fortbildung waren u.a. schulrechtliche und schulorganisatorische Fragen. Monika Antoni informierte über den rechtlichen Rahmen der Teilzeit, Maren Saulheimer stellte einen Jahresplan für die Arbeit des Schulpersonalrates vor.

- Voraussetzungslose Teilzeit
- Teilzeit aus familiären Gründen
- Teilzeit in Elternzeit
- Sabbatjahr
- Altersteilzeit

Christoph Schneider sprach die sich daraus im Schulalltag möglicherweise ergebenden Probleme an. Er verwies auf die Notwendigkeit eines von der Schulgemeinschaft akzeptierten Vertretungskonzeptes. Eine Prämisse sei, dass alle Beteiligten – Schulleitung, ÖPR und betroffene Lehrkräfte – in einer offenen und wertschätzenden Kommunikation zueinander fänden.

### Jahresplanung der örtlichen Personalvertretung

Die turnusmäßigen Aufgaben des ÖPR innerhalb eines Schuljahres stellte Maren Saulheimer in einem „Refresh“ vor. Sie ging dabei auf die Grundsätze der Arbeit der Personalvertretung ein. Sie beschrieb auch die Rahmenbedingungen für Vierteljahresgespräche und Personalversammlungen.

### Attraktivität des Lehramts steigern!

Neben all diesen Informationen gaben die Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes in den Stufenvertretungen von Integrierter Gesamtschule und Realschule plus einen Einblick in die Arbeit der Gremien. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Forderung an die Politik, die Attraktivität des Lehramtes an Realschulen plus zu steigern, um einem weiteren Anwachsen des Lehrkräftemangels entgegenzuwirken.

Die Pausen und das Ende der Veranstaltung nutzen viele Kolleginnen und Kollegen zum regen Austausch untereinander oder um mit den Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes konkrete Fragen zu ihrem schulischen Alltag zu besprechen. Christoph Schneider lud am Ende der Veranstaltung zur Frühjahrsfortbildung nach Neustadt ein.

Monika Antoni  
monika.antoni@vrb-rlp.de



VRB-MITGLIEDER BESUCHEN IM WILHELM-HACK-MUSEUM LUDWIGSHAFEN DIE AUSSTELLUNG

## „Re-Inventing Piet. Mondrian und die Folgen“



VRB-Mitglieder besuchten auf Einladung der VRB-Kulturreferentin Gudrun Deck (re.) die Mondrian-Ausstellung im Hack-Museum. Sie überzeugten sich dabei, wie allgegenwärtig Mondrian noch heute ist und welchen Einfluss er auf Design, Mode und Architektur hatte.

### Die Kunsthistorikerin Ursula Dann begleitete uns bei einem Rundgang durch die Ausstellung, die einen umfassenden Blick auf die Werke Piet Mondrians (1872–1944) gewährte.

Seine frühen Arbeiten zeigen – figurativ gemalt – Landschaften, Mühlen und Bäume seiner niederländischen Heimat. Von 1911 bis 1914 war Mondrian in Paris, das Zusammenreffen und die Auseinandersetzung mit anderen Künstlern führte ihn zu seinem abstrakten Malstil, den er in seinen umfangreichen kunsttheoretischen Schriften als „Neue Gestaltung“ oder „Neoplastizismus“ bezeichnete.

Mit der Gliederung des Bildes durch horizontale und vertikale schwarze Linien wollte er die für das menschliche Leben wesentlichen Gegensatzpaare wie universell – individuell, männlich – weiblich, Geist – Materie darstellen. Für wenige Farbflächen in diesem Gitter verwendete er nur die drei Grundfarben rot, gelb und blau. Die theosophische Lehre spielt bei ihm, wie auch bei Kandinsky, eine wichtige Rolle.



Inspiration bis in die Modewelt: Mondrian-Kleider von Yves St. Laurent, ausgestellt im Guggenheim Museum Bilbao.

Ursula Dann führte uns auch zu architektonischen Modellen Mondrians, die den Einfluss und die Zusammenarbeit mit dem „Bauhaus“ deutlich machen. Zu sehen sind ebenfalls die unzähligen Konsumartikel, die Mondrians Kunst zeigen, sowie die berühmten Mondrian-Kleider von Yves Saint Laurent. Großes Interesse fanden auch die Werke von Mondrians Zeitgenossen sowie von Künstlerinnen und Künstlern der Gegenwart, die seinen Einfluss erkennen lassen.

Gudrun Deck  
gudrun.deck@vrb-rlp.de



TERMIN

SAVE THE DATE

### Besichtigung der Festung Germersheim am Donnerstag, 16. Mai 2024

Erst in den letzten Jahren wurden verschüttete Gebäude der Festungsanlage aus dem 19. Jahrhundert und auch die Minengänge ausgegraben und restauriert, sodass man heute ein gutes Bild der Anlage erhält.

**Treffpunkt: 14.30 Uhr am Weißenburger Tor vor dem Tourismus-Besucherzentrum, Paradeplatz 10**

Eine Einladung mit weiteren Einzelheiten zur Führung wird in Kürze folgen.

GEWUSST WIE IN 60 MINUTEN

## Neue Themen im digitalen Veranstaltungsangebot des VRB



Die digitale Veranstaltungsreihe „Gewusst wie in 60 Minuten“ wurde mit den Themen „Einkommensrunde 2023 – TV-L“ und „Organisatorische und personalrechtliche Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ fortgesetzt.

### „Einkommensrunde 2023 – TV-L“

Anfang November, nach Abschluss der zweiten Verhandlungsrunde in der Auseinandersetzung um den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder, stellte Katharina Becker den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Veranstaltung nochmals gebündelt die grundlegenden Forderungen des dbb vor und warf einen Blick zurück auf den bereits vorliegenden Tarifabschluss für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen (TVöD). Sie stellte die dbb-Forderungen anschaulich dar und gab einen Blick hinter die Verhandlungskulissen.

### Organisatorische und personalrechtliche Handreichungen

Anfang Februar standen die „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ im Mittelpunkt der Reihe „Gewusst wie in 60 Minuten“.

„Warum ist Post, die an mich gerichtet ist, geöffnet in meinem Fach?“, „Wie viele „Kinderkranktage“ stehen einem eigentlich zu?“ oder „Wie wird mit witterungsbedingtem Unterrichtsausfall umgegangen?“ sind nur einige der Fragen, auf die die Handreichungen Antworten geben. Katharina Becker warf mit den Teilnehmenden einen vertiefenden Blick in diese von der ADD herausgegebene Sammlung, welche jährlich neu überarbeitet wird, per EPoS allen an rheinland-pfälzischen Schulen Beschäftigten zugänglich gemacht wird und als eine erste Orientierungshilfe bei häufig auftretenden Fragen und Fallkonstellationen gedacht ist.



Anna Becker  
anna.becker@vrb-rlp.de



Katharina Becker  
katharina.becker@vrb-rlp.de



## Angewandte Stimmhygiene für Studierende und Lehrkräfte



Logopädin Nicole-Alexandra Schumacher erläuterte den Teilnehmenden, dass sie aktiv beeinflussen können, wie es ihrer Stimme geht.

Im November bot der VRB Trier in Kooperation mit dem Pädagogischen Landesinstitut und dem Institut für Lehrerbildung an der Uni Trier eine Veranstaltung für Studierende und Lehrkräfte zum Thema Stimmhygiene an. Das Pädagogische Landesinstitut war durch Klaus Langer, das Institut für Lehrerbildung durch Dr. Birgit Weyand und der VRB durch Christoph Krier und Katharina Becker vertreten.

Nach Begrüßungsworten von Dr. Birgit Weyand stellte Klaus Langer kurz das Fortbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts für junge Lehrkräfte vor. Er übergab das Wort an Katharina Becker und Christoph Krier, die den Verband Reale Bildung vorstellten. Katharina Becker führte in die Thematik der Veranstaltung ein. Sie griff dabei auf eigene Erfahrungen zurück und schilderte die Auswirkungen auf den Berufsalltag, wenn Lehrkräfte an Stimmstörungen leiden.

Nicole-Alexandra Schumacher, sie ist Logopädin in Pluwig, erläuterte den Anwesenden, dass sie aktiv beeinflussen können, wie es ihrer Stimme geht. Sie ging auf Forschungsergebnisse ein

und zeigte darüber hinaus praktische Übungen der angewandten Stimmhygiene, welche die Anwesenden selbst erproben konnten. Klaus Langer dankte den Studierenden und Lehrkräften für ihre Teilnahme und Nicole-Alexandra Schumacher für ihre anschaulichen Ausführungen.

Im Anschluss an die Veranstaltung luden Christoph Krier und Katharina Becker für den VRB die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Austausch ein und informierten über studien- und berufsrelevante Themen der Verbandsarbeit.

Katharina Becker  
katharina.becker@vrb-rlp.de



### LEHRKRÄFTEAUSBILDUNG

## Tag der Realschule plus der Universität Trier

Mitte November veranstaltete der Fachbereich Bildungswissenschaften unter der Leitung von Prof. Dr. Sabine Klomfaß und Dr. Simon Gordt bereits zum dritten Mal einen Tag der Realschule plus, um für den Studiengang und das Realschule-plus-Lehramt zu werben. Die Veranstaltung zielte auf Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sowie auf die Oberstufenjahrgänge von allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien.

Neben Studierenden der Bildungswissenschaften waren auch Marco Ringel, Nicolas Sieger und Miriam Kleifges vom Staatlichen Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus Trier sowie Katharina Becker, Alexander Sonnen und Christoph Krier von unserem Verband mit eingebunden. Den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde eindrucksvoll geschildert, wie vielseitig das Unterrichten an einer Realschule plus oder an einer Integrierten Gesamtschule sein kann und welche wichtige Rolle Lehrkräfte an diesen beiden Schularten einnehmen. In Workshopangeboten für die

Schülerinnen und Schüler und einer „Meet-and-Greet“-Runde der Studierenden mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen konnten vertiefende Einblicke in das Arbeitsfeld der Realschule-plus-Lehrkräfte gewonnen werden. Zugleich nahmen die Vertreterinnen und Vertreter des Studienseminars und des Verbandes Anregungen auf, wie der Übergang von der Uni hin in die Schule und den Vorbereitungsdienst „geschmeidiger“ zu gestalten sei. Vorgebracht wurde u. a., dass man sich im Studium mehr Praxisbezug wünsche und dass auch die Didaktik-Seminare an der Uni „näher an der Schule“ sein sollten.



Die Einladung zum „Tag der Realschule plus“ ging auch an die Schülerinnen und Schüler der Oberstufenjahrgänge von allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien.

Der VRB begrüßt, dass sich die Universität Trier für das Lehramt an Realschulen plus stark macht und frühzeitig Akzente setzt, um junge Menschen für diese Schulart zu begeistern.

Christoph Krier  
christoph.krier@vrb-rlp.de



## SCHÜLERZEITUNGSWETTBEWERB

## Sonderpreis für die Schülerzeitung „Igel“ der Kaiser-Lothar-RS plus Prüm



Foto: Yehor Popov

Katharina Becker, stellvertretende VRB-Bezirksvorsitzende, überreicht Lara Ocak, sie ist eine der Chefredakteurinnen des „IGEL“, die Urkunde zum VRB-Sonderpreis des rheinland-pfälzischen Schülerzeitungswettbewerbs. Neben den Mitgliedern des großen Redaktionsteams freuen sich Sandra Jacob, die betreuende Lehrkraft der AG (vord. Reihe, 3.v.li.) und Schulleiterin Gönül Genc (vord. Reihe, re. stehend) über die Auszeichnung.

**Anfang Februar überreichte Katharina Becker im Namen des VRB-Landesvorstandes der Redaktion des „IGEL“ den VRB-Sonderpreis, der mit einem Preisgeld von 100 € verbunden ist. Sandra Jacob, die betreuende Lehrkraft der AG und Schulleiterin Gönül Genc waren dabei und teilten die Freude der Schülerinnen und Schüler über diese Auszeichnung.**

**Was zeichnet den „IGEL“ aus?**

Lara Ocak, Elisa Blasen, Anna Meyer und Gianluca Saccomanno gaben im Anschluss an die Ehrung in einem Interview Einblicke in ihre Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler berichteten, dass sich ihre Redaktion bemühe, besonders schülernah zu berichten und Artikel zu allen Themen zu schreiben. Damit bleibe die Redaktionsarbeit immer interessant und abwechslungsreich.

**Die persönlichen Highlights**

Die Redaktionsmitglieder erzählten auch von ihren persönlichen Highlights der Berichterstattung. Das war für Lara ihr Interview mit einer ehemaligen Schülerin der Schule. Spannend war auch, in einem Interview mit dem Bürgermeister der Frage nachzugehen, warum ein Lamm auf dem Wappen von Prüm zu sehen ist. Elisa erinnert

sich gern an ihren Bericht über eine Fahrt ins KZ Osthofen. Anna war besonders angetan von der Berichterstattung zu den Projekttagen. Sie hat es genossen, einen Blick über den Tellerrand zu werfen und in die Projekte anderer Klassen zu blicken. „Es war schön, diese Eindrücke mit anderen teilen zu können“, merkt sie an. Neben allgemeinen geschichtlichen Themen war Gianlucas „Best“ ein Artikel über den „Mandela-Effekt“.

**Tagesaktuelle Berichterstattung**

Was Katharina Becker beim Interview wahrnahm, spüren sicherlich auch alle Leserinnen und Leser des „Igel“: Die Redakteurinnen und Redakteure widmen sich mit viel Liebe und Freude ihren Artikeln. Genau das machte eine Schülerin als das „Geheimrezept“ aus. Zudem halte der „IGEL“ die Schule immer auf dem Laufenden. So kam

beispielsweise vor dem Umzug in das neue Gebäude regelmäßig ein Update zum Stand der Bauarbeiten.

Spannend ist, dass tagesaktuell berichtet werden kann, weil neue Beiträge direkt auf der Internetseite erstellt werden. Die betreuende Lehrerin, Sandra Jacobs, überprüfe hierbei online lediglich die Orthographie, lasse die Inhalte allerdings so, wie sie von den Schülerinnen und Schülern verfasst wurden.

Auch dies zeichnet die Schülerzeitung der Kaiser-Lothar RS plus aus. Sandra Jacobs sieht sich als Ansprechpartnerin und teilweise als Impulsgeberin, hält sich jedoch nicht nur am heutigen Tag bewusst im Hintergrund.

**Ein „IGEL“ hat Stacheln**

Auch wenn der Name „IGEL“ auf dessen Stacheln und auf die eine oder andere Spitze hindeute, die die Redaktion setze, erzählte das Zeitungsteam der VRB-Vertreterin, dass sie sich kaum an problematische Berichte bzw. Reaktionen erinnerten. Man berichte ehrlich und habe keine Angst, auch schwierige Themen anzugehen.

Katharina Becker verabschiedete sich beeindruckt und wünschte im Namen des VRB weiterhin viel Freude bei der Arbeit in der Schülerzeitung.

Katharina Becker  
katharina.becker@vrb-rlp.de



Im Interview mit Katharina Becker gaben Lara Ocak, Elisa Blasen, Anna Meyer und Gianluca Saccomanno (von links) Einblicke in ihre Arbeit. Sie schilderten unter anderem die persönlichen Highlights ihrer journalistischen Arbeit und gaben zu erkennen, dass ihr „IGEL“ gelegentlich auch seine Stacheln zeigt.



## Unterstützungsangebote für die Delegiertenarbeit

- **Delegiertenleitfaden** – Er gibt Ihnen einen Überblick zur Funktion Ihres Ehrenamtes im Verband.
- **Expertenplakat** – Hier finden Sie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Themenstellungen aus dem schulischen und beruflichen Alltag.
- **Einzelberatung** – Bei konkreten und individuellen Fragen sprechen Sie uns an oder vermitteln Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen an uns.
- **Schulbesuche** – Gerne unterstützen wir Sie bei der Arbeit an ihrer Schule, bspw. durch die Teilnahme an Personalversammlungen oder Informationsveranstaltungen zu konkreten Themenstellungen, die vor Ort gerade relevant sind.
- **Rechtsberatung**
- **Unterstützung** – Wir bieten Begleitung für Kolleginnen und Kollegen mit GdB (Schwerbehinderung) oder Gleichstellung.
- **„Gewusst wie?“** – monatliches Onlineangebot – initiiert durch den Bezirk Trier – das durch 15 Minuten Input und anschließende Fragerunde (rechtliche) Themen zu Schule und Beruf praxis-nah erklärt.

### ▶ BITTE TERMIN VORMERKEN!

## HERAUSFORDERUNGEN 2024 SCHULE – POLITIK – GESELLSCHAFT

### Hauptversammlung am 6. November 2024 in Ingelheim

Als Motto unserer Hauptversammlung haben wir den Kunstbegriff „Herausforderungen“ gewählt, um einprägsam herauszustellen, dass Herausforderungen gleichzeitig Forderungen als Zielvorgaben für Schule, Politik und Gesellschaft beinhalten.

Wir erleben momentan einen gewaltigen Veränderungsbedarf und -druck in allen Lebensbereichen. Die Dynamik der Veränderungen wird durch vielfältige Entwicklungen bzw. Faktoren ausgelöst. Beispielhaft nennen wir hier die Künstliche Intelligenz, Klimawandel, die anstehende Transformation der Wirtschaft, den Fachkräftemangel, den demografischen Wandel etc.

Die Schule wird von den Veränderungsprozessen nicht auszunehmen sein. Erste Schritte werden von der Politik vorgegeben. Mit dem Projekt der Landesregierung „Schule der Zukunft“ ist ein erster Aufschlag erfolgt.

Erfolgreiche Veränderungsprozesse können allerdings nur dann eingeleitet und umgesetzt werden, wenn sie nicht einseitig vorgegeben werden. Nur im Konsens können tragfähige Lösungen gefunden werden.

In der Hauptversammlung wollen wir zu den anstehenden schulischen Herausforderungen Positionen beschreiben, die die Verbandsarbeit der nächsten Wahlperiode maßgeblich bestimmen sollen. Auch hierbei streben wir eine breite Einbindung unserer Mitglieder an. Die Vorarbeiten werden wir in Bezirksversammlungen und in den Vorständen auf Bezirks- und Landesebene leisten.

Die inhaltliche Ausrichtung der kommenden Verbandsarbeit wird durch die Hauptversammlung zu leisten sein, zu der wir alle Mitglieder herzlich einladen. Eine starke Präsenz unserer Mitglieder stärkt nicht nur das Verbandsorgan Hauptversammlung. Gleichzeitig werden auch die neu zu wählenden Vorstandsmitglieder bestärkt, dass sie bei der weiteren Verbandsarbeit auf eine starke Unterstützung bauen können.

### ▶ IN EIGENER SACHE:

#### Der VRB-Mitgliedsbeitrag wird zum 1. Oktober 2024 angepasst.

Wir bleiben deutlich unter den Rahmenvorgaben (0,55 % vom Grundgehalt) unserer Beitragsordnung. Das gelingt, weil wir die Ehrenamtlichkeit unserer Verbandsarbeit erhalten wollen. Die letzte Anpassung war am 1. Januar 2020.

Die Preissteigerungen bei Porto, Energie, Tagungskosten und Versicherungen sowie Erhöhungen der Umlagen unserer Dachverbände, um nur einige der für unsere Arbeit wesentlichsten Bereiche aufzuzählen, machen diese Anpassung erforderlich. Es geht uns dabei darum, Leistungen zu erhalten und zu sichern sowie neue Aufgaben zu bewältigen. Zu nennen sind beispielhaft die Rechtsberatung unserer Mitglieder und deren Interessenvertretung über mehrere Schularten hinweg, der Versicherungsschutz bei Veranstaltungen, die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung, der Direktversand unserer Mitgliederzeitschrift, eine erweiterte Medienpräsenz sowie die Fachkongresse und Fortbildungen zu schul- und personalvertretungsrechtlichen Fragestellungen.



**Achtung!**  
Sie bekommen keine  
Post mehr vom VRB?  
Bitte Mitgliedsdaten  
aktualisieren!



## Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach  
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de  
Tel: 0 26 7 / 85 49  
Fax: 0 26 71 / 60 78 95  
Unterstraße 19  
56814 Faid

## In der kommenden Ausgabe ...

- laden wir zur VRB-Hauptversammlung am 6. November ein,
- berichten wir über ein Treffen mit den Juristen des dbb-Dienstleistungszentrums,
- schauen wir auf die Ergebnisse des dbb-Gewerkschaftstages,
- informieren wir über die Aufgaben der Unfallkasse,
- und das Projekt „Gesundheitsmanagement macht Schule“,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- blicken wir auf das Grundgesetz, das 75 Jahre alt wird,
- stellen wir die Plattform „fobizz“ vor,
- treffen wir Georg Stenner „Auf ein Wort“,
- porträtieren wir die Fachoberschule an der Realschule plus Bad Bergzabern,
- sprechen wir mit den Redakteuren der Schülerzeitung KARSten,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden,
- informieren wir über die Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- überreichen wir unseren Leserinnen und Lesern den Schuljahreskalender 2024/25.



## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

### Landesvorsitzender

Timo Lichenthäler  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Tel: 0 26 41/9 11 72 84  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

### Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 26 71 / 60 78 95  
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

### Schatzmeister

Erwin Schneider  
Mühlenweg 24  
54675 Roth  
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19  
Fax: 0 65 66 / 93 51 11  
erwin.schneider@vrb-rlp.de

### Redaktion

Wolfgang Wünschel  
Am Schlossberg 20  
76835 Hainfeld  
Tel: 0 63 23 / 8 18 77  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

### Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Anna Becker (ABec),  
Katharina Becker (KBec), Jana Brachtendorf  
(JBra), Lisa Deck (LDec), Michael Eich (Eic),  
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),  
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),  
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

### Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de  
5.000 Exemplare, WIRMachenDRUCK GmbH



### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).



# Lehrkräftemangel und Berufsunzufriedenheit – Rheinland-Pfalz muss handeln

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für das Lehramt Realschule plus, das ist keine neue Erkenntnis – seit Jahren warnt der Verband Reale Bildung (VRB) vor dieser Entwicklung. Rheinland-Pfalz steuert zu zaghaft entgegen, das rächt sich inzwischen: Für die Schulaufsicht wird es zunehmend herausfordernder, Realschulen plus in Randregionen oder in sozialen Brennpunktlagen zu personalisieren. An vielen anderen Standorten fehlen Fachlehrkräfte. Mit Quer- und Seiteneinstieg lassen sich die Lücken nicht schließen. Die Landesregierung muss endlich mehr in die Attraktivität unseres Lehramts für Realschulen plus investieren: Und das bedeutet auch, Entlastungen in den Blick zu nehmen. Die durch die VRB-Lehrkräfteumfrage erneut offengelegte Berufsunzufriedenheit ist eine wesentliche Ursache dafür, dass junge Menschen das Lehramt für Realschulen plus meiden.

## Studierenden-Zahlen geben Anlass zur Sorge

Im Wintersemester 2021/2022 studierten an den rheinland-pfälzischen Universitäten insgesamt 17.541 junge Menschen ein Lehramtsstudium. Die Mehrheit von 12.208 Studierenden hatte noch nicht den „Bachelor of Education Lehramt“ abgeschlossen. 5.333 Studentinnen und Studenten strebten den lehramtsbezogenen „Master of Education“ an. Anlass zur Sorge ist die Verteilung auf die Lehrämter: Grundschule: 1.314, Förderschule: 538, Realschule plus 371, Gymnasium: 2881 und Berufsbildende Schule: 178.

Die Berufsbildenden Schulen können bei den nicht berufsbezogenen Fächern auf Gymnasiallehrkräfte zurückgreifen, während neben der Realschule plus auch die Integrierte Gesamtschule dringend auf junge Lehrkräfte mit dem Lehramt an Realschulen plus angewiesen ist. Aus beiden Schularten kommen immer mehr Klagen über den fehlenden RS-plus-Nachwuchs.

## Starke Jahrgänge gehen in den Ruhestand

Der Blick in die Statistik zeigt auch, dass sich die Personalversorgung in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Zahlen liegen für das Schuljahr 2020/2021 vor. Danach verteilen sich Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen folgendermaßen auf die Altersgruppen 50–54: 3679, 55–59: 2743, 60 und älter: 3079.

Insgesamt zeigt sich, dass Rheinland-Pfalz zumindest temporär schulartbezogen in personelle Schwierigkeiten geraten wird. Die Lehramtspassung wird aber das eigentliche Problem sein. Insbesondere die Personalversorgung der Realschulen plus und der In-

tegrierten Gesamtschulen wird sich weiter verschärfen. Die Lücken können auch nicht geschlossen werden, indem man beim „Bestandspersonal“ das Deputat erhöht.

## Kolleginnen und Kollegen können Lücken nicht schließen

Laut unserer VRB-Umfrage beklagen über achtzig Prozent der Befragten, dass die außerunterrichtlichen Belastungen zugenommen haben, und ebenfalls annähernd achtzig Prozent erteilen der Landesregierung mit Blick auf ihre Fürsorgepflicht die Noten „mangelhaft“ und „ungenügend“. Unsere Kolleginnen und Kollegen kritisieren vor allem die ausufernde Bildungsbürokratie. Das führt u. a. dazu, dass viele Lehrkräfte in die Teilzeit wechseln, um den Anforderungen und ihren eigenen Familien noch gerecht werden zu können. Im Teilzeitbereich sind kaum Reserven zu mobilisieren, mit welchen die sich abzeichnenden Personallücken geschlossen werden können. Würde die Landesregierung ungeachtet der Belastungssituation hier den Hebel ansetzen, bestünde die Gefahr, dass Lehrkräfte aufgeben und ganz ausscheiden. In Nordrhein-Westfalen sollen in den letzten Jahren aufgrund der zu hohen Belastungen über neunhundert Lehrerinnen und Lehrer den Schulen den Rücken gekehrt haben. Das sollte Rheinland-Pfalz ein mahndes Beispiel sein.

**KlarText:** Die Versäumnisse der Vergangenheit holen Rheinland-Pfalz nun ein. Die berechtigten Warnungen der Verbände und Gewerkschaften wurden nicht ernst genug genommen, die Landesregierung steuert dem bereits spürbaren Lehrkräftemangel nicht energisch genug entgegen. Dabei muss hier und jetzt mehr für die Attraktivität unseres Lehramts getan werden. Außerunterrichtliche Belastungen, insbesondere bei der Bürokratie, müssen endlich zurückgefahren werden. Denn die zentralen Bildungsherausforderungen wie Fachkräftemangel, Integration und Inklusion sind ohne leistungsfähige Schulen nicht zu bewältigen. Auch darin sollte Konsens bestehen.



Michael Eich  
michael.eich@vrb-rlp.de



# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 26 71 / 60 78 95**  
**E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de**

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....
- Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar ..... voraussichtlich bis zum .....
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

## Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
IBAN		BIC
Ort	Datum	Unterschrift

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

### Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

### Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

### Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

### Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrages.

### Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**



# LETZTE MELDUNGEN

## Fundsache: Wie gut sind unsere Kinder erzogen?

Erziehung gilt in Deutschland als schwierige Aufgabe, wobei Kinder aus dem eigenen Bekanntenkreis als besser erzogen gelten als Kinder im Allgemeinen. 56 Prozent der Bevölkerung bekunden, dass Kinder, die sie kennen, gut erzogen sind. Bei Kindern im Allgemeinen ist die Mehrheit der Auffassung, dass diese heutzutage schlecht erzogen sind

(52 Prozent). Dem Internet wird der größte Einfluss auf Kinder und Jugendliche zugesprochen (74 Prozent) mit großem Abstand gefolgt vom Freundeskreis. Erst dann folgen Eltern und Lehrkräfte.

Wü / Quelle: <https://www.ifd-allensbach.de>

## Startchancen-Programm

Bund und Länder verständigten sich am 2. Februar abschließend zum Startchancen-Programm. Ziele sind, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems nachhaltig zu verbessern, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen und den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bil-

dungserfolg aufzubrechen. Ab 1. August 2024 sollen sukzessive 4.000 Schulen bundesweit und rund eine Million junge Menschen für zehn Jahre vom Startchancen-Programm profitieren.

Wü / Jugendsozialarbeit News Ausgabe 809 v. 21.2.24

## Schülerzahlentwicklung in Rheinland-Pfalz

Zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2023/24 besuchten rund 431.100 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz. Damit stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um etwa 4.800 bzw. um 1,1 Prozent.

Während Grund- und Förderschulen jeweils um ca. drei Prozent zulegten, sank die Schülerzahl an Integrierten Gesamtschulen im Vorjahresvergleich um 0,5 Prozent. An Gymnasien

und Realschulen plus blieb sie weitestgehend konstant.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist gegenüber dem Vorjahr erneut um einen Prozentpunkt auf insgesamt 27 Prozent gestiegen. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil bei etwa der Hälfte (14 %).

Hr / Quelle: PM des Statistischen Landesamts vom 21.12.23

## Sonderregelung zum Urlaub zur Betreuung eines erkrankten Kindes

§ 31 a der Urlaubsverordnung erfährt für die Jahre 2024 und 2025 folgende Sonderregelung:

Umfang des Urlaubs für jedes Kind bis zu 13 Tage, insgesamt jedoch nicht mehr als dreißig Arbeitstage. Umfang des Urlaubs bei Alleinerziehenden für jedes Kind bis zu 26 Arbeits-

tage, insgesamt jedoch nicht mehr als sechzig Arbeitstage. Diese Regelung trat zum 1. Januar 2024 in Kraft.

NWU / Quelle: <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/5364-V-18.pdf>

## Studie: Mehr als zwei Drittel junger Menschen engagieren sich ehrenamtlich

Nach einer Studie der Ruhr-Universität Bochum setzen sich mehr als zwei Drittel der jungen Menschen in Deutschland für das Gemeinwohl ein. Ab dem 15. Lebensjahr engagierten sich zwischen 68 und 73 Prozent der jungen Menschen, so die Ruhr Universität. Eine wichtige Motivation für das Engagement sei die Anerkennung von Gesellschaft und Familie sowie die Sinnhaftigkeit des Ehrenamtes.

Auch Kinder ehrenamtlich aktiver Eltern seien öfter freiwillig tätig, hieß es. Zudem seien junge Leute häufiger aktiv, wenn sie zuhause bereits Familiensorgearbeit leisten, also etwa an der Erziehung von Kindern mitwirkten.

Wü / Quelle: [jugendsozialarbeit.news](https://www.jugendsozialarbeit.news) vom 6.3.2024